

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. vierteljährlich 2.50 Mk. frei ins Haus. Einzelhe Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verordnungsblätter. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich. Langens 2 Mark für das dritte Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erfolgt täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Verlesungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (teilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 4. Februar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Der König und der Thronfolger von Portugal erschossen.

Lissabon, 2. Februar. Als der König Dom Carlos mit seiner Gemahlin und seinen beiden Söhnen gestern, abend von einem Ausflug wieder zurückkehrte und von der Landungsstelle am Tejo im offenen Wagen zum Schloß fuhr, wurden plötzlich aus der Menge heraus Schüsse auf den Wagen abgegeben. Der König und der Kronprinz wurden mehrfach getroffen und starben bald darauf im Arsenal, wohin man sie brachte. Der zweite Sohn des Königs, Dom Manuel, erhielt einen Streifschuss am Arm, die Königin blieb unverletzt. Der Ministerpräsident Franco, der in einem Wagen der königlichen Equipage folgte, war, als die Katastrophe vorüber war, verwundet; er scheint sich eiligst in sein Palais begeben zu haben. Die Angreifer begingen teils Selbstmord, teils wurden von den hinzugesprungenen Polizisten erschossen. Ueber die Stadt Lissabon wurde der Belagerungszustand proklamiert, die wichtigsten öffentlichen Gebäude sind militärisch besetzt, alle Theater sind geschlossen, öffentliche Aufführungen dürfen die nächsten acht Tage nicht stattfinden. Der am Leben gebliebene zweite Sohn des Königs, Dom Manuel, wurde heute zum König proklamiert; er hat den Namen Manuel II. angenommen.

Die Ereignisse, denen der König Carlos und der Kronprinz zum Opfer gefallen sind, beweisen, daß man auch in Portugal nicht ungestraft eine Politik treiben darf, die in unsere Zeit nicht mehr paßt. König Carlos hatte sich mit dem Ministerpräsidenten Franco in einer Unterredung mit dem Redakteur des „Tempo“ ausdrücklich solidarisch erklärt. Der König wollte mit dem Volke nicht mehr rechnen, das er, wie er sich damals rühmte, vollständig beherrschte. So hat er mit dem Tode rechnen müssen. Gewiß ist die Art, wie Dom Carlos befehligt wurde, schrecklich, aber es muß auch gesagt werden, daß die gewalttätige Art, die der König angewandt hatte, um den Willen des Volkes zu brechen, es war, die zu ebenso gewalttätigen Mitteln der Verteidigung geführt hat.

Der König und der Ministerpräsident Franco hatten gesehen, daß sowohl die republikanische Partei, als auch die oppositionellen monarchischen Parteien vollständig desorganisiert waren. Deshalb glaubten sie, sich über die Gesetze der Konstitution vollständig hinwegsetzen und ganz nach Willkür herrschen zu können, nur um die engsten dynastischen Interessen und den persönlichen Vorteil besorgt. Denn die portugiesische Diktatur wurde erreicht, um den Protest des Volkes gegen die Geldvorhülle, die die Regierung dem König ohne Einwilligung des Parlaments und selbst ohne Mitteilung an das Parlament gemacht hatte, nicht beachten zu müssen. Um die Diktatur zu rechtfertigen, wenn dies überhaupt möglich wäre, hatte Franco versprochen, eine Reihe von politischen und ökonomischen Reformen einzuführen. Um die Gunst der Bourgeoisie zu gewinnen, sollten auch Maßregeln gegen die Geldkrise, die die Industrie und den Handel des Landes zu ruinieren drohte, getroffen werden. Aber Franco war nicht allein vollständig unfähig sein Reformprogramm durchzuführen, sondern die Geldkrise wurde schlimmer als je. Infolgedessen schlossen sich viele einflussreiche Männer aus der Welt des Handels und der Industrie, welche bisher zur Partei Francos gehört hatten, nunmehr der republikanischen Partei an.

Um die Unzufriedenen ein wenig zu beruhigen, versprach Franco die Rückkehr zur Gesetzmäßigkeit und die Einberufung des Parlaments. Um zu zeigen, daß es ihm mit seinen Versprechungen ernst sei, kündigte er an, daß die Wahlen am 5. April dieses Jahres stattfinden würden. Aber die Regierung wollte sich ein Parlament verschaffen, das bedingungslos, ohne zu museln, alle diktatorischen Gesetze billigen sollte. Deshalb verhinderte sie gewaltsam alle Wahlversammlungen, alle öffentlichen Manifestationen und selbst jede Art von Wahlagitacion in der Presse. Ja sie ging noch weiter. Sie begann eine gehässige Verfolgung gegen alle einigermassen bekannten Persönlichkeiten der Opposition. Da sie wußte, daß das aus fünf Personen bestehende Wahlkomitee der republikanischen Partei sich zur Erledigung von Wahlgeschäften und Aufstellung der Kandidaten in dem Casino do Largo de San Carlos versammeln würde, ließ die Regierung das Lokal durch die Polizei schließen mit dem Auftrage, die Komiteemitglieder zu verhaften, wenn sie es wagen sollten, zu erscheinen.

Man begreift, daß diese Maßregel Proteste der wenigen republikanischen und progressiven Zeitungen auslöste, welche noch nicht unterdrückt waren. Diese Proteste führten zur Einkerkelung des republikanischen Führers Alfonso Costa, des bekannten Journalisten Joao Chagas und des Herausgebers der „O Mundo“, M. Franca Borges. Dabei blieb die Regierung noch nicht stehen. Um sich von ihren Feinden zu befreien, ließ sie auch die progressiven Führer Pinto Santos, Ribera, Bravo, Egas Monys und noch mehrere andere arrestieren. Angesichts dieser Tatsachen erließ die republikanische Partei am

26. Januar 1908 ein Manifest, daß wir wegen seiner Bedeutung nach den letzten Ereignissen wiedergeben wollen. Der Wortlaut des Manifestes ist folgender:

Portugiesen! In ihrem Kampfe gegen den Willen der Nation beugte sich die Diktatur nicht an der Unterdrückung der konstitutionellen, lokalen und individuellen Freiheiten, der Presse, der Versammlungen und der Manifestationen. Sie schreitet darüber hinaus zur Vernichtung der Personen. Zu der Bezahlung der Schulden des königlichen Hauses und der Vermehrung der Zivilliste kommt jetzt die Willkür gefegwidriger Einkerkelungen. Wir können voraussehen, daß diese Gewalttaten zu Repressalien führen werden. Deshalb hält es das republikanische Komitee für notwendig, zu einem Zeitpunkt, in dem die Erregung der Geister so stark ist, angesichts der Haltung der Diktatoren mit Nachdruck zu erklären, daß das, was das Komitee und die Partei wollen, die Unterdrückung der Willkürherrschaft ist, nicht aber die Vernichtung der Personen. Wir haben volles Vertrauen zu unserer Sache, zur geheiligten Sache der Unabhängigkeit und der Würde des Vaterlandes. Die republikanische Partei schreitet mit Sicherheit dem Siege entgegen, weil auf ihrer Seite alle Kräfte des freien und heroischen Geistes des portugiesischen Volkes stehen. Keine Person, mag ihre Zucht gegen das Volk sich noch so grausam äußern, ist imstande, sie in ihrem siegreichen Vormarsch aufzuhalten.

Als Antwort auf dieses Dokument veröffentlichte die Zeitung „O Diario Illustrado“, das Organ Francos, einen Artikel, in dem erklärt wurde, man würde öffentliche Unordnungen nicht zulassen. Die Republikaner und Monarchisten hätten mehr als genug gefegliche Möglichkeiten, um sich zu verteidigen und zu kämpfen. Dieser zynischen Erklärung folgte die Verdoppelung der Verfolgungen, die Konfiskation der Korrespondenz und der gesamten ausländischen Presse.

Zur selben Zeit machten sich Reigungen bemerkbar, die auf eine gewaltsame Aktion hingingen. Die Truppen wurden in den Kasernen konzentriert. Franco selbst führte sich in Lissabon nicht mehr sicher und verlegte seinen Wohnsitz nach Carnide, 6 Kilometer von Lissabon, wo er sein Schloß von Soldaten überwachen ließ. Am 28. Januar griffen einige Gruppen die Polizeiposten an. In Lissabon und in Porto gab es einige Aufläufe. Schließlich sind am Sonntag der König und der Thronfolger gefallen, wie flüchtiges Bild getroffen von dem Feuer einiger Pistolen aus der Reihe der Menge, während sich Herr Franco wie durch ein Wunder dank der Schnelligkeit seiner Pferde retten konnte.

Soweit die Tatsachen. Bei der Desorganisation der politischen Parteien in Portugal wird die gewaltsame Befestigung des Königs und des Thronfolgers keine Bedeutung für das Glück des portugiesischen Volkes gewinnen. Aber wenn solche gewaltsamen Vorgänge sich abspielen, wer trägt daran die Schuld? Die objektive Aufzählung der Tatsachen ist nach unserer Meinung eine sehr berechtigte Antwort.

### Lissabon—Berlin—Petersburg.

Geschieht irgendwo ein Königsmord, so fühlt sich die Bourgeoisie der ganzen Welt blutig getroffen. Wadelt irgendwo ein Thron, so wadelt sie mit — selbst da, wo sie mit dem Königsthron längst ausgeräumt hat. Nicht als wenn die Bourgeoisie überhaupt blutheuer geworden wäre. Wenn das Blut des Volkes auf den Straßen der Großstädte durch Gemeindefalben oder einhandernde Schupsteue vergossen wird, da steigt vielmehr der Patriotismus der hohen Bourgeoisie hell auf. Zumal die reaktionäre Presse in Deutschland seht sich ja förmlich danach, daß die Maschinengewehre vorgefahren werden. Da heißt es: Mehr Volk, mehr Blut! Aber wenn Königsmord nicht, schwindelt dem Bourgeois und es kommt ihm vor, als wenn dadurch sein eigenes Leben und vor allem ihr Eigentum bedroht wäre.

Was nicht die Regierung des König Carlos von Portugal ein öffentlicher Skandal? Was nicht die Diktatur Franco den verächtlichsten zünftigen Wüstern getreulich nachgemacht? Wo ist das Blatt in der ganzen zivilisierten Welt, das dieses Regime nicht verurteilt hätte? Wurde nicht von der liberalen Presse aller Länder die Katastrophe längst vorausgesagt? Zeigten doch sogar deutsche Blätter, wie der König von Portugal samt seinem Thronsess entfernt wird. Aber nunmehr, nachdem das Verhängnis geschehen, jetzt ergeht sich das „Berliner Tageblatt“, das für den „Schurken Plehwe“ nur ein „Näseljucken“ übrig hatte, in „Worten tiefsten Abscheus“ und erzählt uns rührend und mit tränenerfüllter Stimme: „Seine übermäßig belebte Gestalt und sein fettes, rosiges Gesicht mit den blinzeln den kleinen Augen und dem leicht gezwirbelten winzigen Schnurrbart erinnerten durchaus nicht an die Erscheinungen eines Caligula und eines Nero.“ Also deshalb, wegen des rosigen Teints!

Wenn etwas diesen Königsmord von anderen unterscheidet, so ist es, daß er mehr einer regelrechten Militärattake ähnlich sieht, als einem Verschwörerakt. Keine Göttemaschine, keine in ein Schnupstuch gewickelte Bombe; in der belebtesten Straße der Stadt, mitten unter dem Volke werden die königlichen Wagen von einer größeren Anzahl Bewaffneter attackiert, ein regelrechter Kampf mit der Militäresorte wird ausgefochten, mehrere Salven werden gewechselt — das braucht ja vor allem Zeit! — und der König nebst Thronfolger werden durch mehrere Kugeln getötet!

Das ist ein revolutionärer Akt, und diese Tatsache erfüllt die kapitalistische Bourgeoisie am meisten mit Verortnis. Das ist der Wühlgang, der sich auch in die freudige Entrüstung der freisinnigen Presse mischt. Den König sind sie los, — was werden sie nun weiter anfangen? Das ist die verhängnisvolle Frage. Wifionen steigen auf, vor denen

die Bourgeoisie schauernd zurückweicht. Das Jahr 1793! Robespierre! In ihrer herzbestimmenden Angst verliert die Bourgeoisie jede Spur von politischem Verstand. Sie hat nur noch den einen Wunsch: den Revolutionsherd in Portugal zum Erlöschen zu bringen. Und dieselbe Berliner bürgerliche Presse, die erst gestern nicht genug Worte der Verurteilung für die portugiesischen Zustände fand, trägt jetzt der Diktatur Franco ihre moralische Unterstützung entgegen. Der Unterschied zwischen der reaktionären und der liberalen Beurteilung ist nur der, daß die einen sagen: „so muß es sein“, die anderen: „so wird es sein“; die politische Meinung ist die gleiche, nur wird sie in dem einen Fall frech hervorgekehrt, in dem anderen schamhaft verbuddelt.

Das meiste Verständnis für die Vorgänge in Portugal soll sich aber, nach telegraphischen Berichten, in Petersburg gezeigt haben. Der Eindruck bei Hofe ist „niederlämmernd“. Der Ministerpräsident Stolypin, der Minister des Auswärtigen Iswolski trafen persönlich bei dem portugiesischen Gesandten vor und erkundigten sich nach den Einzelheiten. Der Zar schickte einen Flügeladjutanten nach dem anderen, schließlich seinen Hofminister, — belam jedoch unausgelegt die gleiche Antwort: „Tot, noch immer tot!“ Die Großfürsten zeigten viel Mitgeföhl.

Die Ruhe, die jetzt in Rußland herrscht, ist allerdings um keinen Deut besser als die Ruhe in Portugal. Seit zwei Jahren befindet sich das Land im offenen Kriegszustand und die Regierung hält sich nur dadurch, daß sie alle Arbeiterviertel und zahllose aufrührerische Dörfer mit Militär belagert hält. Wenn sie die Militärposten, die Tag und Nacht die wichtigsten Eisenbahnbrücken überwachen, und die bereitstehenden Strafkommandos zurückzieht, ist sie nicht sicher, daß nicht die Brücken in die Luft fliegen und ein Eisenbahnerstreik das Land erschüttert. Der Minister, der Gouverneur, der Gendarmeriechef, der sich offen auf der Straße zeigt, riskiert sein Leben. Die Zustände sind aber in Rußland schon deshalb viel schlimmer als in Portugal, weil dort eine Hungersnot auf die andere folgt. Sie sind schlimmer, weil Rußland ein diszipliniertes, revolutionär geschultes, modernes Proletariat aufzuweisen hat. Sie sind schlimmer, weil die revolutionären Ereignisse in Rußland viel weiter vorgeschritten sind. Kommt es zu einem neuen Aufstand in Rußland, so werden ganz andere Fragen auf Tapet gebracht als gegenwärtig in Portugal. Und darum weniger weil es ein Königsmord ist — hat man doch seinerzeit den Königsmord in Serbien ziemlich teilnahmslos aufgenommen — wohl aber, weil es ein revolutionäres Ereignis ist und weil man seine Rückwirkung auf das revolutionäre Rußland und die Rückwirkung dieses letzteren auf das bekanntlich nichtrevolutionäre Westeuropa fürchtet, deshalb die Sympathien der kapitalistischen Bourgeoisie für die rosigen Wangen des König Carlos und für die blutige Peitsche des Diktators Franco.

Diese Zeilen waren bereits geschrieben, als die Nachricht von der Demission des Diktators Franco kam. Welche Enttäuschung für die russischen Großfürsten und für den liberalen Bourgeois in Berlin sowohl wie in Paris!

### Der Sturz des Diktators.

Lissabon, 3. Februar. König Manuel hatte zuerst das Ministerium Franco bestätigt. Aber noch am selben Tage wurde ein neues Ministerium der monarchistischen Konzentration gebildet und Franco und sein Ministerium gestürzt. Der neue Ministerpräsident ist Admiral Ferreira.

Lissabon, 3. Februar. Nach dem Attentat wurde die Wohnung Francos seitens der Republikaner angegriffen. Es kam zu lebhaftem Gewehrfeuer zwischen den Angreifern und der Polizei, welche die Wohnung besetzt hatte. Hierbei sind 15 Personen getötet worden.

Ueber die Ermordung des Königs und die folgenden Ereignisse berichten die Depeschen:

### Die Todesfahrt.

Lissabon, 3. Februar. Der königliche Zug hatte Villa Viosa in der Richtung nach Barreiro auf dem Süufer des Tejo verlassen. In Barreiro kam der Zug infolge einer Entgleisung in der Nähe des Bahnhofs Casabranca mit einer kleinen Verspätung an. Die Ueberfahrt mittels Fährbootes über den Tejo erfolgte ohne Unfall. Das Fährboot legte am Landungsplatz in Lissabon an, worauf die königliche Familie die bereitstehenden Equipagen bestieg. In dem Augenblick, wo die Wagen von der Praça do Commercio in die Arriolastraße einbogen, begannen die Wörder zu schreien. Die Polizei erwiderte die Schüsse mit Revolvern. Die Verwirrung war entsetzlich.

### Einzelheiten über das Attentat.

Eine große Volksmenge hatte sich angesammelt, um die Vorbeifahrt der königlichen Familie zu sehen. Als der Wagen im gewöhnlichen Tempo am Finanzministerium vorbeifuhr, drängte sich aus der Menge ein Mann im Sportanzug vor und gab mit einem Revolver einen Schuß auf den König ab, der diesen an der linken Seite verwundete. Die Königin und der Kronprinz stießen Schreie aus, die Königin erhob sich, indem sie mit einem in der rechten Hand gehaltenen Blumenstrauß auf den Angreifer hinwies, der alsbald einen zweiten Schuß abgab, welcher den König in den Rücken traf. Der König fuhr mit der Hand nach dem Kopfe und fiel auf die rechte Seite. Mehrere Personen stürzten sich auf den Wörder, der, indem er zu Boden gerissen wurde, noch einen dritten Schuß abgab, der in die Luft ging. Zwischen war ein zweiter, in einen großen Mantel gehüllter schwarzhaariger Mann an den Wagen herangeritten und hatte zwei Schüsse auf den Kronprinzen abgegeben, die diesen im Gesicht und an der Brust trafen. Als er zum dritten Mal schreien wollte, schlug ihn ein Polizeibeamter die Waffe aus der Hand und tötete ihn durch einen Schuß in die Brust. In diesem Augenblick allgemeiner Panik erschien der Herzog von Oporto im Automobil, zog einen Revolver aus der Tasche und folgte, mit der Waffe in der Hand, dem königlichen Wagen, der in das Marinearsenal einlief.



Die Verwirrung war eine allgemeine. Der Tod des Königs trat sofort ein, der Kronprinz lebte noch fünf Minuten. Die Leichen wurden auf die ärztliche Station des Marinearsenals gebracht. Hier stellten die Ärzte fest, daß der König zwei Kugeln erhalten hatte, von denen eine die Wirbelsäule getroffen hatte. Beim Kronprinzen war die eine Kugel durch die rechte Wange in die Nase gegangen, während die andere, die das Brustbein getroffen hatte, die Lunge durchbohrt hatte. Inzwischen befanden sich die Königin und der leicht verwundete Infant Manuel, dem ein Verband angelegt wurde, in einem anderen Räume des Arsenals, wo sie erst den Tod des Königs und des Kronprinzen erfuhren. Auch die Königin-Mutter Pia war dort eingetroffen.

### Die Ursache des Attentats.

Paris, 2. Februar. Das Ministerium des Inneren erhielt folgende Depesche vom heutigen Tage: Minister Franco hatte gestern dem König das Dekret unterzeichnen lassen, durch welches neue Strafbestimmungen angeordnet werden und die Strafverfolgung mit der Anwendung derselben betraut wurde. Diese Maßnahmen seien es vielmehr, welche die Revolutionäre zum äußersten gereizt und zur Ausführung des Attentats veranlaßt haben.

### Verhaftungen.

Lissabon, 3. Februar. In Lissabon wurden die unabhängigen Zeitungen unterdrückt. Es herrscht Panik, zahlreiche Familien verlassen die Stadt. Mehrere Hundert Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Berichte über die Attentäter lauten widersprüchlich. Einer der Attentäter ist Portugiese, heißt Manuel Uncia; er ist 20 Jahre alt, war früher Sergeant im 7. Kavallerieregiment, dann Schullehrer in Vinhosa und seit acht Jahren Schullehrer in Lissabon. Die beiden anderen sollen ebenfalls Portugiesen und Handlungsgehilfen sein.

### Ein englisches Geschwader in Lissabon.

Lissabon, 3. Februar. Das englische atlantische Geschwader wird heute nach Portugal in See gehen, um die Entwicklung der Ereignisse zu beobachten. Doch war die Entsendung bereits vor den blutigen Ereignissen in Lissabon festgesetzt.

### Eine Weileidstundgebungen.

Budapest, 3. Februar. Eine vom Präsidium des ungarischen Abgeordnetenhauses geplante Trauerkundgebung anlässlich der Ereignisse in Portugal wurde infolge Verweigerung mehrerer Mitglieder der Ausführgesellschaft im letzten Augenblick unterbleiben. Vor Beginn der Sitzung erschien eine Deputation von Abgeordneten bei dem Vizepräsidenten, dem sie erklärte, daß sie einen eventuell beabsichtigten Nachruf für den portugiesischen König und den Kronprinzen oder eine Weileidstundgebungen nicht ohne Widerspruch lassen könnten, da der König von Portugal verfassungswidrig regiert und sogar die Verfassung suspendiert habe. Um etwaige peinliche Zwischenfälle zu vermeiden, unterließ sodann die Weileidstundgebungen.

Paris, 3. Februar. In der heutigen Kammer Sitzung gab die Erklärung über die Lissaboner Tragödie Anlaß zu einem Zwischenfall. Der Minister des Auswärtigen Michon hatte zu einer Weileidstundgebungen das Wort ergriffen, als plötzlich der sozialistische Abgeordnete Sembat den Minister mit den Worten unterbrach, das Attentat ist durch die Diktatur veranlaßt. Diese Worte ernteten zunächst den Beifall der äußersten Linken, riefen aber auf den übrigen Seiten scharfe Mißbilligung hervor. Der Minister des Auswärtigen Michon fuhr fort, indem er erklärte, es sei notwendig, daß die Kammer darin übereinstimme, das Lissaboner Attentat zu verdammen. Hierauf verlangte Sembat das Wort, was ihm von dem Kammerpräsidenten abgelehnt wurde. Der Präsident erklärte sehr erregt, es sei unzulässig ein Verbrechen zu verherrlichen. Die Kammer applaudierte lärmlich, während ein Sozialist rief: es war nur ein Verfassungsverstoß. Das Verhalten der Sozialisten wird in den Wandlungen der Kammer sehr lebhaft diskutiert.

### Eine freilinnige Wahlrechtsaktion.

Die freilinnigen Wähler hätten keinen Mut und keine Energie? Schnöde Verkündung! Am Sonntagmittag haben sie bei Vuggenhagen am Vorplatz einen leuchtenden Beweis freilinnigen Heldennuttes geliefert. Sie waren ganz unter sich; nur wer sich durch eine besondere Eintrittskarte als wahrhaft freilinnig legitimieren konnte, wurde der Teilnahme an dieser Wahlrechtsdemonstration gewährt.

Und in dieser erlauchten Gemeinschaft vollzog sich das Wunderbare: ein junger Mann erlaubte sich den Zwischenruf „konservativ-liberale Paarung!“, und das leichtsinnigerweise gerade in dem Augenblicke, als Herr Cassel in seinem öligen Vörsenjargon und mit den triftigen Gründen eines gewiegten Advokaten die innere Unmöglichkeit eines Zusammengehens zwischen Freilinn und Sozialdemokraten herauskallulierte. Het, wie da der Zwischenruf die freilinnige Volksseele zum Ueberkochen brachte! Wie ein Mann erhob sich die Versammlung und unterstützte durch wüsten Gebrüll die tatkräftige Wahlrechtsaktion eines Herrn Schäfer und einiger Helfershelfer, die mit ganz unlegbarem Hausnechtsgeflüster den trochen Zwischenrufer zum Tempel hinauswarfen. Nicht einmal soviel Zeit ließ man dem unbotmäßigen Störenfried der freilinnigen Morgenandacht, daß er Mantel und Hut mitnehmen konnte. Hinaus mit jedem in die winterliche Kälte, der an der Güte der im Treibhause der Wählergesellschaft geheizten Früchte freilinniger Regierungsbühlschaft kredentlich Zweifel zu erheben wagt!

Umsonst Recht hatten die freilinnigen Wahlrechtskämpfer, die Dullenalb, Schimmlig, Schwächlich, Warze, Schatte und Konsorten, zu diesem elementaren Ausbruch ihrer männlichen Empörung, als vor Cassel schon Fischel — man denke! — und Kopsch — man staune! — und sogar der lähne Herr Müller, der aus Reiningen, geredet hatten, so daß für einen freilinnigen Mann doch gar kein Zweifel mehr an der Unfehlbarkeit der freilinnigen Wählerparlamentarier bestehen konnte. Zu allem Ueberflus hatte Herr Cassel noch ausdrücklich seine höchste Verwunderung darüber ausgesprochen, daß nach den Ausführungen des freilinnigen Redners überhaupt noch jemand den schälerhaften Trost einer abweichenden Meinung in der Frage der Wahlrechtsaktion haben könne. Und trotzdem der leichtfertige Zwischenruf!

Überdies wie allen liberalen Mäusen folgte auch dieser Begeisterten Tat des Hinauswurfs der Ragenjamme auf dem Fuße. Schon beim Hinausgehen sagte ein Freilinnsmann zu einem anderen: „Dumme Geschäfte mit dem Kerl da! Wie uns das wieder schaden wird!“

Daß die Freilinnigen doch niemals den Mut haben, sich laut und freudig zu ihren Verdiensten zu bekennen!

So ging auch mit der Versammlung im übrigen. Es verlohnt sich nicht, über die Schamhaft unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter Ausschluß der freien Diskussion gehaltenen Reden der prominenten freilinnigen Wählerstrategen eine Zeile zu berichten. Einer der Helden berief sich auf die Autorität des anderen, Kopsch gliederte Fischel, Cassel berief sich auf Kopsch, Müller auf Fischel und Kopsch — was wunder, daß da Einmütigkeit herrschte und jeder Versuch einer freien Diskussion im jarten Reime erstickt wurde! Ein blauer Faden — von rot darf man bei der Notiz der Freilinnigen selbst in diesem Zusammenhange nicht reden — lief durch das ganze Wählerliberals Gezeite: man wagt nicht ein offenes, ungewisses Verleumdung zum Wad und seinem Höherpriester Wälöw, man erlaube sich sogar gelegentlich eine schälerhafte Despektierlichkeit gegen beide; aber nachdem man mit diesem Sand die Augen der liberalen Wähler genügend geblendet zu haben glaubte, unklammerte man um so be-

geriger und kramphafter den einen Finger, den die Wälöwregierung der freilinnigen Fasziastgarde in vorübergehender Gerablassung hinhält.

Herrn Fischel kann der ganze Wad gestohlen bleiben und Herr Wälöw ist ihm ganz gleichgültig, wenn den freilinnigen zugemutet würde, ihre Wahlrechtsforderung aufzugeben. Die freilinnigen Wähler bei Vuggenhagen jubelten über diese trockige Herausforderung. Ja, wenn es nur eine wäre! Als ob Wälöw etwas dagegen hätte, daß die Freilinnigen diese Forderung anstellen! Das mögen sie immer tun, solange sie es bei der Bescheidenheit und Gleichgültigkeit einer liberalen Forderung belassen, im übrigen aber geforsam die wahlrechtsfeindliche Wälöwpolitik mitmachen. Daß sie das aber wollen, das haben sie alle, einer wie der andere, nachdrücklich betont. Herr Fischel will nicht so ein lächerlicher Politiker, so ein „wildgewordener Stier“ sein, der überall Opposition macht, nur weil die Regierung in der Wahlrechtsfrage kein Entgegenkommen zeige; Herr Kopsch will nicht rütteln am Wahlrecht, weil es doch nicht hilft; nach Müller-Weiningen wären die freilinnigen Schafsköpfe, wenn sie die jetzige günstige Situation nicht benützten; und Herr Cassel will ebenfalls mitmachen, was die Verhältnisse gestatten. Und solchen pfiffigen Bundesbrüdern sollte Wälöw nicht mit zwinkernden Augen gestatten, daß sie vor der Öffentlichkeit gelegentlich ein wenig nach Löwenart brüllen und ihm die grimmigen Zähne zeigen?

Und noch eine zweite Einmütigkeit, die die Redner beherrschte, gab der freilinnigen Ratinee ein wirkungsvolles Gepräge. Jedesmal dann gerieten sie in Feuer, und jedesmal dann griffen sie mit besonderem Schwung in die Saiten ihrer reichsverbänderlich abgestimmten Verebfanfekt, wenn sie auf die Sozialdemokratie, auf die einzige wirkliche und ernsthafte Bekämpferin der Dreiklassenmach zu sprechen kamen. Und diese nie verlassende Möglichkeit, den stürmischen Beifall des Hauses zu wecken, ließ sich keiner der Redner entgehen. Wie geiste Kater im Waldrien so wälzten sich die weltblinderen, erlauchten Führer des „freilinnigen Bürgerturns“ in den geistvollen Gemeinplätzen und „joitvollen“ Wägen, mit denen der deutsche Liberalismus von Eugen Richters Gnaden seit Jahrzehnten die Sozialdemokratie vernichtet. Herr Kopsch verhedderte sich bei diesem Bemühen derart in die unborgegesehenen Schwierigkeiten eines alttestamentarischen Bildes, daß die Verklamung ordentlich erleichtert aufatmete, als er sich schließlich doch noch mit heißen Wätern auf die „Zwingburg“ des Dreiklassenwahlrechts gewettet hatte.

Diese „Zwingburg“ wollen die Steifsteinernen des Freilinn erobern!

Indem sie den Beherrschern dieser Zwingburg die Steigbügel halten, ihren wirklichen Bekämpfern aber Stinklöcher in den Weg werfen!

Hinweg mit diesem feilen, gleichnerischen Wad, auf daß das arbeitende Volk den offenen Wahlrechtsfeinden Aug' in Auge die Schlacht bieten kann!

Von dem so echt freilinnig hinausbesforderten Zwischenrufer erhalten wir folgende Aufdrift:

Als Herr Cassel scharfe Scheidungslinien zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus zog, erlaubte ich mir den ganz parlamentarischen Zwischenruf: „konservativ und liberal!“ Nun war's um mich geschehen. Man forderte mich auf, den Saal zu verlassen. Ich schickte mich denn auch an, hinauszuweichen. Aber ehe ich dazu kam, hatte mich bereits eine Hausnechtsgeflüster umfacht und hinausgetragen. Wie konnte ich es auch wagen, den Freilinn an seine Handlangerdienste für die Reaktion zu erinnern. Natürlich haben die braven „Liberalen“ dafür gesorgt, daß mir draußen die Volksei Spalter bildete. Im Saale selbst fehlte sie natürlich. Doch ich ging nicht allein. Etwa fünfzehn liberale Männer verließen, durch dies „demokratische“ Gebaren angewidert, mit mir zusammen den Saal. Von diesen Leuten erfuhr ich auch, daß die Hausnechtsgeflüster, die mich hinausstrug, der „Schriftsteller“ Schäfer aus Charlottenburg gewesen sei. Wie diese Art, sich ungewohnter Gegner zu entledigen, der freilinnigen Volkspartei nur Schaden bringt, erfuhr ich durch die Verkörperung eines Oirsch-Dunderschen Arbeiters, der mit mir hinausgegangen war. Er meinte: „Das ist ja schändlich! Solch eine Vergewaltigung gegnerischer Meinungen. Und dabei tut man nichts für die Gleichberechtigung der Arbeiter und redet höchstens vom Mittelstand. Ich pfeife jetzt auf die freilinnige Volkspartei!“ Und das war ein Mitglied der Volkspartei. Während drinnen im Saale noch eine halbe Stunde gewiebert wird, trete ich den Heimweg an. Er führt mich am Waldes-Denkmal vorbei. Am Standbild desselben Mannes, der, als man den vereinigten Landtag auseinanderjagen wollte, ihn gegen die Schergen der Reaktion mit seinem Leibe schützte. Man braucht wahrlich nicht die alten Fortschrittsleute zu verdammen, aber das darf man wohl sagen: solche Epigonen haben sie nicht verdient!“

### Zwei Mann über Bord!

Wie bereits telegraphisch gemeldet, hat das Marinekriegsgericht in Kiel am Freitag wieder einmal ein Urteil gefällt, bei dem jedem menschlich Empfindenden, einerlei welcher politischen Parteirichtung er angehört, das Blut in den Adern erstarren muß. Wegen einiger, in der Verlaune verübter Unbesonnenheiten, die von einem zivilen Gericht mit ein paar Mark Geldstrafe gewiß für hinreichend „geühnt“ erachtet worden wären, haben die Richter in Uniform über zwei Matrosen die qualifizierte Todesstrafe verhängt. In der Tat, viel schlimmeres als den Tod durch das Blei oder das Beil — langsam, aber unabwendbares Siedtuch und die sichere geistige und moralische Vernichtung bedeuten diese mehr als fünf Jahre Zuchthaus, durch die, mit einem Kranfenschlag des modernen Molochs, zwei junge Menschen aus den Reihen der Lebendigen getilgt werden.

Um auch jeden Schein der Parteilichkeit zu vermeiden und allen Einwendungen dieser Art von vornherein die Spitze abzubrechen, geben wir den Bericht über die Verhandlung nicht nach der Darstellung unseres Kieler Parteiblattes wieder, sondern wir drucken wörtlich den Verhandlungsbericht der „Kieler Neuesten Nachrichten“ ab, eines Blattes, das nicht nur „gut bürgerlich“ bis auf die Knochen und „staatsverbähten“ in jeder Zeile, das vielmehr in Marine-sachen mit dem Flottendienst durch die und dünn geht, häufig zu offiziellen Mitteilungen des Marineamts benutzt wird und seine Begeisterung für „unsere herrliche Kriegsflotte“ schon durch die Architektur seines Geschäftshauses, dessen Dach der ragende Geseitsmast eines Panzerkreuzers krönt, weit hin proklamiert. Die „Kieler Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten in ihrer Sonntagnummer folgenden Gerichtsbericht:

In der Nacht zum 16. November besuchten die Geizer W. Je. St. und Jo. und der Maschinenwärter M. von S. M. S. „Hera“ ein Café in der Wit. Als der Geizer Je. zum Ausreten ging, rempelte er einen in Hinterzimmer sitzenden Torpedobootsmannsmaat an. Der Matros stellte ihn zur Rede, ließ ihn aber schließlich laufen, obwohl Je. recht unangenehm wurde. Je. kuschelte dann mit seinen Kameraden, so daß es

so aussah, als ob sie sich verabredeten, den Matrosen zu ärgern. Nach einiger Zeit traten St. und Jo. aus und gingen so dicht wie möglich an dem Vorgesetzten entlang. St. warf dabei einen Kasten mit Cseupflanzen um. Der Matros befahl ihm, den Kasten wieder aufzurichten. St. entgegnete, im Lokal habe der Matros ihm überhaupt nichts zu sagen. In die nun folgende Auseinandersetzung mischte sich M. mit den auf den Matrosen bezüglichen Worten: „Was will der!“ Der Torpedobootsmannsmaat fragte M. verschiedentlich ohne Erfolg, was er wolle und wie er heiße und machte ihn schließlich an dem Kermel. Sofort fand M. die Sprache wieder und rief, indem er eine drohende Haltung einnahm: „Nicht anfassen, sonst...!“ Der Matros rief ihn zurück. Der Matros forderte nun die Geizer vier- oder fünfmal auf, sein Lokal zu verlassen, doch niemand rührte sich. Da M. und der gleichfalls hinzugekommene Je. ihre Namen nicht nennen wollten, nahm der Vorgesetzte ihnen die Mützen weg. M. machte sich von hinten an den Vorgesetzten heran und entriß ihm die Mützen, die dabei auf die Erde fielen. In demselben Augenblick, als der Matros sich nach den Mützen bückte, fielen M., Je. und ein Dritter, wahrscheinlich St., über ihn her und schlugen ihn. Der Matros wehrte sich nach Kräften, worauf der dritte Angreifer einen Augenblick verschwand. Plötzlich hob St. einen Stuhl zum Schlage hoch und zertrümmerte dabei den Kronleuchter. Als er den Stuhl zum zweitenmal hochhob, trat ein Militärinvalide ihm entgegen und fing den Schlag auf. Mit Hilfe dieses Mannes, des Wirtes und eines anderen Geizers wurden die Geizer hinausgeworfen. Gleich darauf kam von außen her ein halbes Bierglas durch die Türverglasung geflogen. Bei der Verfolgung der gefährlichen Wurschen gelang es, St. zu ergreifen. Der angegriffene Bootsmannsmaat meldete den Vorfall nicht und befandete vor Gericht weniger als die anderen Zeugen. Er wurde nicht vereidigt. Bezüglich M. und Je. war der militärische Aufruf (das bewußte und gemollte Zusammenwirken bei einem Angriff auf einen Vorgesetzten) erwiesen. Bei St. war nach Ansicht des Gerichts die Teilnahme an dem Aufruf zweifelhaft.

Der Bericht des freiwillig marineoffiziösen Organs gibt unverkennbar den für die Marinejustiz günstigen Tatsachenbestand wieder. Es werden ausschließlich die die Verurteilten belastenden Momente der Beweiserhebung, im Sinne der Anklage, zusammengetragen; die Verurteilten selber und ihre Verteidiger kommen überhaupt nicht zum Wort. Evident geht trotzdem aus dieser Darstellung des Marineblattes hervor, daß es sich um eine Wirtshaus-szene handelt, wie sie in vorgerückter nächlicher Stunde, zumal in einer Gegend, die, wie die Kieler Vorstadt Wit, die Marine als ihre Domäne betrachtet, der Landesübliche Abschluß alkoholischer Exzesse zu sein pflegt. Die schlimmste Episode, der Angriff mit dem erhobenen Stuhl, die Zertrümmerung des Kronleuchters, kommt dazu noch einmal einem der zu Zuchthaus Verurteilten aufs Konto! Bei der Schlägerei wurden Waffen oder gefährliche Werkzeuge nicht benutzt, der angefallene Matros ist nicht im geringsten verletzt worden, wie denn überhaupt der absolut ungefährliche Zustand der Angreifer am drastischsten daraus erhellt, daß der Matros sich ihrer aller drei zu erwehren wußte.

Weiter ergibt die Darstellung, daß sich die Leute offenbar dadurch gereizt gefühlt haben, daß der Matros ihnen die Mützen wegnahm. Wäre der Vorgesetzte den Angestruckenen aus dem Wege gegangen und hätte er, wie es für einen besonnenen, die Situation beherrschenden Menschen doch das einzig Vernünftige gewesen, den Schaulustigsten verlassen, so wäre der ganze Auftritt vermieden worden. Wie wenig tragisch aber auch so noch der an der Aneinanderklopfung der Sache auf-fachte, geht daraus hervor, daß er es noch nicht einmal der Mühe für wert hielt, den Vorfall zur Anzeige zu bringen!

Der wesentliche Gesichtspunkt aber, unter dem der ganze Tatbestand beurteilt werden muß, ist folgender: Rotorischer Mafahren ist bei der Marine das disziplinäre Verhältnis zwischen Mannschaften und Unteroffizieren viel lockerer als beim Landheer. Das intime Zusammenleben an Bord bringt es naturgemäß mit sich, daß die Matrosen im Raaten weniger ihren Vorgesetzten als ihren Kameraden erblicken, wie sie denn meistens auch auf dem Dufstuf mit ihm stehen. Das trifft noch im erhöhten Maße auf das Maschinenpersonal zu, dessen Angehörige sich überhaupt kaum als Militärverhältnis, das an Bord und im Dienst den Vorgesetzten, weder den Vorgesetzten noch den Untergebenen, kaum zum Bewußtsein kommt, außerhalb des Dienstes, an Land, dazu noch unter dem Einfluß des spezifischen Gebirgtes, des Alkohols, nun plötzlich so streng respektiert werden soll, daß seine geringste Verletzung die fürchterlichste Wundung nach sich zieht! Das ist eine unsinnige Forderung, und die Marinebehörden haben so lange nicht das Recht, sie zu erheben, als sie den Unteroffizieren nicht auf das strengste verbieten, Lokale zu besuchen, in denen Matrosen verkehren. So lange ein solches Verbot nicht existiert, werden Szenen, wie die geschilderte, geradezu provoziert, und tatsächlich ist denn auch die überwiegende Mehrzahl der Fälle solcher drakonischen Militärjustiz, bei denen sich jedem vernünftigen denkenden Menschen die Haare sträuben, auf Zusammenstöße von Matrosen und Raaten nach vorangegangener Aneinanderklopfung in demselben Lokal zurückzuführen. Will die Marinebehörde also unter allen Umständen die peinlichste Disziplin hochgehalten wissen, so soll sie zunächst einmal jedem Matrosen, wo sie verletzt werden kann, vorbeugen.

Aber auch noch nicht einmal vom formal-juristischen Standpunkt des Militärstrafgesetzes ist das fürchterliche Urteil auch nur im entferntesten zu rechtfertigen. Das Tatbestandsmerkmal des militärischen Aufrubrs ist die Verabredung. Das planmäßig vorbereitete, auf einen mehr oder minder langen Zeitraum im voraus festgelegte Komplott soll getroffen werden. Es ist offenbar eine reine Karikatur dieses Tatbestandsmerkmals, mit der man sich begnügt, wenn, wie es im Bericht des Marineblattes heißt, das „Luschen“, welches „so aussah“ (!), als ob sie sich verabredeten, den Matrosen zu ärgern (!), zur Konstruierung solcher komplottmäßigen Verabredung verwendet wird!

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 3. Februar 1908.

#### Stehendes Heer oder Miliz?

Aus dem Reichstage. In der heutigen Debatte über den Militäretat fehlte bedauerlicherweise der Kriegsminister v. Einem, der sich entschuldigen ließ, weil er aus Gesundheitsrücksichten plötzlich nach dem Süden abfahren mußte. Sein Gegner aus dem Duell wegen der Stammgäste der Potsdamer Adlervilla thronte dagegen hoch auf dem Vizepräsidentensitz. Ohne Herrn v. Einem war's aber, als ob Wallensteins Lager ohne den Wachtmeister aufgeführt wurde. Es fehlte bei den anderen Herren im bunten Rock doch an



dem wahren Schluß und dem rechten Ton, den der würdige Wachtmeister der Person des Oberfeldherrn abgedrückt und abgelauscht hatte.

Eine Ueberraschung wurde dem Hause insofern zuteil, als zwei frühere höhere Offiziere, die jetzt den Zylinderhut aufgesetzt haben, nicht unwirksam Kritik an den Zuständen im Heerwesen übten. Selbst ein Konfervativer, Herr v. Thern, fand, daß erhebliche Ersparnisse gemacht werden konnten. Energischer ging der Zentrumsabgeordnete Haessler der Heeresverwaltung zuleibe, der seines Zeichens bis vor zwei Jahren bayerischer Artilleriegeneral war, 1870/71 als Gemeiner gebiert und später ein sehr bewegtes Leben geführt hat. Die russische Regierung hat ihn einmal drei Monate lang in der Fingelle von Warschau eingekerkert gehabt. Er begründete den Zentrumsantrag auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit auch für die Kavallerie und reitende Artillerie. Aus militärischen Gründen, weil die zweijährige Ausbildung durchaus genüge, aus wirtschaftlichen und humanen, weil es die Volkswirtschaft gar zu übermäßig beschränkt, wenn man die jungen Leute in ihrem fruchtbarsten Alter gar drei Jahre bei der Fahne halte. Dabei fand er manches treffende Wort für den modernen Dekadenzmilitarismus. So verurteilte er die ruhmreichen Kavallerieattachen bei den Wandern als eine gefährliche Spielerei.

Kräftiges Hört! hört! bei den Sozialdemokraten machte auf dieses militärische Urteil besonders aufmerksam. Sofort war der bayerische Militärbevollmächtigte, Generalmajor v. Gebfattel auf den Beinen, um den Kameraden Haessler als einen Mann hinzustellen, den man als militärische Autorität unmisslich anerkennen könne. Wie es ja faktum bekannt ist, daß die amtlichen Wortführer des bunten Rods den Kameraden a. D. und z. D. sofort jedwede Sachkenntnis absperrten, sobald sie sich unterfangen an militärische Dinge Kritik zu üben. Beim Militär scheint also der Grundfalsch in Kleinkultur geächtet zu werden, daß nur das Amt einen Menschen Verstand gibt.

Die amtlichen Ausführungen des Herrn v. Gebfattel gegen die zweijährige Dienstzeit der Kavallerie fanden den üblich vergüteten Widerhall des Grafen Oriola, dem nicht einmal amtlicher Militärberufstand verleiht ist. So hobt andauernd der tiefe Schmerz in seiner nationalliberalen Seele herum, daß er es noch nicht einmal bis zum Anspitzgeleit gebracht hat. Als Ersatz dafür hat er sich eine feierlich gezierter Würde vor dem Spiegel einstudiert, deren hohle Selbstgefälligkeit nur in dem Haushofmeister Malvolio in Shakespeare's „Was ihr wollt“ ein Gegenstück findet, wenn er mit freuzweis umhändernden Beinen seiner Herren Liebesworte vorjanselt.

Genosse Bebel wies die Bemerkung des nationalliberalen Malvolio, daß die Soldaten in der Kaserne vor sozialdemokratischen Zeitungen behütet werden müßten, mit dem Hinweis darauf zurück, daß wir gar keine solche Propaganda brauchen, weil das Kasernenleben selbst die jungen Leute hinreichend empfänglich mache für sozialdemokratische Lehren, welche Betrachtung bei den Wochenschwabronen böhmisches Lachen hervorrief. Es wäre auch schade, wenn die Deutschen dahinter kämen, wie vielfach sie der Sozialdemokratie Vorparanndienste leisten.

Bebel stellte dann fest, daß die Versuche des Herrn v. Clemen, den Abscheu über Verfehlungen der Synar, Hohenau und Konjorten gegen Soldaten auf „Düben in Zivil“ abzulenken, doch an dem Prozeß gegen jene beiden „Gedanken der Nation“ gescheitert seien. Ebenso wies er auf den Asten des Prozesses Liebschnecht nach, daß die Behauptung der „Nord. Allg. Ztg.“, der Oberreichsanwalt hätte aus eigener Initiative die Strafverfolgung gegen den Genossen Liebschnecht eingeleitet, ein echtes offizielles Dementi sei, nämlich durch und durch unwar.

Nachdem Bebel dann kurz unsere Anträge auf Deffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens und Erhöhung der Mannschafftslöhne begründet hatte, wandte er sich ausführlicher dem Antrage nach allgemeiner Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr zu. Er betonte scharf, daß wir diese Forderung stellen, um damit den Uebergang zum Malizsystem einzuleiten. In gründlicher Weise führte er gegenüber wegwerfenden Urteilen des Kriegsministers über Volkshere an der Hand historischer Tatsachen den Nachweis, welche Erfolge Milizheere gegen stehende Heere häufig errungen haben und welche Hülle militärischer Kapazitäten in Revolutionszeiten aus allen Volksschichten hervorgegangen seien, daß Leute in wenigen Jahren zu bedeutenden Heerführern wurden, die nie die übliche Drilldressur durchgemacht hatten, wie Cromwell und Washington oder auch Hoche und andere Generale der Revolutionszeit.

Uebrigens sei ja das Milizheer gar nicht einmal eine elementar soziale Forderung, sie entsamme vielmehr dem Alltags der bürgerlichen Demokratie. In der Schweiz bestehe ein Milizheer von hoher Kriegsbüchigkeit, und im Jahre 1862 hätte gar der deutsche Nationalverein unter Führung Dennigens sich für das Milizsystem ausgesprochen. Der einmütige Widerstand, den dieses einst vom deutschen Bürgertum begünstigte System jetzt bei der Regierung wie bei den bürgerlichen Parteien finde, rühre daher, daß man das stehende Heer mehr noch als gegen den äußeren gegen den „inneren Feind“ zu verwenden denke. Wie ja überhaupt die Angst vor der Sozialdemokratie das Leitmotiv für die herrschenden Klassen sei. Diese bittere Wahrheit entfesselte den üblichen Kärm bei den staatsbehaltenden Parlamentariern, ebenso aber auch stürmische Zustimmung bei der Sozialdemokratie.

Mit der Antwort vom Bundesratsrat sah es recht windig aus. Während Bebel's Rede hatte einer der jüngeren Adjutanten durch Rasierlappen, Kopfschütteln und Gesichterschneiden jeder Art die Bebel'schen Angriffe abzuwehren gesucht. Bei der Anführung von militärischen Autoritäten ging dieser grinsende Epaulettenträger zu krampfhaft zuckenden Handbewegungen über, so daß man schließlich den Eindrud gewann, als ob ein junger Hahn auf der Hühnerleiter mit den unbesiegbaren Flügeln vergebens ängstliche Flugversuche anstellte. Da dieser hoffnungsvolle Marschführer für mimische Schauspielungen offenbar hoch begabt ist, schickte ihm die Empfanglichkeit der inneren Hofzirkel für solche Genüsse eine schnelle Karriere. Er kann sich noch einmal, je nachdem, den Feldmarschallstab oder den Hofmarschallstab ergreifen oder erzappeln.

Die rednerische Verantwortung der Bebel'schen Rede fiel dem Generalleutnant Sigt v. Armin zur Last, der einige derart ungenügende Belanglosigkeiten hervorhob, daß selbst die begeisterten Patrioten lange Gesichter machten. Dann wurde vertagt.

### Hohe und niedere Politik im Dreiklassenhause.

Als bei Carnot's Ermordung irgendwo in einer süd-deutschen Kammer von demokratischer Seite eine Beileidigung angeregt wurde, reichte sich das offizielle Preußen ganz fürchterlich über diese Einmischungsvorwürfe einzelstaatlicher Landtage in die internationalen Beziehungen auf. Diesmal aber hielt es Herr v. Röcher für nötig, über die Vorgänge in Portugal zu sprechen und im Dreiklassenhause die Ermächtigung zu einer Konfession bei der portugiesischen Gesandtschaft zu verlangen, und dabei schreien die Junker fortwährend über Einmischung der Reichsinflungen in innere preußische Angelegenheit! Die äußeren Beziehungen Deutschlands gehören doch wohl unbestreitbar zur Reichskompetenz? An sich entrüsten wir uns durchaus nicht über diese Kompetenzüberschreitung; sie zeigt aber wieder einmal die Doppelmoral des Junkertums.

Nachdem es sich die genannte Kompetenzüberschreitung geleistet hatte, fuhr das Dreiklassenhaus fort, sich über den Etat des fanatischen Arbeiterfeindes Delbrück zu unterhalten. Die Unterhaltungen bewegten sich auf der negativen geistigen Höhe der verträchteten Klassenvertretung. Lang und breit unterhielt man sich über einen gewissen Geheimrat Ruffhus, der irgendwelchen Kunstmandarin irgendwo auf die Bühnen getreten haben soll. Mit der Beiseidenheit, die einem deforzierten freimüthigen Blockpolitiker geziemt, wagte der Königsberger Abg. Gylling, ein paar untertänigliche Einwendungen gegen den Minister, der den Herrn Ruffhus zu scharf angegriffen habe. Zwischen durch tauschten der Behlenborfer konservativ Malermeister Hammer und der freimüthige Konsumvereinsführer Krüger ein paar Wechselreden über die verschiedenen Genossenschaftsarten aus. Der einzige Redner, der wenigstens in etwas versuchte, eine ernsthafte Kulturfrage würdig zu behandeln, war der freimüthige Lehrer Hoff, der die allgemeine Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts und Verlegung dieses Unterrichts auf die Tagesstunden verlangte.

Am Dienstag stehen kleinere Vorlagen und der Etat der Bergverwaltung mit einem dazu gestellten Zentrumsantrage zur Beratung.

### Die Agrarier als Förderer des Industrialismus.

Die „Kreuz-Ztg.“ stellt sich in einem „Stadt und Land“ überschriebenen Leitartikel höchst erfreut, daß das Spezialorgan für Scharfmacherei, die christliche „Deutsche Arbeiterzeitung“, ziemlich offen zugestanden hat, daß die wirtschaftlichen Erfolge des Industrialismus in Deutschland während der letzten Jahrzehnte auf Kosten der deutschen Landwirtschaft errungen worden sind. Verfriedigt über dieses Zugeständnis schreibt das Blatt der Nachkömmlinge der Strauchritter:

„Früher hätte man, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, vergeblich ein solches Eingeständnis suchen können. Es sind in der Tat schwere Stunden, die man der Landwirtschaft dadurch geschlagen hat, daß man die industrielle Entwicklung forcierte und zu diesem Zwecke den dem landwirtschaftlichen Gewerbe unumgänglich notwendigen Zollaus herabsetzte. Und wenn jetzt durch die letzte Zollerform der Landwirtschaft wenigstens einigermaßen Gerechtigkeit widerfahren ist, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß auch dabei der Industrialismus seine früheren Vorteile nicht eingebüßt hat, also nicht genügt war, um jenerseits der Landwirtschaft, die für ihn so schwer hatte bluten müssen, wesentliche Opfer zu bringen. Gleichwohl haben die deutschen Landwirte keinen Augenblick gaudert, der Industrie behaft Aufrechterhaltung des notwendigen Zollausages zur Seite zu stehen.“

Wer hat denn die industrielle Entwicklung forciert? Doch in erster Linie die Agrarconservativen, indem sie, um hohe Agrarzölle einzuführen, der Großindustrie hohe Schutzzölle durchsetzen halfen, und dadurch dieser ermöglichten, nicht nur den deutschen Inlandmarkt zu monopolisieren, sondern auch ihren Export in rascher Folge auszubehnen, da die auf dem Inlandmarkt erzielten hohen Preise und Profite sie in den Stand setzten, ihre Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu unterbieten und zeitweilige Verluste mit Gleichmut zu ertragen. Daß diese Begünstigung des Industrialismus durch die oligarchischen Junker nicht freiwillig, ja in den meisten Fällen sogar direkt gegen den Willen der Agrarconservativen erfolgt ist, ändert nichts an der Tatsache, daß die Gesinnungsgenossen der Raub, Aerech und Aerech es selbst gewesen sind, die in ihrer Eier nach hohen landwirtschaftlichen Profiten die industrielle Entwicklung „forciert“ haben.

### Die Gewerkschafts- und Arbeiterfeindschaft des Reichstages.

Der Antrag unserer Fraktion, die Marineverwaltung anzuweisen, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinebetrieben unter Mitwirkung der Gewerkschaften vorzunehmen, d. h. also, den Herrin-Hause-Standpunkt aufzugeben und das moderne Verhandlungsprinzip anzuerkennen, ist bekanntlich am Sonnabend vom Reichstage in namentlicher Abstimmung mit 115 gegen 168 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt worden. Es ist interessant, aus den Abstimmungslisten festzustellen, welche Parteien sich hier wieder einmal selbst in das Licht schärfster Segnerschaft gegen die Arbeiterorganisationen aller Richtungen gestellt haben. Einmütig ist für unseren Antrag außer unserer Fraktion, die sehr zahlreich vertreten war, nur das Zentrum eingetreten. Die freimüthigen Blockräber, die sich als die Protoktoren der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine aufspielen, haben einmütig gegen unseren Antrag gestimmt, mit alleiniger Ausnahme des Emsdorfer Großfabrikanten Carstens. Der alte Tragger hat sich der Stimme enthalten, der Kieler Dr. Leonhart von der Volkspartei, der tapfere Dr. Kaumann und sein Freund Dr. Gottschoff haben gleich dem erkrankten Abg. Göttschke gestimmt. Dr. Reumann-Hofer hat mit den ganzen übrigen Freimüthigen mit Nein gestimmt. So haben somit von den Freimüthigen das Geständnis der Gewerkschaftsfeindschaft abgelegt die Abgg. Abthorn, Reichsgraf v. Voßmer, Vuddeberg, Cuno, Dr. Delbrück, Dr. Dohrn, Dr. Doermann, Dove, Ender, Fischel (natürlich), Gylling, Dr. Hermes, Hornmann, Raempf, Robelt, Müller-Herlorn, Müller-Weinigen, Dr. Ruggan, Pachtke, Dr. Pfundner, Schmidt-Halle, Sommer, Spethmann, Storz und Wieland, die Volksparteiler. Die nationalliberale Fraktion hat geschlossen gegen unseren Antrag gestimmt, einschließlich ihres Leipziger Renommierliberalen Dr. Jund. Die Wirtschaftliche Vereinigung, deren Redner, der Abgeordnete Behrens, lebhaft für unseren Antrag eingetreten war, hat in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit es gleichfalls vorgezogen, sich auf die Seite der Arbeiterfeinde zu schlagen. Selbst der Vorsitzende einer pseudogewerkschaftlichen Organisation, Herr Schad, der Leiter des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, hat gegen die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen gestimmt. Ebenso hat die ganze Reformpartei,

die Konfervativen und die Reichspartei (mit der einzigen Ausnahme des harmlosen Christlichsozialen Lins) sich gegen jede Konzeption an den Fabrikkonstitutionalismus erklärt.

Der Antrag der Budgetkommission, bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinebetrieben wenigstens die Arbeiterausschüsse mitwirken zu lassen, fand bekanntlich mit 218 gegen 67 Stimmen Annahme. Auch hier sei den Abgeordneten, die die Arbeiterfeindschaft selbst über die Flugblätter und Pamphlete hinausgetrieben haben, die Festsetzung ihrer Namen nicht erspart. Einmütig arbeitervfeindlich und selbst gegen jede patriarchalische Scheinkonzeption an die Arbeiter sind die Konfervativen, von denen nur der Westfälische Dr. Dehmer, ein Herr Volls und ein Herr Dr. Giese die wertlose Konzeption der Mitwirkung abhängiger Arbeiter in den Arbeiterausschüssen machten. Auch die Reichspartei unter Führung des geführten Camp hat durchgängig mit Nein gestimmt. Charakteristisch ist aber vor allem, daß eine große Zahl von Nationalliberalen und Wildliberalen sich selbst gegen die Arbeiterausschüsse erklärt hat. Auch gegen die Resolution der Budgetkommission haben von den Nationalliberalen gestimmt der Landrat Dr. Gärwinkel, der Forster Kommerzienrat Bohn, Weuchelt, Feldmann, Hagemann, (der Reichsverbändler Herr v. Liebert und der Fürst Haffel stimmten ebenso wie der Präsident Graf Stolberg und der nationalliberale Vizepräsident Dr. Paasche auch beidemal mit nein), Gauhmann, Langerfeldt, Seemann-Jena, natürlich auch einer von den Reichsverbandsleuten, Lind, Rehbel, v. Schubert, Stumm'sel Erbe und Schwiegerlohn, Dr. Semler, der Freund des guten Reichsflaggenkampagners, Wehl und v. d. Benje. Man sieht, daß die Nationalliberalen sich an Arbeiterfeindschaft von keiner anderen Partei des Reichstages überreffen lassen wollen.

### Gegangen.

Es kann jetzt als richtig angenommen werden, daß der Reichssekretär Freiherr v. Stengel bereits in den nächsten Tagen seinen Posten verlassen wird. Verschiedene Mütter wissen zu mellen, daß er bereits sein Abschiedsgesuch eingereicht hat und selbst die Frage, wer wahrscheinlich sein Nachfolger werden wird, wird schon mit Gründlichkeit erörtert. Die meisten Aussichten soll der Direktor der Dredner Bank, Geh. Oberfinanzrat Müller, haben.

Eigentlich ist die fühle Gleichgültigkeit, mit der man in allen Blockparteien Herrn v. Stengel scheidet sieht. Selbst die „National-Zeitung“ schreibt von oben herab:

„Daß Herr v. Stengel von irgend einer Seite zum Rücktritt gedrängt worden wäre, wird man auch nicht anzunehmen haben. Die Logik der Verhältnisse hätte es erfordert, daß Herr v. Stengel auch die Konsequenzen der von ihm eingeleiteten, leider völlig ungenügenden Finanzreform vor dem Reichstage vertreten hätte. Wie es scheint, hat er sich jedoch inzwischen davon überzeugt, daß für seine Pläne und die Art, wie er sie durchzuführen gedenkt, eine Mehrheit nicht zu haben sein wird. Vermutlich fehlt dem Reichssekretär, der ein an Arbeit reiches Leben hinter sich hat, die Neigung, sich das Unumgängliche vom Reichstage noch ausdrücklich bestätigen zu lassen.“

### Ein offenes Wort!

Die „Konf. Korrespondenz“ rüffelt den christlich-sozialen Abgeordneten Behrens gründlich ab, weil er am letzten Freitag den Mut besaß, die sozialdemokratische Forderung zu unterstützen, in den Marinebetrieben bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen die Arbeiterorganisationen heranzuziehen. Die „Konf. Korresp.“ erklärt rund heraus, daß ihr nur dann die christlichen Gewerkschaftsorganisationen genehm sind, wenn sie nicht für die Interessen der Arbeiter eintreten:

„Auch die neue Forderung begründete der Abg. Behrens mit der Behauptung, die national gesinnten Arbeiter würden durch die vorgeschlagene Maßnahme benachteiligt werden, sich den nationalen Organisationen anzuschließen. Wir bezweifeln diese Wirkung ebenso, wie wir sie von den Arbeiterausschüssen mit Recht bezweifeln haben. Und wenn schließlich die nationalen Arbeiterorganisationen auch wirklich einige Tausend Mitglieder gewinnen und sie führen fort, die sozialdemokratischen Forderungen zu unterstützen, so würde das für unsere nationalen Interessen wahrlich kein beförderer Vorteil sein.“

Das ist deutlich! Sobald christliche Arbeiter ihre Berufsinteressen wirklich wahrnehmen wollen, werden auch sie zu den Feinden der „nationalen Interessen“, zu den „vaterlandslosen Gesellen“ geworfen!

### Wahlrechtskampf und Straßendemonstration in Bremen.

Auch in der Selbstrepublik Bremen mit ihrem Klassenwahlrecht, wird seit Jahren von unseren Genossen der Kampf um gleiche Wahlrecht geführt. Der Liberalismus hat sich dabei stets von seiner schafelsten Seite gezeigt. Der Chefredakteur der „Befreiung“, Emil Hütter, malte die Schreden einer sozialdemokratischen Mehrheit an die Wand —, und die liberale Mehrheit der Bremer Bürgerschaft war ganz seiner Ansicht. Unsere Genossen — es sitzen 17 davon in dem Stadt- und Staatsparlament — wurden aber nicht müde, immer aufs neue den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts einzubringen. Erst in der vorvorigen Woche geschah das abermals, und am vergangenen Mittwoch kam der Antrag zur Verhandlung. Diesmal hatten es die „entschiedenen Liberalen“ für angebracht gehalten, auch einen Antrag einzubringen. Während jetzt von 150 Vertretern in der Bürgerschaft 68 aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, sollen nach den liberalen Absichten künftig 100 in solchen Wahlen gewählt werden. Die Schmach des Wahlrechtsabgabes soll danach also bestehen bleiben. Die liberale Presse stellte diesen Antrag als eine Tat hin, als einen ersten Schritt zum gleichen Wahlrecht. Es sei unflug, den Alles- oder Nichts-Standpunkt zu vertreten. In der Verhandlung der Bürgerschaft kam indes die schlatternde Angst des Kleinbürgertums elatant zum Ausdruck. „Ich und eine große Anzahl meiner Freunde würden es für ein Unglück halten, wenn das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eingeführt würde“, sagte der Wortführer der „entschiedenen Liberalen“, ein Mandatar Garde. Damit war der Schwindel vom schrittweisen Vordringen bis zum Wahlrecht, das die proletarischen Vertreter forderten, von einem liberalen „Wahlvertreter“ von den Liberalen selbst entlarvt. Aber die Komödie war noch nicht zu Ende. Es wurde zum Schluß beschlossen, den liberalen Antrag an eine Kommission zu überweisen. Dort liegt er nun für Jahre in süßer Ruh, er wird aber dazu dienen, bei den Bürgerschaftswahlen, die im Laufe dieses Jahres stattfinden haben, die liberalen Wähler zu täuschen. Nur um einer solchen Täuschung willen wurde er überhaupt eingebracht.



Natürlich wurde der sozialdemokratische Antrag, den die Genossen Senke und Rhein trefflich begründeten, heftig bekämpft und dann abgelehnt. Dabei hatte man diesmal nicht dem Herrn Fitzner, sondern dem Juristen Dr. Spitta, einem Vertreter der ersten Klasse, der Klasse der „Gelehrten“ usw., die Wahrung der Interessen derer von „Wesig und Bildung“ übertragen. Fitzner hatte seine Sache auch zu schlecht gemacht, so daß der konservative Malkewitz ihn darob am 10. Januar im preussischen Junkerparlament mit Recht wirkungsvoll verhöhnen konnte.

Mit der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages sollte diesmal aber die Wahlrechtsaktion unserer bremischen Genossen nicht ihr Ende erreicht haben. Am Vormittag des Sonntags fanden vielmehr fünf Volksversammlungen statt, in denen nachdrücklich Protest gegen die Klassenwahlrechtschmach und gegen das politische Komödiantentum der liberalen Volksvertretung erhoben wurde. Nach Schluß der Versammlungen kam es zu einer spontanen Demonstration. Tausende von Versammlungsbesuchern fanden sich vor dem altehrwürdigen Rathaus auf dem Rolandsmarkt zusammen, bildeten alsbald einen Zug und marschierten, die Audorfische Karzeilasse und andere Arbeiterlieder singend, durch jene Straßen, wo die bremischen Bürgermeister und die zahlungsunfähige Bourgeoisie Bremens ihre pompösen Wohnungen haben. Da die Polizei sich wie auf Kommando den Demonstranten fernhielt, kam es nicht zu der geringsten „Ausbreitung“ oder „Ordnungslosigkeit“.

Die Bedeutung der Straßendemonstrationen zu politischen Zwecken, muß von den Arbeitern erst voll erkannt sein, bevor die volle Wucht der großen Zahl im politischen Kampfe unabweisbar in die Erscheinung tritt. Den Anfang dazu haben die bremischen Arbeiter hinter sich, sie werden bei der nächsten Gelegenheit beweisen, wie ihnen mit der Erkenntnis auch der Wille kam, den wirksamsten Gebrauch von der neuen Waffe zu machen.

### Ein Verfahren wegen Hochverrats

Ist von der kaiserlichen Staatsanwaltschaft gegen unseren Genossen Gustav Doser v. St. Salsgittern eingeleitet worden. Es wird ihm zum Vorwurf gemacht, in seiner am 12. Januar in Tilsit gehaltenen Wahlrechtsrede die Anwesenden direkt zur Revolution aufgefordert resp. zum gewalttätigen Umsturz von Staatsverrichtungen und zum Ungehorsam gegen bestehende Gesetze aufgereizt zu haben. Das merkwürdige Verfahren stützt sich auf den Bericht des überwachenden Polizeibeamten der fraglichen Versammlung bezw. dessen Stenographen. Genosse Doser bestreitet entschieden, derartige im Polizeibericht enthaltene Äußerungen auch nur dem Sinne nach gemacht zu haben. Man darf wohl auf den Fortgang dieses unerwarteten eigenartigen Nachspiels der Tilsiter Wahlrechtsdemonstration vom 12. Januar gespannt sein.

Eine kräftige Zentrumshilfe. Vor einigen Tagen meldeten wir kurz, daß der Bürgermeister Horster von Anrath, einem Orte im Wahlkreis Emsfeld, wegen Unterschlagung von 18 000 M. Hypothekengeld verhaftet wurde. Nachdem man aber jetzt einmal eine Revision vorgenommen, stellte sich heraus, daß das „treue“ Ortsobhaupt mehr als 50 000 M. amtlicher Gelder veruntreut hat. Außerdem hat der Wäcker nebenher mitsgenommen, was er kriegen konnte. Einen Maurermeister, der Gemeinbearbeiter gemacht brachte er um 2000 M., die Kasse einer Dampfdruckgenossenschaft machte er vollständig leer, sogar die Sammelbüchsen für die Kinderfestlichkeiten zur St. Mariusfeier schonte er nicht.

### Ein Räffel.

Die Zentrumsprelle ist bekanntlich in der Wahl ihrer Mittel, namentlich wenn es gegen die Sozialdemokratie geht, nicht gerade wählerisch. Da greift sie, trotzdem die M. Gladbacher mit Material reichlich genug aufwarten, auch unbedenkenlich in die Literatur des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wenn dieser z. B. eine seiner beliebtesten Berechnungen macht, was die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbewegung an Beiträgen und Steuern ihrer Mitglieder verschlingen — natürlich nicht zum Besten der Arbeiter, sondern nur zum Vorteil der Führer —, so kann man darauf rechnen, daß auch ein Teil der Zentrumsprelle sich auf diesen Schuppen einbeißt, ohne zu bedenken, daß es auch eine christliche Arbeiterbewegung mit hohen Beiträgen, mit besoldeten Führern und Beamten gibt. Die christlichen Gewerkschaftsblätter haben schon wiederholt sich gegen eine derartige Polemik der Zentrumsprelle gewendet. In ihrer letzten Nummer weist die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (M. Gladbach) auf ihre früheren Warnungen gegen diesen „alten Lohndrücker“ hin und schreibt dann:

„Daß wir heute bereits Veranlassung nehmen müssen, wieder ins Horn zu stoßen, das hätten wir doch nicht für möglich gehalten. Kurz und gut: Das „Wuppertaler Volksblatt“ (Zentrumsblatt), in der Großstadt Elberfeld erscheinend, operiert in einer Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen „Freien Presse“ mit den Ausschnitten aus dem Reichsverbandesmaterial, als wenn es funkelneue Offenbarungen wären. Das Unglück dabei ist, daß das „Volksblatt“ mit diesem Zeug den Peterspfennig verteidigen will. Läßt sich die Bitte des heiligen Vaters an die katholische Christenheit, ihm in seinen Bedrängnissen zu Hilfe zu kommen, wirklich nicht anders rechtfertigen, wie mit derlei falschen Urteilen über die „Gewerkschaftssteuer“ und dem Hinweis auf das Berliner Schöffengerichtsurteil vom Juni 1898 gegen den Sozialdemokraten Paul Singer? Auf wen will denn das „Wuppertaler Volksblatt“ mit dem greulichen Ragout Eindringen machen? Wenn man schon mal Artikel zusammenschneiden will, so muß es doch mit Verstand geschehen!“

Der wiederholte Räffel wird nicht hindern, daß die Zentrumsprelle mit dem alten Lohndrücker „Gewerkschaftssteuer“ weiter zu kreben versucht.

Kulturgeschichtliche Glossen. Druckfehlerberichtigung. In unserem unter diesem Titel erschienenen Feuilleton heißt es irrtümlich, wir hätten den Geist der Bourgeoisie „übernommen“. Das wäre uns allerdings sehr schlecht bekommen. In Wirklichkeit soll es heißen: „wenn auch noch die Bourgeoisie über die Welt gebietet, ihren Geist haben wir überwunden.“ In dem gleichen Artikel heißt es „Unions-Menschen“ statt „Union-Menschen“.

### England.

#### Die Arbeitslosen.

England besitzt eine offizielle Statistik der Arbeitslosigkeit, die sich auf die von den Gewerbevereinen dem Arbeitsamt allmonatlich gemeldeten Arbeitslosenziffern stützt. Daß damit der wirkliche Grad der Arbeitslosigkeit nicht voll erfasst wird, läßt sich schon aus der Tatsache begreifen, daß nur ein kleiner Teil der englischen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert ist und daß die organisierten Arbeiter infolge ihrer höheren Qualifikation, der mit ihnen abgeschlossenen Tarifverträge, im allgemeinen weniger unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben als das große Meer der Unorganisierten. Trotz dieser einschränkenden Momente haben die Zahlen doch ihren Wert in vergleichender Beziehung. Wir wollen deshalb in nachstehendem die im letzten Hefte der „Labour Gazette“ veröffentlichten Ziffern über den durchschnittlichen Prozentsatz von Arbeitslosen in der Periode 1897—1907 wiedergeben. Derselbe betrug

1897	3,5	1901	3,8	1905	5,4
1898	3,0	1902	4,4	1906	4,1
1899	2,4	1903	5,1	1907	4,2
1900	2,9	1904	6,5		

Danach hätte im letzten Jahre noch keine heftigste Zunahme der Arbeitslosenziffer stattgefunden, die in diesem Jahre niedriger war als in allen vorhergehenden seit 1901 mit Ausnahme von 1906.

Etwas anders gestaltet sich freilich das Bild, wenn man die einzelnen Monate betrachtet. Hier wurden Arbeitslose pro Hundert gezählt:

	Durchschnittlicher Prozentsatz der Arbeitslosen			
	1904	1905	1906	1907
Januar	6,8	6,8	4,7	4,2
Februar	6,1	6,2	4,4	3,9
März	6,0	5,6	3,9	3,6
April	6,0	5,6	3,7	3,3
Mai	6,3	5,1	3,6	3,4
Juni	5,9	5,2	3,7	3,6
Juli	6,1	5,2	3,6	3,7
August	6,4	5,4	3,8	4,0
September	6,8	5,3	3,8	4,0
Oktober	6,8	5,0	4,4	4,7
November	7,0	4,7	4,5	5,0
Dezember	7,3	4,9	4,9	6,1
Durchschnitt	6,5	5,4	4,1	4,2

Wir sehen hier, wie das Jahr 1907, das in den ersten sechs Monaten sogar noch ein günstigeres Bild aufweist als 1906 gegen Ende des Jahres ein plötzliches Aufschwellen der Arbeitslosenziffern zeigt. Von November auf Dezember hat sogar eine Zunahme von 1,1 Proz. stattgefunden. Wenn die Bewegung in diesem Tempo sich fortsetzt, dann wird 1908, wie befürchtet, ein böses Jahr auch für die englische Arbeiterklasse werden.

### Rußland.

#### Drohende Hungersnot.

Petersburg, 3. Februar. Aus zweiundzwanzig Gouvernements des europäischen Rußlands und zwar vorwiegend Zentralrußlands traf Nachrichten über eine Hungersnot ein. Es fehlt an Wintergetreide wegen des trockenen Herbstes. Falls keine Sommerernte geliefert wird, ist Gefahr vorhanden, daß im kommenden Sommer ein großer Teil der Felder brach liegt.

## Parlamentarisches.

#### Einkauf.

Im Reichstag sind eingegangen:

Zum Militäretat:  
Resolution Graf v. Gomperich, Dr. Schaedler, Dr. Spahn und Groeber:

1. Die Lehungen der Reservisten und Landwehrleute und die Pferdewormmusterungen nicht zuzulassen.

2. einseitige Bestimmungen über Vorauszahlung, Zahl und Dauer des Ernterlaubens der Soldaten zu erlassen.

Resolution Groeber und Genossen, gleichzeitig mit der Verbesserung der dienstlichen Bezüge der Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamten auch für die Gemeinden eine Erhöhung der Bezüge anzufordern.

Resolution Ullrich und Genossen, den Herrn Reichskanzler wiederholt zu ersuchen, nach den Beschlüssen des Reichstages vom 21. März 1905, vom 31. März 1906 und vom 25. April 1907 die Reform des gesamten Militärstrafrechts, des Wehrvertrags und des ehrengerichtlichen Verfahrens in die Wege zu leiten.

Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abgeordneten Enderb im zweiten Wahlkreis des Herzogtums Sachsen-Meiningen.

Mündlicher Bericht der Budgetkommission über den Allgemeinen Pensionsfonds.

## Aus der Partei.

#### Warnung!

Die russischen Genossen allerorts werden gewarnt. Briefe vertraulichen Inhalts nach Genf an die Adresse der Redaktion der sozialdemokratischen Zeitschrift „Raduga“ (Boulevard Pont d'Arvo 17) oder der russischen Lesehalle (Boulevard de la Cluse 57) zu richten. Die Genfer Polizei ist nämlich so weit gekommen, daß sie einfach jeden verhaftet, der die genannte Lesehalle oder die Räume der Redaktion der „Raduga“ betritt!

#### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Eine angebliche Einem-Beleidigung. Das „Volksblatt für Bochum“ teilt mit: „v. Einem, v. Lhvar, v. Hohenau würden die Hauptpersonen eines Beleidigungsprozesses bilden, der gegen uns angestrengt werden soll. Wir sollen den Kriegsminister in Beziehung auf seine Erklärungen im Reichstage vom 4. Dezember beleidigt haben. Unser Verantwortlicher ist polizeilich vernommen worden.“

Strafants der Presse. Wegen Beleidigung eines Gaunternähmers wurde Genosse Mollenhuth von der „Freien Presse“ zu Elberfeld zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

## Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

#### Und fallen sich' Blatt auf Blatt!

Der Ortsverband Berlin des Verbandes der Isolierer und Steinhölzler Deutschlands hielt am Sonntag im „Englischen Garten“ eine gemeinsame Mitgliederversammlung beider Gruppen ab, in der über den achten Kongress der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften berichtet und diskutiert wurde. Der Geschäftsleiter des Verbandes, Hermann Lange, führte unter anderem aus, daß eine Reihe von Zahlstellen schon von jeder wenig Neigung für die freie Vereinigung gehabt hätten und daß, wenn diese Vereinigung sich schon früher in Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei gestellt hätte, es schwerlich möglich gewesen wäre, diese Zahlstellen aufrecht zu erhalten. Wenn immerhalb der freien Vereinigung so gehandelt worden wäre, wie Gehl auf dem siebenten Kongress das dort beschlossene Programm auslegte, dann wäre wohl alles gut gegangen. Als die Isolierer sich seinerzeit der freien Vereinigung angeschlossen, sei ihnen gesagt worden, daß der sozialdemokratische Standpunkt dieser Organisation und andererseits die Neutralität der Zentralverbände der Trennungspunkt der beiden Richtungen wäre. Nach den Vorgängen auf dem achten Kongress und der Programmrede Katers habe es sich aber gezeigt, daß die Gegenläufe nur künstlich geschaffen werden. Der Redner bemerkte weiter, daß die Isolierer und Steinhölzler Berlins bei dem Kampf im Baugewerbe ihrer Unterstützungspflicht nachkommen, während es gerade die Gewerkschaften, die sich am radikalsten gebärdeten, ganz bedenklich daran fehlen ließen. Auf dem Kongress seien die Delegierten der Isolierer und Steinhölzler anfangs übereingekommen, sich bei der Abstimmung über die Auflösung der freien Vereinigung der Stimme zu enthalten; nachdem sie aber den Verhandlungen des Kongresses eine Zeitlang folgten, hätten die auswärtigen Delegierten von neuem eine Besprechung gewünscht.

und diese führte dann zu dem Beschluß, für die Auflösung zu stimmen. Mit Ausnahme des Vertreters des Münchener Ortsvereins schlossen sich die Isolierer und Steinhölzler der Erklärung der Maurer an, mit der Einschränkung, daß ihr Verband die Verbindung mit der Geschäftskommission der freien Vereinigung nicht lösen könne, bevor die Mitglieder des Verbandes darüber entschieden hätten. Ferner führte der Redner aus, daß die Einigungsfremde schon bei der Mandatsprüfung wie bei den Verhandlungen des Kongresses verweigert worden seien, und fogt zum Schluß, daß er aller dieser Vorgänge wegen den Mitgliedern nicht empfehlen könne, für das Verbleiben bei der freien Vereinigung zu stimmen. — In demselben oder ähnlichem Sinne äußerten sich Koyke, der Vorsitzende der Isolierer, Piodowski von den Steinhölzler sowie die übrigen Delegierten. Auch in der Diskussion trat kein Redner für die freie Vereinigung ein. Es wurde ein Antrag gestellt, nun auch gleich darüber zu beschließen, was weiter geschehen solle, ob man sich einem anderen Zentralverband angliedern, oder als selbständiger Verband weiter bestehen und so Anstoß an die Generalkommission suchen solle. Der Geschäftsleiter teilte demgegenüber mit, daß über diese Frage schon Verhandlungen stattgefunden haben, aber noch nicht abgeschlossen sind, daß jedoch ein entscheidender Beschluß natürlich nicht von einem einzelnen Ortsverein, sondern nur von der Konferenz der Gesamtorganisation gefaßt werden kann. Diese Konferenz wird voraussichtlich im Mai stattfinden. Die Versammlung nahm schließlich folgende Resolution gegen fünf Stimmen an:

„Die gemeinsame Versammlung der Isolierer und Steinhölzler Berlins und Umgegend hat von dem Bericht ihrer Delegierten vom 8. Kongress der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften Kenntnis genommen und erklärt sich mit dem Verhalten derselben vollständig einverstanden. Die Versammelten verpflichten sich, im Sinne der sozialdemokratischen Partei für die Interessen unserer Organisation weiter zu arbeiten und für engen Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands event. an einen uns nahestehenden Verband. Sollte die Leitung unseres Verbandes zu der Einsicht gelangen, daß es nötig ist, die Verbindung mit der Geschäftskommission deutscher Gewerkschaften so bald wie möglich zu lösen, so wird ihr darin freie Hand gelassen.“

Achtung! Formet! Bei der Firma Zimmermann u. Buchloh in Vorhölz haben die Formet wegen Reduzierung der Affordpreise die Arbeit niedergelegt. Die Firma erklärt, wer zu den reduzierten Preisen nicht arbeiten will, ist entlassen. Der Betrieb ist für Formet gesperrt. Zugang von Formern ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Berlin.

Zu unserem Artikel „Steden geblieben“ schickt uns Genosse Wiefenthal eine Erklärung, wonach nicht er allein den Redakteur Schonheim und den Kassierer Wiesner ihre Posten entziehen habe, sondern dies sei im Einverständnis mit vier anderen Mitgliedern des Vorstandes geschehen.

Aus der Amtsenthebung des Kassierers Wiesner sind, von uns ungenollt und unerschuldet, Schlüsse auf dessen Führung gemacht worden. Die Aktion ist natürlich von der augenblicklich „hegeischen“ Seite im Allgemeinen Metallarbeiterverbande nicht aus Mitleid an der Ehrlichkeit des Kassierers, sondern als Gebot der Loyalität vorgenommen, um der anders denkenden Minorität des Vorstandes die Mittel zur Fortsetzung der Verbandspolitik in ihrem Sinne zu nehmen, wie auch die Enthebung des Redakteurs von seinem Posten demselben Zwecke dienen sollte. Alle Schlüsse, die daraus auf die persönliche Ehrenhaftigkeit des Genossen Wiesner gezogen sein sollten, sind unberechtigt. Wir bedauern, wenn wir ohne unseren Willen zu solchen Anlaß gegeben haben sollten.

#### Deutsches Reich.

#### Die Polizei im Lohnkampf.

Aus Halle a. S. berichtet man: Daß die halle'sche Polizei bei dem Gasarbeiterstreik alles Menschenmögliche ausbieten würde, war vorauszusetzen. Sie hat aber unsere „Erwartungen“ noch weit, weit übertroffen. In einer am Freitagabend stattgehabten Protestversammlung im großen Saale des Volksparkes wurde seitens der Streikleitung mitgeteilt, daß die Polizei die Frauen der Streikenden besuche, und ihren Schutz anbiete, im Falle die Männer arbeitswillig werden wollen. Ein Polizist war sogar so liebenswürdig, der Frau eines Streikenden die Verhaftungsmahrgeln in das Notizbuch ihres Mannes einzutragen. Das Buch mit dem gediegenen Deutsch des Polizisten liegt bei der Streikleitung zur Ansicht aus. Die Streikbrecher werden bei der Arbeit mit Knuten traktiert. Die Erregung der Streikenden ist groß. Eine Protestresolution gegen das Vorgehen der Stadtverwaltung wurde angenommen.

Die Arbeiterschaft der Wrightfahrradwerke in Köln-Lindenthal ist ausgesperrt. Zugang von Fahrradarbeiter nach Köln ist streng fernzuhalten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Von Volk zu Volk.

Paris, 3. Februar. (B. T. V.) Mehrere sozialistische Deputierte, unter ihnen auch der sozialistisch-radikale Deputierte Magnaud, brachten eine Resolution ein, in welcher die Kammer dem portugiesischen Volke ihre republikanischen Sympathien und ihre Wünsche für die Herstellung eines Regimes der Freiheit ausdrückt. Man glaubt jedoch, daß Kammerpräsident Brisson eine Abstimmung über diese Resolution nicht zulassen werde.

Paris, 3. Februar. (B. T. V.) Im Gemeinderat der Stadt Paris brachte der konservative Renu eine Resolution ein, in welcher der portugiesischen Königsfamilie Teilnahme ausgesprochen wird. Der Vorsitzende verweigerte jedoch das Wort zur Begründung dieser Resolution. Die äußerste Linke rief: „Wir senden den portugiesischen Republikanern unsere Grüße!“ Um dem Zwischenfall ein Ende zu machen, erklärte der Vorsitzende, daß er schon im Namen der Stadt Paris, deren Gast die portugiesische Königsfamilie gewesen sei, der Königinwitwe Amalie und dem König Manuel das Beileid ausgesprochen habe.

#### Franco verdrustet!

Paris, 3. Februar. (B. T. V.) Eine Privatdepesche aus Lissabon behauptet, daß Franco heute noch Portugal verlassen werde.

#### Arbeiterleben.

Sattingen, 3. Febr. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Auf Frede „Henrichshütte“ erlitten sechs Arbeiter bei der Explosion eines mit flüssigem Eisen gefüllten Behälters lebensgefährliche Brandwunden.

#### Eisenbahners Ende.

Würzburg, 3. Februar. Auf dem Bahnhof Rehbach wurde der Hilfsbremser Rohmann überfahren und schrecklich verstimmt.

#### Zwei Mack pro Jahr — hei, heil!

Worms, 3. Februar. (B. T. V.) In der Fabrik von Cornelius Gehl haben 86 Arbeiter ihr 25jähriges Arbeiterjubiläum gefeiert. Jedem wurde hierbei ein Geldgeschenk von 50 M. überreicht. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.



Reichstag.

93. Sitzung, Montag, den 3. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Präsident Graf Stosberg eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf für den König und Kronprinzen von Portugal. (Die Sozialdemokraten haben den Saal verlassen.) Ferner teilt der Präsident mit, daß der Kriegsminister wegen Krankheit nicht an den Verhandlungen teilnehmen kann.

Die zweite Lesung des Militäretats wird beim Titel „Gehalt des Ministers“ begonnen.

Hierzu liegen eine Anzahl Resolutionen vor.

Die Budgetkommission beantragt, beim nächstjährigen Etat eine Denkschrift über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit der Kavallerie und reitenden Feldartillerie vorzulegen.

Die Abgg. Graf Dompf und Gen. (3.) verlangen, daß die Übungen der Reservisten und Landwehrleute und die Werbemusterungen nicht zur Erntezeit abgehalten werden, und einheitliche Bestimmungen über den Ernterurlaub der Soldaten.

Die Abgg. Köhler und Gen. (wirtsch. Bg.) verlangen die Einführung fakultativer Landwirtschaftskurse im Heere.

Die Abgg. v. Böhren und Gen. (L.) beantragen Einstellung von Mitteln in den nächsten Etat, um den Mannschaften bei Urlaubserteilung mindestens einmal jährlich freie Fahrt unter möglichster Benutzung von Schnellzügen zu ermöglichen.

Die Abgg. Dr. A. Blah und Gen. (fr. Sp.) beantragen mit anderen Worten dasselbe.

Die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen erstens, baldige Vorlegung eines Entwurfes betreffend Reform des Militärstrafrechts; zweitens nachdrückliche Durchführung der gesetzlich garantierten Öffentlichkeit der Verhandlung der Militärgerichte; drittens Erhöhung der Löhnung für Gemeine und Gefreite, Spielzeug, Oekonomischhandwerker und Sanitätsmannschaften und Vereinstellung der erforderlichen Mittel in einem Nachtragsetat; viertens alsbaldige Vorlegung eines Antrages auf Einführung der einjährigen Dienstzeit im Heere.

Abg. v. Sporn (L.): Mit Genugtuung weise ich auf den Erlaß Sr. Majestät hin, der größere Einfachheit im Leben der Offiziere fordert. Den Kompagniechef sollte man größere Selbstständigkeit lassen und ihre Dienstpflichtigkeit nicht durch zu vieles Zwischenwischen beeinträchtigen. Auch die Befestigungen sollte man mehr einschränken. Ein allgemeiner Wunsch meiner Fraktion besteht darin, statt der großen Garnisonen mehr kleine zu bilden. (Sehr richtig! rechts.) Daß die Kommission in Kapitel 21, Adjutantur-Offiziere und Offiziere in besonderen Stellungen, erhebliche Streichungen vorgenommen hat, bedauern wir lebhaft. Gegen die Vorlegung einer Denkschrift über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie und reitenden Feldartillerie, wie die Kommission verlangt, habe ich nichts einzuwenden, aber die Einführung der zweijährigen Dienstzeit selbst bei der Kavallerie und reitenden Artillerie ist ganz unmöglich. (Sehr richtig! rechts.) Gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Löhnung haben wir uns nicht; es wäre ja ganz schön, aber sorgen Sie für Deckung. — Die Sozialdemokraten haben ferner beantragt, den Reichsanzwiler zu untersuchen (fürmische Heiterkeit), Bardon, zu erforschen, für vermehrte Öffentlichkeit bei den Militärgerichtsverhandlungen zu sorgen. Wir sehen gar keine Veranlassung, diese Frage wieder aufzurollen. — Wegen die sozialdemokratische Resolution auf Herabsetzung der Dienstzeit sind wir selbstverständlich. Dagegen betrachten wir als ebenso selbstverständlich die Annahme der Zentrumsresolution, die Reservisten nicht während der Erntezeit zur Übung einzuberufen.

Abg. Paeußer (3.): Die dreijährige Dienstzeit bei der Kavallerie und reitenden Feldartillerie ist eine ungerade Belastung eines Teiles der Bevölkerung, die auch aus militärischen Gründen nicht gerechtfertigt werden kann, vielmehr ist die Befreiung des dritten Dienstjahres sehr gut möglich, wie das Institut der Einjährig-Freiwilligen auch in der Kavallerie und reitenden Feldartillerie zeigt. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Aber die Dienstzeit auf ein Jahr herabzusetzen, wie es der sozialdemokratische Antrag will, ist nicht möglich, denn in einem Jahre kann der Mann nicht zu einem fertigen Reiter ausgebildet werden. Es ist richtig, daß man sich in Frankreich, wo man die zweijährige

Dienstzeit sofort für das ganze Heer eingeführt hat, in bezug auf die Kavallerie in einer präferen Lage befindet. (Lebhaftes Hört! hört! rechts!) Das liegt aber daran, daß man dort beim Uebergang zur zweijährigen Dienstzeit nicht für genügend Dreijährig-Freiwillige gesorgt hat. Bei uns dagegen ist, dem militärischen Geiste der Deutschen entsprechend, der Andrang von Dreijährig-Freiwilligen zur Kavallerie sehr groß. Die Ausbildung muß unsere Kavallerie zum Aufklärungsdienst im Kriege tauglich machen; dazu genügen aber zwei Jahre. Die Forderung der zweijährigen Dienstzeit auch für die Kavallerie und reitende Feldartillerie ist aus menschlichen, bürgerlichen und volkswirtschaftlichen Gründen zu fordern. Frankreich ist uns mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit vorgegangen, Deutschland wird folgen müssen, denn es handelt sich um eine Forderung der fortschreitenden Kultur und der ausgleichenden Gerechtigkeit. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Oberst Fehr. u. Gehfaktel: Das Erscheinen der Denkschrift über die zweijährige Dienstzeit der Kavallerie und reitenden Feldartillerie ist bereits in der Kommission zugefagt worden. Der Abgeordnete Paeußer blüht auf eine lange Dienstzeit zurück, und seine Äußerungen werden daher als die eines Sachverständigen betrachtet werden. Deshalb lege ich Wert darauf, zu erklären, daß die bayerische Regierung — der Abg. Paeußer hat seine Erfahrungen in Bayern gesammelt — der Ansicht ist, daß bei der zweijährigen Dienstzeit die Leistungen der Kavallerie erheblich herabgedrückt werden würden. Das Ausbildungspersonal ist jetzt bereits auf äußerste angefordert, bis zur letzten Kaiser. Nachfolger und Aufstiege werden die Kavallerie nie ersetzen. Die geschlossene zweigliedrige Attade der Kavallerie brauchen wir, um die feindliche Kavallerie wegzuwischen; denn erst dann kann die Kavallerie ihre Aufklärungstätigkeit beginnen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Graf Oriola (natl.) wendet sich gegen eine zu weitgehende Einschränkung des Aggregiertenfonds. Der Kriegsminister hat in der Kommission ausgeführt, daß zur Disposition gestellte Offiziere volle Freiheit haben, sich politisch zu betätigen. Diesen Standpunkt teile ich; nur muß jeder christliche Mann seinen Fahnen eid halten. Weiter hat der Kriegsminister gesagt, daß in den Kasernen jede Zeitung gehalten werden darf, nur keine sozialdemokratische. Das halten wir für ganz selbstverständlich. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und rechts.) In den Kriegervereinen, über die in der Kommission auch gesprochen ist, sehe ich einen vortrefflichen Schutz gegen das Ueberhandnehmen der Sozialdemokratie. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Für den sozialdemokratischen Antrag, der eine Reform des Militärstrafgesetzbuches fordert, und der nur eine Wiederholung eines vorjährigen freisinnigen Antrages ist, werden wir ebenso wie vor einem Jahre stimmen; aber es dürfen keine Bestimmungen eingeführt werden, welche die Disziplin gefährden. Dasselbe gilt auch von der notwendigen Reform des Beschwerderechts. Der Grundsatz der Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen ist im Militärstrafgesetzbuch enthalten, der Ausschluß der Öffentlichkeit darf nur die Ausnahme sein und nicht mit Rücksicht auf die Person des Angeklagten erfolgen. — Die Budgetkommission beantragt eine Resolution, die die Regierung zu erforschen, zu prüfen, ob die Löhne der bei der Heeresverwaltung beschäftigten Personen den ortsüblichen Löhnen entsprechen und ferner, spätestens 1909 für die in der Heeresverwaltung beschäftigten Personen den Reinstundentag einzuführen. Für beide Punkte werden wir stimmen, ohne damit jedoch ein Mißtrauen gegen die Militärverwaltung zum Ausdruck bringen zu wollen. (Geht er bei den Sozialdemokraten.) Ich werde mich nun zu der Resolution der Kommission, welche eine Denkschrift über die zweijährige Dienstzeit verlangt. Der Kriegsminister hat eine Denkschrift auch ausgefagt, und ihr Erscheinen wird auch ganz nützlich sein; denn sie wird auch deutlich zeigen, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie und reitenden Feldartillerie ganz unmöglich ist. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Der sozialdemokratische Antrag auf allgemeine Einführung der einjährigen Dienstzeit ist um so weniger annehmbar; dieser Antrag hängt mit der alten Bebel'schen Idee des Milizheeres zusammen. Das Milizsystem würde ja auch zu einer ungeheuren Belastung des Volkes in finanzieller Hinsicht führen, es würden in jedem Jahre zwei Aushebungen und zwei Wandler nötig werden. Sie (zu den Sozialdemokraten) gehen in die Volkserfassungen

und zeigen den Leuten, was Sie ihnen bringen wollen (lebhaftes Heiterkeit), aber keiner von Ihnen hat die Courage, den Leuten zu sagen, daß die einjährige Dienstzeit dem Volke Millionen kosten würde. (Lebhaftes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Antrag ist nur ein zu Agitationszwecken gestellter; an seine Durchführung glauben wohl auch die Sozialdemokraten nicht. (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten, Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bebel (Soz.):

Der Herr Vorredner hat es für selbstverständlich erklärt, daß sozialdemokratische Zeitungen aus den Kasernen verboten werden und hat gesagt, daß eine Partei, welche Ziele verfolgt wie die Sozialdemokratie, unter keinen Umständen irgendwelchen Anhang in den Kasernen haben dürfe. Wir regen uns darüber nicht auf, denn wir wissen sehr wohl, daß die Kasernen heute die besten Agitationsherde für die Sozialdemokratie sind. (Widerbruch rechts, Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und zwar sind sie das dank dem ganzen System des heutigen Militärwesens. Fahren Sie nur ruhig fort wie bisher, ich kann Ihnen versichern, wir fahren nicht schlecht dabei. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ähnlich ist es mit den Ausführungen des Vorredners über die Kriegervereine. Auch in ihnen sah er ja ein Machtmittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die älteren Kollegen können sich vielleicht noch entsinnen, daß auch früher hier die Kriegervereine Gegenstand der Verhandlungen waren, und daß ich damals den Standpunkt vertrat: Ich freue mich, daß die Kriegervereine existieren. (Lachen rechts.) Denn sie existieren an Orten und werden an solchen Orten gegründet, wo sonst keinerlei politisches Leben existiert, und wenn die Leute überhaupt zu irgend einer Tätigkeit, die mit dem öffentlichen Leben in Zusammenhang steht, zusammen geführt werden, so betrachte ich dies als Vorteil gegenüber dem Zustand der völligen Gleichgültigkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und da man die Kriegervereine mit Vorliebe zum Kampf gegen die Sozialdemokraten gründet, so ergibt sich ganz von selbst, daß wenn die Leute Gelegenheit haben, einen solchen gefährlichen Sozialdemokraten einmal feindselig zu sehen und zu hören, sie diese Gelegenheit auch mit Vorliebe ergreifen. Also auch in dieser Richtung haben wir gegen die Gründung von Kriegervereinen nichts einzuwenden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Vorredner hat dann auch Bezug genommen auf unseren Antrag 615, der die Reform des Militärstrafrechts verlangt, und hat gemeint, der Antrag stelle gewissermaßen einen geistigen Diebstahl dar, weil er bereits im vorigen Jahre von der freisinnigen Volkspartei gestellt worden ist. Wir haben ihm damals zugestimmt. Wir haben es aber für angemessen erachtet, ihn heute auf neue zu stellen, weil er unsere Billigung findet. Was würde Graf Oriola sagen, wenn ich allen den Parteien, welche jetzt die Anträge aufnehmen, die wir in den letzten 10 Jahren gestellt haben, deswegen Diebstahl vorwerfen wollte? Auch die Anträge auf Erhöhung der Löhnung von Soldaten sind von uns wiederholt. Leider finden die Beschlüsse dieses Hauses sehr wenig Beachtung seitens der verbündeten Regierungen, und deshalb werden wir derartige Anträge immer und immer wieder bringen. Nach dieser Richtung hin brauchen Sie uns keine Vorwürfe zu machen. Weiter hat der Vorredner gemeint, der Antrag, die Erhöhung der Löhne schon in diesem Jahre durchzuführen und zur Durchführung einen Nachtragsetat einzubringen, werde in diesem Hause kein Glück haben. Das kann sein; aber damit schädigen Sie nur sich selbst. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seit 42 Jahren besteht jetzt das Reichswehr, seit der Gründung des Norddeutschen Bundes. Im Laufe dieser Jahrzehnte sind die Gehälter aller Chargen wesentlich erhöht worden.

nur die Löhnung der Mannschaften nicht.

Die Preise der Lebensmittel sind in diesen 42 Jahren gewaltig in die Höhe gegangen, an die armen Soldaten hat man aber nicht gedacht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nur natürlich, daß wir Sozialdemokraten auch dieser Gedanken, die uns am nächsten stehen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Graf Oriola sagte, der Antrag solle nur eine agitatorische Wirkung haben. Bei fast allen von den anderen Parteien gestellten Anträgen kann ich diesen Vorwurf zurückgeben. Ferner meinte er, wir hätten es leicht, Anträge zu stellen, denn wir könnten nachher den Etat doch ab. Darauf antworte ich ihm: Wenn Sie die Ausgaben in einer Form bean-

Kleines feuilleton.

Theater.

Bessingtheater. John Gabriel Borkman von Henrik Ibsen. Die Vorstellung von Klein-Eholf in dem neuen Bruchstücken Ibsens hatte mit erschütternder Wucht gewirkt. Was beim Lesen mit immer den Eindruck konstruierender Symbolik hervorrief, gewann hier in der wunderbar ausmalenden Darstellung des Ehepaars durch Oskar Sauer und Irene Trietsch anschauliche, lebendige Mitgefühl aufwühlende Realität. Das Bild des Werkes selbst verschob sich. Denn schließlich kann auch die beste Darstellung nur geben, was sie im Hineinverleiten in den Geist einer Dichtung aus ihr herausholt. Die Aufführung des Gabriel Borkman, der in der zeitlichen Reihenfolge von Ibsens Schaffen, wie in der ausgeprägten symbolisierenden Stilart Klein-Eholf nahesteht, bot trotz vorzüglicher Einzelleistungen keine solche Lieberregung und hätte sie auch bei noch höherer Vervollkommenung des Spieles schwerlich bieten können. Der Kontakt mit den Figuren wurde durch die unmittelbare Vergegenwärtigung auf der Bühne kein wesentlich engerer und neben der Gedankenfülle, den bedeutungsvollen Perspektiven, traten die Mängel, die bei der Lesart stören, unermindert stark hervor. Es fehlt hier jener heimliche dramatische Unterstrom, das stille leidenschaftliche Gegenüberstehen zweier zusammengefügelter Seelen, aus dessen nachschaffender Gestaltung die mächtige Bühnenspannung, die Illusion des Miterlebens dort erwuchs. Die Dichtung, wenn man von einer solchen im Borkman überhaupt sprechen darf, schließt sich zu keiner vollen Einheit, keinem ragenden Höhepunkte zusammen und drückt dabei zugleich die Ansichten des Dichters, das Allgemeine, das er sagen will, allzu häufig in den Vordergrund. Die Geschöpfe erscheinen in ihrem Reden und Handeln weniger durch ihre Eigenart, als durch die Gedanken, zu deren Illustrierung sie ihrem Schöpfer dienen sollen, bestimmt. Der Streit der Alten, der jantisch ehrgeizigen Gemahlin Borkmans, ihrer zärtlichen und weichen Zwillingsschwester Ella und des phantastischen Vaterweilers um den Sohn, und die Entscheidung dieses Streites vermag in Ibsens Schilderung nur durch die Anregungen, die die Reflexion erhält, nicht unmittelbar als Spiegelbild von Wirklichkeit zu interessieren. Der Studiosus und seine Liebste bleiben bloße Gedankenfiguren, Unwirklichkeiten im programmatischen Sinne ohne individuelle Farbgebung. Und bei allem so fein beobachteten Detail wird die Hauptfigur Borkman, dessen Schicksal mit dieser Nebenhandlung nur ganz lose verbunden ist, in seinem Wesens Wesenheit nicht ungewöhnlich klar. Die symbolische Erhöhung in der Schlusszene, wo Ibsen ihn als den Genius des rastlos vorwärts drängenden, des weitervererbenden Industrielismus reden läßt, stimmt schwerer zu jenem kleinlichen Selbstbetrug, in welchem wir den Mann ratlos und tatlos sich bis dahin bewegen sahen. Sein Träumen schloß und als die Lebensläge einer, nicht nur durch äußere Schicksalschläge, sondern schon in der Anlage verküppelten Existenz. Man glaubt an diese plötzliche Verwandlung nicht.

Reicher war in Haltung und Maske, in der dumpfen Klangfarbe der jah herabgestohlenen Worte ein Vorkman, in dem das maßlose Selbstvertrauen des gestürzten Vorkensfürken, der starre Eigensinn des abgeschlossenen Sonderlings vorzüglich zum Ausdruck kam. Jenen Reiz in der Figur konnte er aber, je naturalistischer er den Graufopf der ersten Akte gespielt hatte, am Schlusse um so weniger verdecken. Ebenbürtig stand Rosa Wertens unerschöpflich harte Gunst neben ihm. Weniger gelungen, namentlich auch in den Ausbrüchen der Leidenschaft, erschienen mir Elise Lehmanns Ella. Die Episodenrollen des jugendlichen Vorkens waren durch Irene Trietsch und Otto Gebühr, die des demütigen mit Borkman befreundeten Hilfschreiber und Poeten durch Karl Forest ansprechend vertreten.

Trianon-Theater: „Baron Loto“, Schwanke von A. Viffon. Der französische Schwanke der letzten zwanzig Jahre hat außer seinen Verdiensten um das Amusement der Welt noch etwas besonderes geleistet. Er hat so merkwürdig das Kluge mag, eine philosophische Theorie verwickelt. Die Materialisten der französischen Aufklärungskultur hatten die Formel: „L'homme machine“ (der Mensch ist eine Maschine) geprägt. Wägen die Philosophen sich um Sinn und Wahrheit dieses Satzes tagelangen? Zweifellos sind die Menschen des französischen Schwanke Maschinen und noch dazu sehr einfache Maschinen. Sie haben immer nur eine, im besten Falle anderthalb Walzen im Kopfe. Ihr Erzeuger dreht diese Maschinenmenschchen mit einem Rad auf und dann schurren sie ab, manchmal it's, als ob die Hemmung ausgeschaltet ist; so tattern sie. Papa Viffons Androïden (Menschpuppen) haben dießmal aber ein nettes, gemächliches Tempo. Sie sind etwas invalide und steifbeinig. Diese Schwankeindustrie hat sich ausgegeben (so gut wie die deutsche).

In Paris hatte das Stück einige aktuelle Würze. Die Sprachen, die berühmten Einbrecher, die dort den bürgerlichen Appetit nach Helben dergest stillen, pulsen drin herum. Freilich nur imitiert und zum Spaß. Dem Spaß ist hier alles. Ein Gerichtspräsident moßt seiner Frau wertvolle Dosen und be'olbet seine Operettendiva, bei der er als heirateter Baron austritt, damit. Ein junger Mann, der gegen des Präsidenten Willen dessen Tochter heiraten will, und ein von der Frau engagierter Detektiv (Coran Doyle in Frankreich) kommen ihm auf die Spur. Die langgejagten Dosen kommen zurück, der junge Mann kriegt die Tochter usw. Dagegen sind fingierte Apachenbriefe und -Nebelfälle, die vorchristliche Kongruenz aller Personen auf das „Allgemeine“ (der Witz kommt vor), die Operettendiva; ein halber Trick und nur eine nicht menschliche Maschine: ein elektrisch betriebener Stuhl, der momentan mitleidige Besucher ins Nebenzimmer entführt — das ist so das Arienal. Nur eine Szene erhebt sich über die Mittelmaßigkeit: wenn die Operettensoliste zur Frau des Präsidenten Rede zu nehmen kommt. Die anständige Frau verteidigt ihres Mannes Seitenstränge als durchaus angemessene Erholung, und die Soliste, die nicht weiß, daß der Präsident seine Frau auf sie als Geisteskranke präpariert hat, ist über solchen Jynismus entsetzt. Unter den Mitwirkenden taten sich außer dem elektrischen Stuhl die Herren Junkermann, Bergen, Laurence, Klein

durch ihr flottes, wie Fern. Zademaß und Walling durch ihr gefälliges Spiel hervor.

Humoristisches.

— Bloßorden. Abgeordneter: „Na, Schumann, wann haben Sie sich Ihren Orden geholt?“ — Schumann: „Auch am 10. Januar, Herr Doktor.“

— Der Höfling: „Was würden Sie tun, mein Lieber, wenn jemand Ihre Frau verführen würde?“ — „Das läme ganz darauf an, wer, Höch!“

(„Simplicissimus“.)

— Freisinniger Export. Die führenden freisinnigen Mannen haben beschlossen, ein Gegebenheitstelegramm an den neuen König von Portugal (falls er noch am Ruder ist) zu senden, in dem sie außer ihrer Unschuld an dem Vorkant auch ihr unentwegtes Eintreten für jeden Absolutismus beteuern. Gleichzeitig soll an das portugiesische Volk ein zweites Telegramm abgehen, in dem es durch den Hinweis auf die Diktatur der preussischen Junker getrübt wird. Als Muster zur Bekämpfung der Reaktion wird dann die Preußen-Deutschland so legendär erprobte Koalition mit der Reaktion empfohlen.

Notizen.

— Theaterchau. Was in Berlin verboten ist, kann man in Hamburg ruhig auführen. Gretchen, eine Grotteske von Davis und Lipschitz, die die preussische Polizei so arg beunruhigte (mehr noch als die Morde), ist im Hamburger Karl-Schulze-Theater ohne Beeinträchtigung der hamburgischen Bundesstreue gegeben worden. Wenn Preußen nur nicht Bundesexekution gegen die Republik Hamburg beschließt.

— Bühnenchronik. Frau Sorma ist durch Erkrankung von Familienmitgliedern genötigt, ihr Gastspiel am Kleinen Theater auf unbestimmte Zeit zu unterbrechen. — Ferdinand Donn hat in München ein Engrosgeßchäft in Vorderen eröffnet und gedenkt sich dem Berliner Volk als Gast im Neuen Theater in Versteins, des Franzosen, „Simson“ von Freitag ab zu zeigen.

— Ein Werk A. Hudlers, des viel zu früh verstorbenen Bildhauers: „Der Trummer“, ist von der Berliner Nationalgalerie erworben worden. Es stellt einen am Boden stehenden, in Sinnen verunsicherten Zingling dar, der in den Sand schreibt.

— Mit vollständigem Vortragserreihen wird die Volkshochschule Humboldt-Akademie am Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 Uhr, eine neue Lesefolge NO. im königlichen Realgymnasium, Eitabeststraße 57/58, eröffnen, in der im ersten Quartal 1908 drei Vortragserreihen vorgelesen sind. Dr. Kunze spricht über „Richte“, mit besonderer Veranschaulichung seiner Religionsphilosophie“ und über „Die philosophische Grundidee in Goethes Faust“, Dr. Stielich über „Geld und Bankgeschäft“. Karten in Zg. Fröhlichs Buchhandlung, NO., Landsbergerstraße 82, par.



tragen, die unsere Wünsche befriedigt, so werden wir ihnen zustimmen; aber niemals werden wir einem Staat zustimmen, dessen Einnahmen in den wesentlichen Teilen aus Lebensmittelpreisen, aus indirekten Steuern auf die notwendigen Lebensbedürfnisse der Masse bestehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie ein anderes gerechteres System einführen, wenn Sie auf dem Wege der Einkommensteuer, der Vermögenssteuer, der Erbschaftsteuer, mit einem Worte auf dem Wege der direkten Steuern auch den reichen Klassen empfindlich machen, was der Militarismus den Herren kostet, dann werden wir auch für den Staat stimmen!

Für die beiden Entwürfe der Freisinnigen und der Konserwativen, den Soldaten sowie Bahnfahrt zu gewähren, werden wir stimmen. Dagegen nicht für den Antrag Köhler, Unterricht in landwirtschaftlicher Naturkunde für freiwillige Teilnehmer im Reichsheere einzuführen, denn die Wege, die in diesem Antrage eingeschlagen werden sollen, können wir nicht billigen. Auf den agrarischen Schulen muß dem Bedürfnis nach Unterricht in der landwirtschaftlichen Naturkunde im höchsten Maße Rechnung getragen werden; das kann aber nicht Aufgabe der Heeresverwaltung, sondern muß Aufgabe der ordentlichen Schulen sein. Dann werden diesen Unterricht eben auch alle ohne Ausnahme genießen, und nicht nur ein kleiner Teil. Die Militärverwaltung hat gar nicht die Möglichkeit, diesen Unterricht nützlich für alle zu gestalten. Zwar es ist, daß die Schulbildung, welche unsere Kinder im allgemeinen genießen, so gering ist, daß seitens der Militärverwaltung später noch nachgeholfen werden muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Ausforderung der Herren Abgeordneten v. BERN und HENSCHER werde ich noch später zurückkommen. Ich begrüße es aber, daß wir endlich einmal von zwei alten Militärs, welche Mitglieder dieses Hauses sind, her im Hause einen Ton haben anschlagen hören, wie wir ihn bisher von jener Seite zu hören nicht gewohnt waren. Herr v. BERN ist in lebhafter Weise für Ersparnisse bei der Militärverwaltung eingetreten. Vor einem Jahr erklärte auch Herr WILLOW in seinem Programm, daß Ersparnisse bei der Militärverwaltung notwendig seien. Der Etat, der uns heute vorliegt, zeigt aber das Gegenteil, denn er fordert nicht weniger, sondern 68 Millionen mehr. Auch von freisinniger Seite ist früher wiederholt gefordert worden, die Reiselosten einzuschränken. Alles das, worauf heute auch Herr v. BERN hingewiesen hat, hat bis jetzt nicht die geringste Berücksichtigung gefunden. Im Gegenteil, die Ausgaben sind von Jahr zu Jahr gewachsen; das war die Antwort der Militärverwaltung auf das Drängen nach Ersparnissen. Herr v. BERN hätte leicht noch eine ganze Reihe von Punkten finden können, bei welchen Ersparnisse möglich sind, ohne daß die Ausbildung des Heeres darunter leidet.

Gerne habe ich mich über die Ausführungen des Abgeordneten HENSCHER, der hier als alter Militär für die Abschaffung der Dienstzeit eingetreten ist. Herr v. GEBHARD hat Herrn HENSCHER freilich die Sachverständigkeit abgesprochen, trotzdem Herr HENSCHER länger Soldat ist, wie er. Und auch zwischen Herrn BERN und HENSCHER befinden sich insofern Differenzen, als Herr v. BERN sogar eine vierjährige Dienstzeit bei der Kavallerie für nötig hielt, also genau das Doppelte, wie der alte Kavallerist HENSCHER. So ist es ja immer, wenn Sachverständige sich gegenüberstellen. Da stehen sich die Anschauungen ganz besonders scharf gegenüber. Ich habe den Eindruck, daß heute für die Notwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie so ziemlich mit denselben Gründen eingetreten wird, die man sonstzeit für die dreijährige Dienstzeit bei der Infanterie vorbrachte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch vor zehn Jahren haben sich bei einer Umfrage sämtliche Korpskommandeure für die dreijährige Dienstzeit bei der Infanterie ausgesprochen. Erst als eine bedeutende Erhöhung der Armeekosten notwendig war, mußte man als Korrelat die zweijährige Dienstzeit einführen, und es ist dann sehr gut gegangen. Heute fällt es niemand mehr ein, eine längere Dienstzeit bei der Infanterie zu verlangen, da man eingesehen hat, daß es durch eine ganze Reihe von Vereinfachungen, die ich allerdings noch bei weitem nicht für genügend erachte, möglich ist, die Mannschaften zu entlasten. Ich werde darauf bei Begründung unseres Antrags auf Einführung der einjährigen Dienstzeit noch zurückkommen.

Ich muß vorläufig noch kurz auf zwei Äußerungen eingehen, die der Kriegsminister in der Sitzung vom 20. November gemacht hat. Er sprach damals von dem „Buben in Zivil“ und erwähnte, daß es nötig gewesen sei, den Karabinieri zu verbieten, in weißen Lederhosen auf die Straße zu gehen. Ich weiß nicht, ob der Herr Kriegsminister, wenn er heute zugegen wäre, diese Ausführungen aufrecht erhalten würde, denn mittlerweile haben ja die Prozesse Lharr und Hohenau bewiesen, daß es leider auch in der Armee Leute gibt, vor denen die Soldaten sich kaum erwehren können. Damals ging durch die Presse auch die Meldung, daß der Stallmeister des Kronprinzen aus ähnlichem Grunde ohne weiteres seines Postens entsetzt sei. In dem Falle, der neuerdings in Wien bekannt ist, hat man die Angeklügten in eine Irrenanstalt zur Untersuchung ihres Geisteszustandes geschickt, obwohl Herr von GÖBEN bis dahin nichts getan hatte, was die Verantwortung aufkommen ließ, daß er geistesgestört sei. Ein derartiges Verfahren liegt ja gewiß im Interesse der Militärbehörde, der natürlich solche Fälle recht unangenehm sind, aber man muß doch endlich auch in der Militärverwaltung einsehen, daß Offiziere keine gottesgleichen Geschöpfe sind, sondern ebenso ihre menschlichen Schwächen und Fehler haben, wie das liebe Zivilpublikum. In der Ziviljustiz achtzig Jahre lang auch so, daß Leute in angesehenen Stellung sehr leicht in die Lage kommen, als Angeklündigte einer Irrenanstalt zur Untersuchung überwiesen zu werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Dann hat in jener Sitzung auch der Fall Liebkecht eine Rolle gespielt. Ich hatte damals herangezogen, daß nach meiner Auffassung der Geheimkriegsrat Komen es gewesen sei, der die Anklage ausgearbeitet hat. Das wurde vom Herrn Kriegsminister entschieden bestritten. Ich will kurz konstatieren, daß die Liebkechtsche Schrift im Spätherbst 1906 erschienen ist, und daß der Oberreichsanwalt erst am 21. April 1907 die Beschlagnahme beantragt und die Voruntersuchung eingeleitet hat, die Anklageschrift erst Ende Juli 1907 Liebkecht zugestellt worden ist. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat auf Grund der Verhandlungen dieses Hauses erklärt, daß die Anklage gegen Liebkecht von dem Oberreichsanwalt aus eigener Initiative erhoben worden sei, wobei die preussische Justizverwaltung, nach irgend eine andere Stelle habe darauf irgend welchen Einfluß ausgeübt. Dem gegenüber stelle ich fest, daß der Oberreichsanwalt Olschhausen in seiner Anklagerede gegen Liebkecht ausdrücklich erklärte: die Liebkechtsche Schrift ist mir vorgelegt worden von einer Seite, die

ein erhebliches Interesse

an ihr hatte, von einer

unabhängigen Behörde!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach dem Eingreifen dieser interessierten Behörde wird man es verstehen können, wie der Reichsanwalt dazu kam, gegen Liebkecht zwei Jahre Zuchthaus, also eine Strafe wegen ehrlöser Gesinnung, zu beantragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme dann zu unserem Antrag auf Einführung der einjährigen Dienstzeit. Doch er von der Mehrheit des Hauses abgelehnt werden würde, wägen wir. Ob er einstimmig angenommen werden wird, lasse ich dahingestellt. Aber unzweifelhaft geht die ganze Richtung der Aufmerksamkeit auf eine weitere Verkürzung der Dienstzeit, die wir gegenwärtig haben. Der Abgeordnete Graf Oriola meinte, mit der Propagierung dieser Forderung würden wir im Volke keinen Anklang finden. Er trat sich; in jeder Volksversammlung macht es den tiefsten Eindruck, wenn man nur die Frage aufwirft, wie es kommt, daß in der gegenwärtigen Militärorganisation die Söhne der bestehenden Kreise das einjährige Privilegium haben, während die

große Masse des Volkes bei Jahrsdiensten muß. Das beweist dem Volke sofort den

plutokratischen Charakter des herrschenden Militärsystems.

und die Möglichkeit einer weiteren Verkürzung der Dienstzeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Graf Oriola hat weiter gemeint, wir stellen diese unmögliche Forderung nur auf, um für unsere sozialdemokratischen Forderungen Propaganda zu machen. Gewiß liegt unsere Forderung auf dem Wege zur Verwirklichung unseres Programms der Erziehung des Volkes zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Aber auch diese Forderung steht in dem zweiten, dem praktischen Teil unseres Programms, der die nächsten Forderungen an den Gegenwartsstaat enthält. Wenn der Abg. Graf Oriola unsere Milizforderung als eine sozialistische, utopistische bezeichnet hat, so möchte ich gerade den Herren von der nationalliberalen Partei vorhalten, daß auf der Generalversammlung des deutschen Nationalvereins, dessen Präsident bekanntlich Herr v. Bennigsen, ihr langjähriger Parteiführer war, auf seinen Vorschlag eine Resolution angenommen wurde, die die Einführung des Milizsystems in Deutschland für eine Notwendigkeit erklärte. (Lebhafte Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben allerdings Ihre Anschauungen von damals aufgegeben. (Lachen und Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Aber wer von Ihnen verlangen wollte, daß Sie an Ihren Grundbissen festhalten, der läme ja stets an den Unrechten. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie dürfen doch auch nicht vergessen, daß das Milizsystem in Europa wenigstens für einen Staat eingeführt ist, nämlich die Schweiz, die doch kein sozialdemokratischer Staat ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister v. Einem, der zu meinem lebhaften Bedauern heute durch Krankheit verhindert ist, der Verhandlung beizuwohnen, hat am 23. April v. J. unsere Forderung nach Einführung der Miliz scharf bekämpft; er hat erklärt, daß eine tausendjährige Geschichte lehre, daß Volkshere nichts anderes leisteten, als die Kriege zu verlängern und zu verteuern, und hat sich zum Beweise dafür auf den amerikanischen Unionskrieg und unseren letzten Krieg mit Frankreich bezogen. Es wird Herrn v. Einem sehr schwer fallen, aus einer tausendjährigen Geschichte die Rinderwertigkeit des Milizsystems gegenüber dem stehenden Heere nachzuweisen. Das Milizsystem soll die Kriege verlängern. Aber der dreißigjährige Krieg, der spanische Erbfolgekrieg, der von 1701 bis 1714, also dreizehn Jahre dauerte, der siebenjährige Krieg usw. wurden nicht von Miliztruppen geführt. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Arminienkrieg, der drei Jahre dauerte, sah keine Milizarmee im Felde. Also diese Behauptung des Kriegsministers trifft in keiner Weise zu. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Gegenteil haben in der Geschichte gerade die Volkshere für Wohlstand und Freiheit der Völker das Großartigste geleistet. Der Krieg des langen Parlements gegen Karl I. von 1641 bis 1648 wurde vom englischen Bürgertum, das erst während des Krieges lernte, gegen den König, seine Kavaliere und Soldner gewonnen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und das Interessante ist, daß bei allen diesen Kämpfen, in denen das Bürgertum selbst in die Schlacht gezogen ist, sich Leute zu Führern aufschwangen, die niemals die geringste militärische Ausbildung hatten und doch voll und ganz ihren Mann gehalten haben. Oliver Cromwell kam aus seiner Landarbeit und wurde doch notorisch einer der bedeutendsten Strategen aller Zeiten. Seine Unterfeldherren waren ehemalige Krämer und Studenten, sein Blottschütz, der sogar den berühmten Admiral De Ruyter schlug, ein 50jähriger Privatlehrer. (Heiterkeit und Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So hat das Bürgertum für seine großen Ideale gekämpft, und so hat es seine großen Siege erfochten. Auch im Unabhängigkeitskampfe Amerikas gegen England war die ausgebildete Mannschaft auf Seiten Englands. Der Mann, der durch jenen Kampf für alle Zeiten berühmt wurde, George Washington, hatte niemals auf einer Kriegsschule studiert, war ein einfacher Bürger. In seiner Heimat Virginia war er allmählich zum Kommandeur der virginischen Miliz aufgerückt, aber 20 Jahre lang hatte er seinen Acker gebaut. (Heiterkeit,) als 1775 der Befreiungskampf Amerikas ausbrach und er an die Spitze der Truppen trat. Also auch in dieser Beziehung hat Herr v. Einem unrecht. Herr v. Einem hat mich weiterhin aufgefordert, einmal die einschlägigen Schriften über die französischen Revolutionsarmeen zu lesen, ich würde mein blaues Wunder erleben, was das für eine Bande gewesen sei. Das ist allerdings das Urteil mancher Militärchriftsteller. Aber Herr v. Einem hat vergessen, hinzuzusetzen, daß diese Bande, die nie eine militärische Ausbildung genossen hatte, die gleichsam aus der Werkstatt aufs Schlachtfeld gestellt wurde, die nicht ausgerüstet und mangelhaft bekleidet war — daher der Name Sansculottes — der alles schloß, was ein Soldat von Rechts wegen haben sollte, daß diese Bande trotzdem die Oesterreicher und die Preußen die Armee Friedrich des Großen, bei Jemappes und Valmy schlug. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Goethe, der als Schlachtenbummler dabei war, sagte am Abend des denkwürdigen Tages von Valmy: „Heute beginnt ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte, und wir dürfen sagen, daß wir dabei gewesen sind.“ Goethe hat also eine andere Auffassung gehabt als Herr v. Einem. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch die preussischen Generale, die nach den Niederlagen von Jena und Auerstädt das preussische Heer neu schufen, die Scharnhorst und Gneisenau, haben ganz anders über die Bande gedacht. Für die militärische Organisation haben sie gerade das Beispiel Frankreichs und Amerikas sich zum Vorbild genommen. Alle die Kämpfe dieser Länder, die rein demokratischer Natur waren, brachten in kurzer Zeit hervorragende Männer aus dem Bürgertum an die Spitze der Armees. Damals kannte ein Arbeiter in wenigen Jahren General werden — der preussische Staat würde dabei allerdings sofort umgekippt werden. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Marschälle Kartier, Oudinot, Marmont, Massena usw. traten als gewöhnliche Soldaten, als Kaufmannslehrlinge, als Studenten, als Bauern und Arbeitersöhne in die Armee ein und waren nach wenigen Jahren die großen Heerführer der Revolutionsarmee, die Marschälle von Frankreich. Und ebenso der größte von ihnen, der keine Bonaparte, der große Napoleon. Im preussischen Heere wäre er zurückgewiesen worden, weil er zu klein war. (Große Heiterkeit.) Dreimal nahm er seinen Abschied als Offizier und sagte in seinem Tagebuch, daß er gerade den Beruf gewählt hätte, für den er sich am wenigsten eigne. Er hatte also keine Ahnung von seiner Zukunft, aber andere erkannten, was in dem kleinen Arel heckte, der in sechs Jahren, von 1793 bis 1799, vom ehemaligen Artillerieleutnant zum ersten Konsul und zum Herrn von ganz Frankreich aufstiege. Derartige Avancements wären im bürokratischen Deutschen Reich unmöglich. (Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.) Ja, ich weiß, Sie verzielen lieber auf die Kapotte! (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Scharnhorst, der Reorganisator des preussischen Heeres, schied seine Ueberzeugung nieder, daß erst durch die Miliz in Frankreich und England der militärische Geist und der lebhafteste Drang nach Unabhängigkeit des Landes gewendet worden sei. Ohne die Niederlage hätte man aber auch in Preußen Männer von Geist und Bedeutung wie Scharnhorst niemals aufkommen lassen. Müchel erzählt, wie ihn vor dem Niederlagen die glänzenden Brigadiere als gelehrten Schulmeister verspotteten. So wurde ja auch der kleine, magere, gebügte Leutnant Bonaparte, dem die Kleider um den Leib schlotterten, einst von den Offizieren des spotteten. Damals, vor 1806, nannte man die Artiller des preussischen Heeres Kosmopoliten und Raisonneure, heute bezeichnet man sie als Köppler und vaterlandslose Gesellen. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Auch mit seiner Berufung auf den

amerikanischen Bürgerkrieg in der Zeit des Präsidenten Anrecht. Da der Süden mit aller Energie an der Sklaverei festhielt, mußte der Kampf vor den Nordstaaten in ihrem sozialen Lebensinteresse mit dem Schwerte ausgetragen werden. Die Sklavenshalter hatten es verstanden, das ganze amerikanische Staatswesen in ihre Hände zu bekommen. Es handelte sich also um einen Kampf, in dem die Interessen einer sehr mächtigen Klasse auf dem Spiele standen. Als 1861 der Krieg ausbrach, zeigte es sich, daß die Herren mit besonderer Voransicht alles geregelt hatten. Die Armees befand sich zum überwiegenden Teile in den Südstaaten, ebenso war Kriegsmaterial nur in den Südstaaten vorhanden. Im Norden waren weder Waffen noch Mannschaften. Erst auf dem Schlachtfeld schuf sich der Norden eine Organisation. Welche Anstrengungen und welche Kosten dies verursachte, kann man ersehen, wenn man bedenkt, daß die Schlachtkräfte sich in einer Ausdehnung von Danzig bis Baden erstreckte. Als der Krieg zu Ende war, der 600 000 Menschenleben und 800 Millionen kostete, da stellte sich heraus, daß die Nordstaaten ein Heer hatten von einer Million Soldaten und eine Flotte von 600 Schiffen. Dieser Krieg hat von allen, die je geführt wurden, den europäischen Heeren die beachtenswertesten Lehren gegeben. Niemals ist ein so reiches Material an Erfahrung geboten worden, wie in dem Kriege, den die Nordstaaten mit einer

Milizarmee

ausgeföchten haben. Wenn Sie mir nicht glauben, dann lesen Sie das Buch „Der Bürgerkrieg in den nordamerikanischen Staaten“ von Schneider, Major in der kgl. preussischen Armee. Er hat den ganzen Krieg mitgemacht und kommt zu dem Schluß, daß die Kavallerie aus dem Kriege neue taktische Lehren zog, daß im Festungskriege, im Ingenieurwesen neue Bahnen gezeigt wurden, daß der Krieg eine neue Form für den Minierdienst und die unterseeische Verteidigung durch Torpedos geschaffen habe. Es hat sich weiter herausgestellt, daß niemals in einem Kriege zuvor die Verwundeten auch nur annähernd so gute Pflege und Hilfe gehabt haben, wie im Sezessionskriege. Es ist vom Herrn Kriegsminister auf die französischen Volkshere hingewiesen worden, die den Krieg nach der Gefangennahme Napoleons fortsetzten. Ich erinnere mich ganz genau an den Enthusiasmus, der bei allen Parteien ausbrach, als die Nachricht kam, daß Napoleon gefangen sei, weil man annahm, daß damit der Krieg zu Ende sei. Da kam die Ueberzeugung: die Volkshere standen auf. Man macht es ihnen zum Vorwurf, daß sie, nachdem fünf Armeen am Boden lagen, Anstrengungen machten, zu retten, was noch möglich war. Wir wollen die Frage einmal umgekehrt stellen und annehmen, Deutschland wäre unterlegen, Napoleon hätte aber erklärt, nicht eher Frieden schließen zu wollen, bis wir das linke Rheinufer abtreten. Hätte man es nicht für das Zeichen des höchsten Patriotismus, für die größte Opfermüdigkeit erklärt, wenn das Volk sich wie ein Mann erhoben hätte? Wenn das der Fall war, dann waren auch die Franzosen zu ihrem Verhalten bereit. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es trat also eine künstliche Verlängerung des Krieges ein. Gambetta mit seinen Freunden organisierte in bewundernswerter Weise den Widerstand der Franzosen. Bei der ungeheuren Uebermacht Deutschlands war es selbstverständlich, daß alle Anstrengungen Gambettas und seiner Freunde auf die Dauer nicht ausreichten; daß hindert aber nicht, daß diese Anstrengungen der höchsten Anerkennung wert waren. Der deutsche General Freiherr v. B. Goltz, erkennt ausdrücklich die Verdienste des von Gambetta geschaffenen Volksheres in weitestem Umfange an. Interessant ist, was er am Schluß seines Buches in der Ruhsprechung auf Deutschland sagt: „Sollte, was Gott verhüten möge, unser deutsches Vaterland einmal eine Niederlage erleiden, so wünsche ich wohl, daß ihm ein Mann erstünde, der es wie Gambetta verstände, den Widerstand bis zum äußersten zu entzünden.“ Dieser Mann tritt auch für die Forderung der Sozialdemokraten auf eine militärische Jugendergiehung ein. Sie sagen, die Schweiz ist das einzige Land mit einem Milizsystem. In der Schweiz wird für die Kavallerie eine Ausbildungsdauer von 80 Tagen für genügen gehalten. Zwischen 80 Tagen und drei Jahren, wie bei uns, ist doch ein sehr erheblicher Unterschied. Die Artillerie soll in der Schweiz künftig eine Ausbildungsdauer von 105 Tagen haben. Dabei ist die Schweizer Artillerie eine ausgezeichnete und kann es mit ihren Leistungen mit jeder anderen Artillerie aufnehmen. Der Unterschied zwischen dieser Ausbildungsdauer und der unserigen bliebe noch ein gewaltiger, selbst bei der Einführung der einjährigen Dienstzeit. Selbst dann hätten wir noch 805 Tage, gegenüber der schweizerischen Ausbildungsdauer von 105 Tagen. Freilich sagt man, die Schweizer Armees hat sich noch nicht bewährt. Ich habe aber gar keinen Zweifel, daß, wenn die Stunde der Gefahr kommt, die Schweizer Armees sich bewähren wird. Wenn ich die militärischen Urteile der Sachverständigen über die Schweizer Mäander vergleiche mit den Urteilen über die deutschen Mäander, so ist das über die Schweizer das günstigere. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich will Ihnen das Urteil eines Mannes anführen, dem man gewiß nicht Mißgunst gegen die deutsche Armees nachsagen kann, des Generals Reim. Er hat im „Tag“ über die letzten Kaisermandate geschrieben und dabei gesagt, er möchte für mildere Umstände eintreten, denn es handelte sich dabei mehr um eine glänzende Heerschau, als um wirkliche Manöver im technischen Sinne, daher ergeben sich glänzende Reiterangriffe, imposante Truppenmassen, Angriff, Sturm, Hurra! (Lebhafte Heiterkeit.) Zurufe rechts und vom Bundesratsgebäude. Ja, wenn man sich auf einen Sachverständigen beruft, zudem die anderen die Kassein. (Große Heiterkeit.) Nach dem Urteil des Generals Reim sind die Manöver also nichts als eine Spielerei und schade ist es dann um das viele Geld, das dafür herausgeworfen wird und um die Zeit, die dazu vergeudet wird, denn die Ausbildung zu solchen Manövern ist keine Ausbildung zum modernen Krieg und diese Manöver bereiten nicht für den modernen Krieg vor, was doch der eigentliche Zweck der Manöver sein sollte. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Ausbildung nur dem Zwecke dient, die Mannschaften kriegerisch zu machen, so könnte sie in verhältnismäßig viel kürzerer Zeit gesehen als heute. Auch in Rücksicht auf die nationale Wohlfahrt in finanzieller Hinsicht würde eine längere Ausbildungsdauer ganz ungenutzte Vorteile darbieten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch deutsche Offiziere haben sich ausnahmsweise in meinem Sinne ausgesprochen. So hat Herr v. Hippel in der Schrift „Andere Zeiten andere Wege“ vorgeschlagen, man solle eine kleine stehende Armees von 200 000 Mann unterhalten, und im übrigen eine Milizarmee ausbilden. Damit werde den militärischen Bedürfnissen Deutschlands nach allen Richtungen hin ausreichend Genüge geleistet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere ferner daran, daß in Württemberg nach dem Kriege von 1866 auf eine Petition hin, die damals von den Herren der Volkspartei in Württemberg vertreten wurde, der württembergische Kriegsminister einen Vorschlagsentwurf einbrachte, der die militärische Kriegsdauer auf 17 Monate festsetzte. Im Jahre 1870 aber wurde dem Ding ein Ende gemacht und die deutsche Reichsmilitärverwaltung auch auf Württemberg übertragen. (Zuruf links: Gottlob!) Glauben Sie etwa, daß die Württemberger, 1870 weniger geleistet haben! Dieser Vorschlag eines württembergischen Volkstreters verdient festgesetzt zu werden. Ich erinnere weiter daran, daß Sie alle mit großer Genugtuung den jähren Widerstand der Wuren gegen die Engländer verfolgt haben. Ich weiß freilich ganz genau, daß Sie (nach rechts) die heutige stehende Armees als ein Mittel nicht nur zur Verteidigung gegen das Ausland betrachten, sondern vor allem auch als

Mittel gegen den inneren Feind.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts, Zuruf: Heuersprüche!) Capriotti hat gesagt, daß bei jeder Vorlage erst geprüft werde, welche Wirkung sie auf die Sozialdemokratie habe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Ausgaben,



die für das Meer gebraucht werden, wachsen von Jahr zu Jahr. Sie wissen heute schon nicht mehr, woher Sie die Mittel zur Deckung nehmen sollen. Den einzig gangbaren Weg, den wir Ihnen vorschlagen, wollen Sie nicht gehen. Die Folge wird sein, daß unter dem Druck dieser ins Riesenhafte gehenden Lasten die Unzufriedenheit im deutschen Volke von Jahr zu Jahr größer wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

General Sigi v. Arnim: Ich möchte zunächst den Herrn Herzlichen Dank aussprechen, die in so wohlwollender Weise des Herrn Kriegsministers gedacht haben. Ich will des Weiteren nur auf die Resolutionen eingehen. Er wird selbstverständlich allen Vorstellungen entgegenkommen, die auf eine Besserstellung der Mannschaften hingenommen. Weiter hat der Herr Kriegsminister bereits seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, bei Einberufung von Mannschaften des Beurteilungstandes auf die Verhältnisse der Landwirtschaft Rücksicht zu nehmen. Der Erneuerungsurlaub wird sich nicht überall nach einheitlichen Gesichtspunkten regeln lassen, schon weil die klimatischen Verhältnisse so verschiedene sind. Mit der Ueberführung der Frau v. Schönebeck in eine Frauenanstalt hat das Militär nichts zu tun, das ist Sache des bürgerlichen Gerichts. Auf die historische Rede des Herrn Rebel will ich nicht eingehen, das würde ihren Eindruck nur abschwächen. (Beifall rechts.)

Das Haus verläßt sich.  
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.)  
Schluß 6 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung vom Montag, 3. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück.

Präsident v. Ardenne eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Wir alle stehen unter dem erschütternden Eindruck, welchen die Ereignisse in Portugal auf uns gemacht haben. (Die Mitglieder erheben sich.) Ich ersuche Sie, meine Herren, den Präsidenten zu ermächtigen, der k. portugiesischen Gesandtschaft den Ausdruck der Teilnahme des Hauses auszusprechen. (Beifall.) Das ist geschehen. Ich werde danach verfahren.

Die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung wird fortgesetzt beim Kapitel „Verordnungen“.

Abg. Hehr v. Jellis (fr. Sp.) begrüßt die Einstellung von reicheren Mitteln für die Gewerbeverwaltung, mahnt aber doch zur Sparsamkeit. Insbesondere rügt er, daß in den Ministerien noch viel zu viel geschriebe werde.

Minister Dr. Delbrück: Ich bin mit dem Redner darin einverstanden, daß zu viel geschrieben wird. Ich bin bemüht, das Schreibwerk zu vermindern. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß kaum eine Etatsberatung stattfindet, bei der nicht mindestens 2-3 Enqueten verlangt werden, und diese machen uns mehr Arbeit als die Verwaltungsarbeiten.

Auf Anregung des Abg. Retzer (natl.) gibt

Minister Dr. Delbrück eine Uebersicht über das Postwesen, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Beim Kapitel „Gewerbliches Unterrichtswesen“ wird der Titel „Navigationsschulen“ auf Antrag des Abg. v. Schmieding (l.) an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Bei den Titeln „Vaugewerkschulen und Maschinenbauerschulen“

ragt

Abg. Schröder-Kassel (natl.) über den baulichen Zustand der Vaugewerkschule in Kassel.

Minister Dr. Delbrück sagt wohlwollende Prüfung der Angelegenheit zu.

Abg. Dr. Müller-Berlin (fr. Sp.) wünscht baldige Abhilfe gegen den Platzmangel bei der Vaugewerkschule in Berlin. Es widerspricht der Handwerksfreundlichkeit, wenn zwei Drittel der angemeldeten Schüler wegen Platzmangel zurückgewiesen werden müssen. Zu wünschen ist, daß in den Lehrplänen der Vaugewerkschulen den kaufmännischen Fächern ein größerer Raum eingeräumt wird.

Minister Dr. Delbrück erwidert, daß in den neuen Lehrplänen in dieser Beziehung eine Verbesserung eingetreten sei.

Abg. Franke (fr. Sp.) weist darauf hin, daß durch einen Vermerk im Etat, wonach die Stadt Frankfurt a. M. die Verpflichtung übernommen hat, für eine zu errichtende Maschinenbauerschule die erforderlichen Gebäude zu erbauen, während auf der anderen Seite der Staat die Gewähr geben will, daß die Anstalt demnächst vom Staate errichtet wird, Frankfurt in eine unsichere Lage komme.

Abg. v. Arnim (l.) erklärt namens seiner Freunde, daß diese dem Vermerk zustimmen.

Minister Dr. Delbrück erwidert, daß der Vermerk lediglich der Stadt Frankfurt die Sicherheit geben soll, daß der Staat demnächst die Schule einrichten wolle, daß aber andererseits der Landtag noch nicht gebunden werde, sondern sich später über seine Zustimmung dazu äußern könne.

Abg. Franke (natl.) tritt für einen weiteren Ausbau des Maschinenbauerschulwesens ein.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Titel „Maschinenbauerschulen“ an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Abg. Winklerberg (fr. Sp.) erkennt dankbar an, daß für das Kunstgewerbe viel getan worden sei und betont die Notwendigkeit der weiteren Förderung. Wenn Herr Rat Ruffhus wegen seiner Verankerung in der Handelsschule, mit der er sich gegen den Schlandrian im Kunstgewerbe gewandt habe, scharf angegriffen worden sei, so dürfe man doch nicht vergessen, daß dadurch das Kunstgewerbe angeregt worden sei, sich auf neue Formen zu besinnen, das historische geworden mit zu verwerten, aber neue Anregungen vor allem aus der Natur zu schöpfen. Es sei erfreulich, daß das Kunstgewerbe befruchtet sei, in dieser Richtung neue Wege zu wandeln. (Beifall links.)

Abg. Hammer (l.): Die frühere Verankerung Neuleau's, unsere Industrie arbeitsbillig und schlecht, hat in günstiger Weise auf die Entwicklung unserer Industrie eingewirkt. Auch das Kunstgewerbe hat große Fortschritte gemacht. Wir sind auf diesen Gebieten wie auch auf dem der Architektur in einer beständigen Wandelung begriffen. Notwendig ist, daß die Kunstgewerbeschulen praktisch ausgebildet werden. Da ist es ein unrichtiger Weg, den der Direktor einer Kunstgewerbeschule eingeschlagen hat, der die Zimmerarbeiten entwarf, sie von dem tüchtigsten Werkführer und den tüchtigsten Gesellen der Stadt ausführen ließ und die Kunstgewerbeschüler lediglich zur Zeichnung der Details und zur Beaufsichtigung der Arbeiten heranzog. Zu bedauern ist, daß die Kunstgewerbeschulen in Berlin und Breslau dem Kultusministerium und nicht dem Handelsministerium unterstellt sind.

Handelsminister Dr. Delbrück: Herr Geh. Rat Ruffhus hat einen Vortrag gehalten, in dem er sich außerordentlich scharf, aber objektiv über das Kunstgewerbe geäußert. Ein Einsprechen gegen ihn mußte ich ablehnen. Herr Ruffhus ist ein Mitarbeiter, den ich außerordentlich hoch schätze. Er ist aber nicht maßgebend für die Richtung, in der die kunstgewerbliche Ausbildung gesteuert werden soll, sondern die gibt der Minister an. Es handelt sich jetzt um einen Kampf zwischen der alten und der modernen Richtung, und es ist zu begrüßen, daß die moderne Richtung namentlich Wandel geschaffen hat in dem Sinne, daß man jetzt die Nachschaffung echten Materials als unvermeidlich anerkennt. Notwendig aber ist es, daß auf den Kunstgewerbeschulen auch der Vergangene volle Gerechtigkeit widerfährt. (Beifall.)

Abg. Winklerberg (fr. Sp.) weist darauf hin, daß in den Fortbildungs- und Kunstgewerbeschulen vielfach veraltete Vorlagen existieren, die vollständig ungeeignet zur Ausbildung der diese Schulen besuchenden jungen Leute seien. (Beifall links.)

Abg. Gylling (fr. Sp.): Die Kritik des Herrn Ruffhus war keineswegs so scharf, und es ist nur zu bedauern, daß er überhaupt aus Fachkreisen angegriffen worden ist.

Minister Dr. Delbrück: Ich bedaure, daß der Redner nochmals auf den Fall Ruffhus eingegangen ist. Wenn er der Meinung ist, daß mein Kritik der Äußerungen dieses Herrn zu

scharf war, so kann ich meine Äußerung nur aufrechterhalten. Die Äußerungen waren objektiv nicht befriedigend, und sie sind nicht in amtlicher Eigenschaft von Herrn Ruffhus gemacht worden. Würden solche Äußerungen von einem Mitglied meines Ressorts in amtlicher Eigenschaft gemacht werden, so müßte ich Stellung dazu nehmen.

Abg. Hammer (l.) bedauert ebenfalls, daß Abgeordneter Gylling in dem von ihm beliebigen Tone auf den Fall Ruffhus eingegangen sei.

Abg. Gylling (fr. Sp.): Ich habe lediglich sagen wollen, daß aus den Äußerungen des Ministers herausgelesen werden könnte, die Ausführungen des Herrn Ruffhus seien zu scharf und unfaulich gewesen, und dem wollte ich entgegenreten. (Beifall links.) Beim Titel „Fortbildungsschulen“ wendet

Abg. Rosenow (fr. Sp.) sich gegen eine Ueherung des Abgeordneten Wolff-Gorki in der Kommission, die auf die Forderung des Ausschlusses der polnischen Schüler aus den Fortbildungsschulen im Osten hinausgegangen sei.

Abg. Wolf (fr. Sp.) verlangt, daß der Besuch der Fortbildungsschulen obligatorisch gemacht werde, und der Unterricht in diesen Schulen am Tage stattfinden. Er treibt werden müsse, daß möglichst viele Lehrkräfte sich dem Unterricht an Fortbildungsschulen im Hauptamt widmen.

Abg. Rosenow (fr. Sp.) unterstützt diese Forderung und bittet, auch Vereine zu unterstützen, die sich der Ausbildung von Fortbildungsschulen und Nachschullehrern widmen.

Abg. Seydel (Dirschberg, natl.) regt die Einrichtung einer Schule für Spinnnähmaschinen im Riesengebirge an.

Minister Dr. Delbrück hält es nicht für zweckmäßig, eine Hausindustrie durch künstliche Mittel zu erhalten, die ohne Anwendung solcher dem Untergang verfallen sein würde. Das Ordinarium wird bewilligt.

Beim Extraordinarium bemerkt

Abg. Hammer (l.), daß er einige frühere Ausführungen über das Schulze-Delitzschsche Genossenschaftswesen, die er in der Höhe des Gefechts gemacht habe, nicht aufrecht erhalten könne.

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.): Von der Enschuldigungsrede des Abgeordneten Hammer nehme ich Kenntnis. Jedenfalls konnte Herr Hammer nicht wissen, daß die Schulze-Delitzschschen Genossenschaften keine Politik treiben, wie er früher behauptet hatte. (Beifall links.)

Abg. Hammer (l.): Der Abgeordnete Crüger hat uns immer vorgeworfen, daß unser Genossenschaftswesen im konservativen Jahresschrift fegle. Ich habe lokal meine vorjährigen Äußerungen zurückgenommen. Ich kann Herrn Dr. Crüger aber aus seinen Veröffentlichungen beweisen, daß er stets das Genossenschaftswesen mit der Politik verquirit hat. Redner sucht dies durch Verlesung von Stellen aus den Schriften Crügers nachzuweisen.

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.): Ich danke dem Abgeordneten Hammer für die Reklame, die er für die Schulze-Delitzschschen Genossenschaften gemacht hat. Öffentlich wird er durch die Lektüre meiner Bücher von seinen unrichtigen Anschauungen über das Genossenschaftswesen zurückkommen. (Beifall links.)

Abg. Hammer (l.): Der Abgeordnete Crüger gibt also zu, daß die Schulze-Delitzschschen Genossenschaften Reklame brauchen. (Widerspruch links.)

Das Extraordinarium wird bewilligt.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Dienstag, 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen; Zentrumsantrag auf Ausdehnung des Kohlenbergbaues in Schlesien; Etat der Bergverwaltung.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

### Viehpartelle.

Viehpartelle? Ja, unsere Agrarier nennen es freilich anders: Viehbanken. Denn sie lieben die Partelle und darum auch das Wort nicht, wenigstens tun sie so. In Wirklichkeit haften sie nur die Partelle — der anderen, d. h. der Industrie; ihre eigenen Partelle hingegen hüteln sie zärtlich und bemühen sich, sie auszubauen. Eben jetzt sind sie daran. Den Anstoß hierzu gibt die anhaltende Fleischsteigerung. Nun ist es ja gewiß nicht zu bezweifeln, daß die Fleischer den gestiegenen Viehpreisen ihre Detailfleischpreise nicht folgen lassen wollen; auch besteht kein Streit darüber, daß der Vieh-Zwischenhandel sich aus der Vermittlung seine fetten Profite zu holen weiß. Aber für die konsumierende Bevölkerung ist es ziemlich kurz, ob sie gewerblich-kommerziell gesteuert oder agrarisch gebraten werden soll. Man darf daher den Bestrebungen, die auf eine Reorganisation der Fleischversorgung unter Ausschaltung des Viehhandels hinauslaufen, mit Mißtrauen gegenübersehen. Es sollen nämlich an allen großen Viehplätzen des Reiches sogenannte „Viehbanken“ errichtet werden, die von den ländlichen Produzenten das Vieh direkt an die Fleischer liefern, wodurch erstere wie letztere von den Händlern unabhängig und zur Erzielung besserer Preise befähigt, bezw. leistungsfähig gemacht werden sollen. Ob nun gerade der Wegfall des Handelsverdienstes (der freilich nicht gering ist und an der großen Spannung zwischen den von den Viehhändlern erzielten Preisen und den Fleischpreisen nicht wenig Schuld trägt) genügen wird, um auch diese letzteren zu ermäßigen, das ist eine Frage, die zwar die Agrarier unbedingt, objektive Leute aber keineswegs bedingungslos bejahen werden. An sich würde der Zwischenhändlergewinn gewiß zur Verbilligung des Fleisches ausreichen. Fraglich aber bleibt es, ob sich die Agrarier und Fleischer mit der Haut der Viehhändler zufrieden geben, und vor allem, ob die 4 Millionen Landwirtschaftsbetriebe mit ihren vielen Kleinbauern-Wirtschaften sich werden durch die Viehbanken so weit organisieren lassen, daß die Verdrängung des privaten Viehhandels erreichbar und wirksam wird. Und dann: Wenn schon dieses Ziel verwirklicht werden könnte — haben die Konsumenten ein Interesse daran, den Teufel mit Pezelschub auszutreiben und das agrarische Viehmonopol beseitigen zu helfen? Wenn der Staat endlich aufhört, die Konsumentgenossenschaften zu drangsalieren, wenn der Organisation der Landwirte die der Konsumenten gleichberechtigt gegenübersteht, unter dieser Voraussetzung wäre die Garantie gegeben, daß das Viehvieh nicht zum Raubtier der städtischen Bevölkerung ausflogen würde. Prinzipiell ist gegen den unmittelbaren Verkehr zwischen Produzenten und Konsumenten sicherlich nichts einzuwenden; aber es müßte eventuell den Kommunen das Recht zuerkannt werden, nach bestimmten Grundfähn Normalspreisen vorzugreifen.

Die rechtliche Grundlage der Viehpartelle sollen Verträge sein, die die Pächter verpflichten, ihre gesamte Ware der zuständigen Viehmarktbank zu liefern, wogegen diese alles abzunehmen und zu vermarkten verpflichtet ist. Um die Fleischer an der Sache zu interessieren, sollen die Banken mit Kreditabteilungen versehen werden, die es den Fleischern ermöglichen, auf den Kredit der Zwischenhändler zu verzichten. Die rheinische Landwirtschaftskammer hatte eine Kommission eingesetzt, die sich mit der Frage der Beteiligung der Kammer bei einer in Köln zu errichtenden Viehmarktbank beschäftigte. Die Kommission hat der Landwirtschaftskammer in ihrer außerordentlichen Hauptversammlung am 30. Januar folgende Anträge unterbreitet:

Die Hauptversammlung möge sich im Prinzip damit einverstanden erklären, daß die Landwirtschaftskammer sich an einer in Köln zu gründenden Viehmarktbank beteilige. Sie möge zum Zwecke der Beteiligung an dieser Bank, unter der Bedingung der Vertretung der Landwirtschaftskammer im Aufsichtsrat der Bank mit mindestens einem Drittel der Stimmen, die Aufnahme einer Anleihe von 50000 M. bei dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unter den mit dem Ministerium zu vereinbarenden Bedingungen ge-

nehmen und möge die weiteren zu diesem Zweck erforderlichen Mittel — weitere 50000 M. — unter Aufhebung der in dem Etat zu B. Position 3 bis 6 vorgesehenen Bewilligungen zur Verfügung stellen. Die Hauptversammlung möge den Vorstand beauftragen, die weiteren erforderlichen Verhandlungen mit den Kommissionären und den Reggern zu führen, und für den Fall, daß diese Verhandlungen zu einer Einigung führen und daß das Ministerium die erbetenen 50000 M. endgültig gewährt, den Vorstand bevollmächtigen, die Gründung in die Wege zu leiten.

Die Verhandlungen über diese Vorlage wurden nicht öffentlich geführt. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorschlage der Kommissionären einverstanden, beschloß damit also grundsätzlich die Beteiligung an der Bank.

Die Schweinemehrer wollen von dem Plane nichts wissen, weil die Landwirtschaftskammer den Aufsichtsrat der Bank in gleicher Anzahl aus Landwirten, Reggern und Viehkommissionären besetzt wissen will.

## Soziales.

### Die Deutsche Reformpartei, Wirtschaftliche Vereinigung und die Antisemiten gegen Sozialpolitik.

Am Sonnabend lehnte bekanntlich der Reichstag das sozialdemokratische Amendement ab, welches die Marineverwaltung aufforderte, bei der Festsetzung oder Neuordnung der Arbeitsbedingungen eine Mitwirkung der Arbeiterorganisationen einzutreten zu lassen. Jetzt liegt die amtliche Stimmentabelle vor. Es interessiert daraus festzustellen, wie die Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung gestimmt hat, von der der Abgeordnete Behrens sich für das Amendement lebhaft ausgesprochen hatte. Von den 19 Mitgliedern der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung fehlten 3 Mitglieder: Kölle, Laitmann und Stauffer. Von den anwesenden 16 Mitgliedern stimmten nur die Abgeordneten Behrens, Burckhardt und Stoedter mit Ja. Folgende 13 Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung stimmten mit Nein, also gegen selbständige Arbeiterorganisationen: Dr. Böhme, von Damm, Graef, Hanisch, Herzog, Köhler, Liebermann von Sonnenberg, Raab, Rieseberg, Roth, Schaaf, Vogt (Traillheim) und Vogt (Holl). Die 6 Mitglieder der Deutschen Reformpartei: Bindewald, Bruhn, Gabel, Gräse, Werner und Zimmermann stimmten geschlossen gegen die Anerkennung der Arbeiterorganisationen.

### Gegen die Konkurrenzklause.

Sin und wieder finden sich noch heute gelehrte Gerichte, die die Ungültigkeit von Konkurrenzklause anerkennen. Es ist dies eine erfreuliche Erscheinung gegenüber der Anerkennung von Konkurrenzklause, zu der leider mit deutsch-national-antisemitischen Handlungsgelassen durchsetzte Kaufmannsgerichte sich haben verleiten lassen. Eine solche gegen die Konkurrenzklause gerichtete Entscheidung ist dieser Tage seitens des Oberlandesgerichts zu Augsburg gefaßt.

Der Färbermeister G. in einer Textilwarenfabrik Augsburgs sollte laut Vertrag 6000 M. Konventionalstrafe zahlen, wenn er innerhalb zweier Jahre nach dem Austritt in Deutschland bei einer Firma der gleichen Branche eintreten sollte. Der Fall trat ein. Das Landgericht hielt den Vertrag insoweit als wider die guten Sitten verstoßend, als der Meister bei einem Gehalt von monatlich 120 M. unmöglich zu einer solch hohen Konventionalstrafe verpflichtet werden könne. Das Gericht setzte durch Urteil die Konventionalstrafe auf 500 M. herab und überließerte der klagenden Firma elf Zwölftel der Kosten. Das Oberlandesgericht aber wies die Klage in allen Punkten ab und legte der Firma sämtliche Kosten aller Instanzen auf. Es führte aus, daß die Festsetzung einer so hohen Summe als Konventionalstrafe, wie nicht minder die Bestimmung allein den Vertrag als wider die guten Sitten verstoßend ungültig mache, nach der dem Meister zur Pflicht gemacht ist, innerhalb ganz Deutschlands, also innerhalb seines Vaterlandes, auf zwei Jahre keine Stellung in seinem Verufe mehr anzunehmen. Der beklagte Meister hatte dargelegt, daß er den ihm im Laufe des Arbeitsverhältnisses vorgelagerten Vertrag nur deshalb unterschrieben habe, um die bereits seit Jahren bekleidete Stellung nicht zu verlieren.

Ein zutreffendes Erkenntnis, das erheblich von der Agitation der deutsch-nationalen Handlungsgelassen in Straßburg für Aufrechterhaltung der Konkurrenzklause und von dem Verhalten der antisemitischen Abgeordneten im Reichstage abhört, die bekanntlich im Jahre 1898 bei dem Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes das Verbot einer Konkurrenzklause zu Falle brachten und sich damit für den schärfsten Terrorismus der Arbeiter durch Arbeitgeber ins Zeug legten.

## Verfassungen.

### Aus den Organisationen.

Unsere Berichterstatter von den Generalversammlungen der Berliner Wahlvereine war in einigen Fällen nicht vollständig. Wir tragen deshalb nach das Folgende nach:

In den Vorstand des zweiten Kreises wurden gewählt: zu Vorsitzenden Schwemle und Röderich, zu Kassierern: G. Schmidt und Lohse, zu Schriftführern: Kautmann und Jacobowski; Weisler ist Werner; zu Revisoren wurden gewählt: Bernert, Hennig und Simon. In die Wahlkommission werden König und Reier, in die Agitationskommission Zinke, in die Lokalkommission Schröder und in den Zentralvorstand von Groy-Berlin 4 Mitglieder des Vorstandes und ein Aspirant delegiert. Die Vorstandsgeschäfte werden bis auf weiteres durch Genossen R. Koedert, Planufer etc. geführt. Die Adresse des Kassierers ist: Gustav Schmidt, W. 57, Kirchbachstr. 14, parterre.

Für den dritten Wahlkreis ist aus dem verflochtenen Geschäftsjahr noch zu berichten:

Es haben außer den 34 Versammlungen, welche während der Wahlbewegung abgehalten wurden, im Laufe des Jahres noch 4 Agitationsversammlungen und 9 Generalversammlungen stattgefunden. Weiter wurden 8 Volksversammlungen einberufen, in welchen protestiert wurde gegen das jetzt bestehende Landtagswahlrecht für Preußen. Vorstandssitzungen wurden 29 und Kreis-Konferenzen 8 abgehalten. Flugblätter wurden zur Reichstagswahl 6 in einer Gesamtauflage von 290000 verbreitet, und weitere 8 Flugblätter wurden im vorherigen Jahre noch 6 verbreitet, davon 3 im Interesse der Schneider, Bäcker und Handelsangestellten, 2 zur Agitation für den „Vortwärts“ und den Wahlverein und 1 galt dem Wahlrechtskampf.

Die Wahl der Funktionäre für den vierten Kreis ergab folgendes Resultat: Abgegebene Stimmentel 1553, ungültig 12. Es erhielten Stimmen: zum 1. Vorsitzenden: Paul Hoffmann 1208, zum 2. Vorsitzenden: B. Mann 1286, zum 1. Kassierer: H. Barentzin 1292, zum 2. Kassierer: W. Köhler 1287, zum 1. Schriftführer: W. Kengel 1240, zum 2. Schriftführer: B. Schmitz 1169, zu Revisoren: G. Köhler 900, O. Kamm 824, B. Kupfer 806, E. Waader 1017, F. Gries 841 und B. Kupfer-Schmidt 761, zu Revisoren: A. Kern 865, A. Jeuner 855, A. Waack 828, B. Brüdner 798, P. Burckhardt 418 und Pöhlke 311. In den Aktionsauswahl wurde gewählt P. Hoffmann mit 1272 Stimmen, in die Wahlkommission O. Wächter mit 1246 Stimmen, in die Agitationskommission R. Gabel mit 989 Stimmen, in die Lokalkommission G. Kott mit 1067 Stimmen. Als Aspiranten wurden gewählt: G. Langhammer mit 962 Stimmen, P. Lusche mit 939 Stimmen und B. Mann mit 904 Stimmen.



# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

## Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Obleute. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Werkstattangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder der Zahlstelle Berlin werden ersucht, Vertrauensleute zu entsenden. Dieselben besuchen die Vertrauensmänner-Versammlungen ihrer Branche oder die von ihrer Werkstatt aus am nächsten einberufene Bezirksvertrauensmänner-Versammlung.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlungsorte sind folgende:

### Tischler.

- Süd-Westen** bei Schulz, Wittenwalder Straße 15.
- Süden** bei Glesing, Wassertorstr. 68.
- Südosten I** (zwischen Adalbert- und Mantuffelstraße) bei Muhs, Mantuffelstr. 95.
- Südosten II** (zwischen Mantuffelstraße und Gdrlitzer Ufer) bei Muhs, Mantuffelstr. 95.
- Osten I** (zwischen Zentrum und Fruchtstraße) im „Frischküh“, Fruchtstr. 36a.
- Osten II** (zwischen Fruchtstraße und Friedrichsberg) bei Litfin, Remeler Straße 67.
- Oestliche Vororte** bei Willner in Friedrichsberg, Friedrich-Karl-Straße 11.
- Nordosten** bei Boeker, Weberstr. 17.
- Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt** bei Obiglio, Schwedter Str. 23.
- Wedding und Moabit:** bei Fahrow, Ravenstr. 6.

### Bautischler.

- Süden, Westen, Südosten, Bez. 1:** bei Mörhing, Admiralsstraße 18c.
- Osten, Bez. 2:** bei Zietz, Warschauer Str. 61.
- Norden, Bez. 3:** bei Karl Hube, Koppenhagener Str. 74.
- Wedding u. Moabit, Bez. 4:** bei Fortanier, Tegelerstr. 56.

### Möbelpolierer.

- Osten** bei Boeker, Weberstr. 17.
- Südosten** im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18c.
- Norden** bei Günter, Brunnenstr. 96.

### Möbelmagazin-arbeiter u. Beizer

bei Grapentin, Stallter Straße 102.

### Drechsler u. Treppengeländer-Branche.

- Norden** bei Döhling, Brunnenstr. 79.
- Osten** bei Schneider, Friedenstr. 67.
- Südosten u. Südwesten** bei Stramm, Ritterstr. 123.

### Musikinstrumenten-Arbeiter

abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Saal 8.

Tages-Ordnung:

Die Streiks und Differenzen in unserem Beruf.

### Modell- und Fabrik-Tischler

bei Kramer, früher Mothes, Gussiteustr. 40.

### Bodenleger

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15. Diese Versammlung beginnt um 8 1/2 Uhr.

### Achtung! Metallarbeiter. Achtung!

Mittwoch, den 5. Februar, abends 6 Uhr:

### Öffentliche Versammlung im Lokal von Kirsch, Reinickendorf, Marktstr. 2/3.

Tages-Ordnung:

1. Der Streik bei der Berliner Kolonnenwagenfabrik und das Verhalten der in Frage kommenden Behörden. Referent Kollege Schreud. 2. Diskussion.

Um auch die Einwohner von Reinickendorf über den Streik und seine Ursachen und das einseitige Vorgehen der dortigen Behörden zu informieren, ist zahlreiches Erscheinen notwendig.

Der Einberufer.

**Hygienische Dr. Schünemann**  
Bedarfsartikel, Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Arzt. empf. bill. Apoth. 5. Schweitzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Off. verlang.

Fräulein verk. spottbill. Plätzchen, 20,00, Bilder, Bronzefiguren, Fried-portieren, Tafelgeschloß, Säulenbrunnen, 22,00, Wasserstr. 53, Rest. 29/35

### Maschinenarbeiter

Abends 6 Uhr (gleich nach Feierabend).

- Osten und Nordosten** im Ost-Kasino, Frankfurter Allee 106.
- Südwesten** bei J. Saas, Hornstraße 2.
- Südosten** bei Hahn, Lustiger Platz 8.
- Norden und Moabit** bei Lereche, Gleimstr. 63.
- Rixdorf-Britz-Treptow** bei Kutsch, Rixdorf, Pannierstr. 59

### Bilderrahmenmacher

bei Natteroth, Ritterstr. 32.

Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

### Stockarbeiter

bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

### Jalousie-Arbeiter

bei Mühle, Mariannenstr. 41.

### Vergolder

in Dietrichs Festsälen, Dresdener Straße 116.

### Stellmacher

bei Wohlfahrt, Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthaler Str. 57.

### Kistenmacher

bei Bandach, Dresdener Straße 29.

### Einsetzer

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

### Kammacher

bei Walter, Adalbertstr. 62.

### Korbmacher

bei Hoffmann, Koppenstr. 47.

### Bürstenmacher

bei Preuß, Holzmarktstr. 65.

### Perlmutt-, Horn- und Steinbearbeiter!

6 1/2 Uhr Oppelner Straße 7 bei Paul Hoffmann.

### Achtung! Stockarbeiter Achtung!

Mittwoch, den 5. Februar cr., abends 6 Uhr, in Fenersteins Festsälen (Zuh. Saal), Alte Jakobstr. 75:

### Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Drechslerkonferenz. 2. Die Arbeiterinnen im Kampfe um das „Dasein“. Referent: Kollegin Frau Beebe. 3. Verschiedenes. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kolleginnen und Kollegen dringend notwendig.

Der Obmann. J. U.: Ferd. Dörmel.

### Einwohner Schönebergs!

Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Mothes Festsälen (Klubhaus), Hauptstr. 5-6:

### Öffentl. Volksversammlung

Tages-Ordnung:

1. Der Kampf um die wirtschaftliche Freiheit. Referent: Schriftsteller Genosse Paul Göhre. 2. Diskussion und Genossenschaftliches.

Arbeiter, Hausfrauen, erscheint zahlreich! Die Agitationskommission.

### Wilmerdorf! Zentral-Frankenkasse der Maurer usw.

Grundstein zur Einheit.

Mittwoch, den 5. Februar, im Lokale des Herrn Oton, Uhlandstraße 106:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Wahl eines Kassierers. (149/9) Horn. Bohrendt.

### Leih-Haus Friedrich-Karl-Platz 12

Charlottenburg. Verleih v. Brillant, Gold- u. Silberfach, Uhren, Süß, Wäsche, Reinigungst. etc.

Man verlange Preisliste und Proben.

Nur

## Bettfedern

zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00, 3,50 bis 5,00 Mk. pro Pfund.

## Daunen

zu 2,85, 3,50, 5,50, 6,50 bis 8,00 Mk.

## Fertige Betten

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen zu 12, 15, 20, 23, 28, 31, 38, 45, 54, 61, 75, 90 bis 105 Mk. und namentlich echt chinesische

## Monopoldaunen

gesetzlich geschützt

das Pfund 2,85 Mk.

(3 bis 4 Pfund zum Oberbett genügend)

und andere Bettartikel führt

die erste Bettfedern-Fabrik mit elektrischem Betrieb

# Gustav Lustig

Berlin S., Prinzenstr. 45, 46 u. 47

Der beste Beweis für die Güte der Waren sind

## Nachbestellungen:

Saal (Pommern), d. 10. 1. 08. Bitte senden Sie mir gef. per Nachnahme 1 Stand Betten, Qual. 7, rot-rosa, zu 45 Mark. War mit der Sendung im November 1906 sehr zufrieden. W. Wolf.

Annabütte (N.-L.), d. 19. 1. 08. Senden Sie mir bitte 8 Pfund Schleißfedern und 3/4 Meter Köperinlett à Meter 1,70. Mit der vorigen Sendung Betten war ich zufrieden. Joseph Piwonka.

Zscherben (Sa.), d. 18. 1. 08. Da das Bett zu meiner Zufriedenheit ausgefallen ist, bitte ich Sie erg., mir ein 1 1/2schläfiges Bett zu 23 Mark zu senden und werde Ihre Firma stets empfehlen. Gustav Kabisch.

Saal b. Dargarten (Pommern), d. 13. 1. 08. Teile ergeben mit, daß die Betten heute angekommen sind. Ferner möchte ich Sie bitten, mir umgehend von Beidgen Proben zu schicken. Bin mit dem Stand Betten zu 45 Mark sehr zufrieden. W. Wolf.

Friedrichstadt (Schlesw.), d. 7. 1. 08. Da ich mit dem Stand Betten zu 27 Mark sehr zufrieden bin, bitte ich Sie, mir noch 2 Bettlaken à 1,50 zu senden. Hans Strawe.

Chemnitz, d. 25. Jan. 08. Bitte haben Sie die Güte und senden Sie mir per Nachnahme 2 Pfund Monopoldaunen à 2,85. War mit den letzten 5 Pfund sehr zufrieden. Paul Rank.

Heldrungen (Sa.), d. 26. Jan. 08. Ich habe erfahren, daß Sie nach Heldrungen viel Federn gesandt haben und bitte mir 10 Pfund Gänseschlächtfedern à 1,50 zu senden. Fr. Friederike Müller.

Hannover, 30. Jan. 1908. Das von Ihnen erhaltene Bett zu Mk. 20,- ist zu unserer Zufriedenheit ausgefallen und sagen wir unsern besten Dank. August Ewert.

Emden, d. 25. 1. 08. Möchte hiermit freundlichst ersuchen, mir 2 Pfund Daunen à 5 Mk., wovon ich vor ein paar Jahren 5 Pfund erhalten, zu senden. Rudolf Berner.

Gebweiler, d. 23. 1. 08. Da ich zufrieden war mit der Ware, bitte ich Sie, schicken Sie mir nochmals 2 Pfund Russische Matadordaunen à 3,50 und 2 Pfd. chin. Entenhalddaunen à 1,75. Theodor Kuntz.

Maldeuten (Ostpr.), d. 18. 1. 08. Bitte senden Sie mir nochmals 10 Pfund Entenhalddaunen à 1,75, aber dieselben, die Sie mir schon einmal geschickt haben, die waren sehr schön. Frau Zaluski.

Umsatz im Jahre 1907:

## 2480 Zentner

### Bettfedern u. Daunen

von keinem anderen Betten- und Bettfedern-Geschäft auch nur annähernd erreicht.

Größtes Spezial-Geschäft Deutschlands.

Rücksendung und Umtausch gestattet.



Partei-Angelegenheiten.

Stralsund. Wir weisen nochmals auf die heute abend 8 1/2 Uhr stattfindende Volksversammlung hin.

Treptow-Remscheidenerweg. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Wahlvereinsversammlung im Restaurant zur Rennbahn.

Karlshorst. Am heutigen Dienstag, abends pünktlich 1/9 Uhr, Versammlung des Wahlvereins bei Partel (Bürstenbad).

Bossen. Donnerstag, den 6. Februar, abends 8 Uhr, außerordentliche Versammlung bei Schimke, Baruther Straße.

Königsbucherhausen. Am Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 Uhr, finden in Königsbucherhausen zwei Jahlabende statt.

Wildau-Hohereichow. Die Parteigenossen beider Orte werden hiermit auf den am Mittwoch, den 5. Februar, im bekannten Lokale stattfindenden Jahlabend, in welchem eine Aussprache über Gemeindeangelegenheiten stattfindet, aufmerksam gemacht.

Berliner Nachrichten.

Aus unserem Gemeindefschulwesen.

Die im Monat Mai vorigen Jahres von Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern eingesetzte Deputation zur Auffindung von Mitteln und Wegen zur planmäßigen und rechtzeitigen Beschaffung von Schulgrundstücken und Schulbauten hat am Montag ihre Sitzungen beendet.

Von unserer Seite gehörten der Deputation Borgmann, Hinge und Singer an.

Auf Antrag unserer Genossen wurde der Deputation das notwendige statistische Material vorgelegt.

Es waren in fünf Voradenschulen und 80 Nietschulen mehr denn 80 000 Kinder untergebracht; diese Zahlen befanden sich noch im Steigen, da im letzten Jahre eine weitere Vorade und mehrere Nietschulen hinzugekommen sind.

Ein wahrhaft vernichtendes Gutachten haben die Schulärzte über die Voradenschulen abgegeben.

Der Freisinn hat hier ungeheure Sünden auf sein Haupt geladen, denn an eine Befreiung dieser Zustände ist in absehbarer Zeit nicht zu denken.

Das Ergebnis der Beratungen liegt in folgender Beschlusfassung: Die gemischte Deputation ersucht den Magistrat:

1) dafür Sorge zu tragen, daß die für die bestehenden Voradenschulen geplanten Neubauten früher fertiggestellt werden, als in der Zusammenstellung, welche der Deputation vorliegt, in Aussicht genommen.

2. an der Hand der von Herrn Stadtrat Buchow gefertigten Zusammenstellung planmäßig feststellen zu lassen, in welchen Gegenden der Erwerb von Schulgrundstücken geboten erscheint.

3. den Ankauf geeigneter Schulgrundstücke in den voraussichtlich zunächst zur Bebauung kommenden Außengebieten baldigst in die Wege zu leiten.

4. eine Vereinfachung des Geschäftsganges innerhalb der Verwaltung herbeizuführen, damit auch die Ausführung der Schulbauten schneller als bisher erfolgen kann.

5. Die örtliche Straßenbau- und Tiefbauverwaltung sowie die Feuerzölietät haben der Schuldeputation fortlaufend Mitteilung zu machen über die Ausschließung anbaufähigen Terrains.

6. Eine neue Feuerwache soll im Norden errichtet werden und zwar in der Straße 81 zwischen der Ungarn- und Türkenstraße.

Der Berliner Lehrerverein beschäftigte sich am letzten Freitag mit der Frage „Rektorat und Ortschulaufsicht“.

Die Leitsätze, die zur Annahme gelangten, haben folgenden Wortlaut:

1. Die Ortschulaufsicht ist nicht nur für sechs- und mehrklassige, sondern auch für ein- und wenigklassige Volksschulen abzuschaffen.

2. Es liegt weder im Interesse der Schule noch der Rektoren und Lehrer, daß dem Rektor die Stellung eines Dienstvorgesetzten zugewiesen werde.

3. Neue Omnibuslinien. Für zwei Omnibuslinien ist der Fahrplan vom Berliner Polizeipräsidenten zum 1. März genehmigt worden.

Der Reichsgläubiger Joachim Gehlsen ist gestorben. Gehlsen hat eine sehr bewegte Vergangenheit hinter sich.

„Katholische Eisbeine.“ Die urdrollige „Rätkische Volkszeitung“, der Ableger der ultramontanen „Germania“, verzicht neben dem berufsmäßigen Schimpfen auf die Sozialdemokraten wenigstens das gute Essen und Trinken nicht.

Drei schwere Einbruchsdiebstähle in der Sonntagnacht. Ein unglaublich dreifacher Einbruchsdiebstahl ist in der Sonntagnacht in der Schlächterei von Kuch in der Panst. 46b verübt worden.

Das Apollo-Theater hat seinem neuen Programm wieder einmal eine Operette einberleibt. „Ritzi Law, der Moderne“ ist sie betitelt und von Franz Rehar verfaßt.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Eine starke Menschenansammlung gab es gestern abend am Velle-Albance-Platz. Dort war eine der großen, an einem Handlader beschleunigten Lampen in Brand geraten.

Su den letzten Warden in Berlin und Umgegend wird heute folgendes mitgeteilt: Wegen den Goldminen R. und Charlottenburg, der unter dem dringenden Verdachte, die Produkthändlerin Witwe Kiehl in der Linienstraße ermordet zu haben, am Sonntag abend dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde, ist die Voruntersuchung eröffnet worden.

Als mutmaßlicher Mörder der Frau Wiedner in der Gerichstraße 8 ist ein Händler W. aus der Adolstr. 12 verhaftet worden.

In der Schwarzenstein'schen Nordflache, Nahsborner Wäldle, war das Verbrechen verbreitet, daß man auf dem Friedhofe von Neu-Jittau an der Spree die Leiche des Schwiegervaters des Ermordeten ausgegraben habe, um sie auf einen gewalttätigen Tod zu unterwerfen.

Unter dem traurigen Gesicht ist gestern der 29jährige Zimmermann Ernst Hermann aus der Langestraße 79 getroffen worden.

Unter einem Fahrwerk überfahren und schwer verletzt wurde gestern Nachmittag 4 1/2 Uhr am Küstner Platz die 11jährige Clara Gablenz, Gräuner Weg 60, und die 13jährige Käthe Ernst, Jorandorfer Straße 61 wohnhaft.

Der Berliner Arbeiter-Radfahrerverein (Bund Solidarität) hielt am 23. Januar seine Generalversammlung ab.

Das Apollo-Theater hat seinem neuen Programm wieder einmal eine Operette einberleibt. „Ritzi Law, der Moderne“ ist sie betitelt und von Franz Rehar verfaßt.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.

Der Zirkus Schumann hat sich wieder eine neue Sensation geklopft. Die Direktion hat sich auf dem Wege der unbegrenzten Möglichkeiten Hr. Reffiso kommen lassen.



Von einem schweren Verlust ist eine Witwe betroffen worden, die am 21. Januar auf dem Alexanderplatz nicht weit vom Schöninghischen Kaffeegeschäft ihr schwarzes Portemonnaie verlor. In demselben befanden sich 100 M. und eine Anzahl Pfandschlüssel und Wäsche, welche Sachen mit dem Gelde eingelöst werden sollten. Eventuelle Finder werden gebeten um Abgabe an Wwe. Schebest, Dieffenbachstr. 30, Hof part.

**Feuerwehrbericht.** In der Nacht zum Sonntag, früh um 2 Uhr, wurde die Feuerwehr nach der Poststr. 8 alarmiert. Dort stand auf der Straße eine Bedrogdrose in Flammen. An der Ecke der Post- und Kirchstr. brannte nachts ein Benzinautomobil. Um die Flammen zu löschen, mußte der 12. Zug tüchtig Wasser geben. In der letzten Nacht um 11 Uhr kam in einer Küche in der Warkauer Straße 17 Feuer aus, das an Petroleum reiche Nahrung fand. Eine Frau erlitt dabei Brandwunden. Ein zweiter Küchenbrand wurde vom 16. Zug in der Reinickendorfer Straße 94 gelöscht. In der Wallner-Theater-Straße 21 kam durch Unvorsichtigkeit in einer Wohnung Feuer aus. An der Ecke der Frucht- und Lange-Straße brannte Gas aus einer umgefahrenen Gaslaterne und auf dem Anhalter Güterbahnhof ein Wagon mit Steinkohlen. Wegen eines Schaufensherbrandes wurde der 16. Zug alarmiert. Der 8. Zug hatte mit einem Kohlenbrande in der Dypelner Straße 49 zu tun. Ferner hatte die Wehr noch am Sächseberger Ufer 1/4, in der Wagstraße 17, Dranienburger Straße 26 u. a. Stellen zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Sozialistische Pioniere im Dorado der „Lieber-Garde“.

Im größten Wahlkreis Deutschlands, zehn Meilen von der Reichshauptstadt Berlin entfernt, liegt die Kreisstadt Weeslow. Es ist einer der schwärzesten Orte des Kreises Teltow. Die zum größten Teil in landwirtschaftlichen Betrieben tätige Bevölkerung steht noch unter der Kralle der Gutsherren, deren Bestreben seit Menschen-gedenken ist, ihre wirtschaftliche Herrschaft auch in die politische umzusetzen. Durch überaus lange Arbeitszeit und niedrige Löhne wurde bisher die Bevölkerung gehindert, zu einer höheren Lebensauffassung zu gelangen. Seit etwa zwei Jahrzehnten haben es sich die Rigdorfer Genossen zur Aufgabe gemacht, diese unter wahrhaft östlichen Verhältnissen dahingevegetierende Bevölkerung für die sozialistischen Ideen zu gewinnen. Die oft schon mühen sie in dieser langen Zeit grüne Zweige ihrer Tätigkeit haben aufgehen sehen, indes durch die rücksichtslose Herrschaft der Gutsherren wie der Behörden verdorrt sie nur allzu leicht wieder. Die schamlose Hege der Reichsverbandliche gegen die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren ihr übriges getan, um die Bevölkerung vor dem „sozialistischen Gift“ zu schützen.

Wohlgemerkt beginnt es jetzt mit Macht zu dämmern. Bereits Ende des vorigen Jahres gelang es, einen Wahlverein zu gründen. Als die Behörde und die einflussreichen Personen Weeslows hiervon erfuhr, gebärdeten sie sich wie Raben; die denkbarsten Hindernisse wurden den Mitgliedern in den Weg gelegt. Doch vergebens: der junge Wahlverein hat aller behördlichen Schikane zum Trotz sich erhalten. Wohl ist es den Segnern bisher noch gelungen, die Worte von der Herge eines Versammlungstales abzuhalten, doch auf die Dauer wird ihnen auch das nicht mehr möglich sein. Vorläufig sind unsere Genossen im Besitze eines kleinen Vertriebslokals. Dem Besitzer desselben werden von der Behörde außerordentliche Schwierigkeiten gemacht, er ist daher doppelt auf die Arbeiterkassette angewiesen.

Vor 14 Tagen hatten die Weeslow Genossen Flugblätter verteilt. An demselben Tage fand eine „reichstreu“ Versammlung statt. Es wurde die Parole ausgegeben, in die Versammlung zu gehen und dem Referenten, einem Reichsverbandssänger, Herrn Wilhelm Mannes, Berlin, gegenüberzutreten. Das zu behandelnde Thema: „Politische Zeit- und Streitfragen“ bot unseren Genossen eine erwünschte Gelegenheit, für ihre Ideen Propaganda zu machen. Als der Referent merkte, daß sich unsere Genossen eingefunden hatten, begann er seinen Vortrag gegen die Sozialdemokratie in Reichsverbandsmantel. Durch die Zwischenrufe unserer Genossen verlor er den Faden und machte eiligt Schluss. Als hierauf auf einer unserer Genossen das Wort verlangte, wurde er vom Vorsitzenden der Versammlung, Bürgermeister Vertold, gefragt, ob er „reichstreu“ Wähler sei. Er schien den Genossen indes genau zu kennen, denn er herrschte ihn an: „Es gibt hier für Sie keine Diskussion, wir sprechen uns ein anderes Mal.“ Hierauf fragte unser Genosse: „Wann denn, Herr Vorsitzender?“ Die Antwort blieb der Vorsitzende schuldig. Als hierauf trotzdem unser Redner in die Vergangenheit des Referenten hineinzuweisen begann und betonte, daß Herr Mannes erst Sozialdemokrat, dann Antisemit, Anarchist und jetzt Mitglied der „Liebergarde“ geworden sei, entstand in der Versammlung ein Hysterieanfall. Der reichstreu Referent ergriff hierauf das Hofspanier. Unsere Genossen verteilten an die Versammelten Bittel, auf denen Herr Mannes wahrheitsgemäß bezeichnet war. Am Schlusse wurde die Bevölkerung aufgefordert, mit dafür zu sorgen, daß der Sozialdemokrat am Orte baldigst ein Lokal zur Verfügung gestellt werde, damit auch sie das Wesen des Sozialismus kennen zu lernen Gelegenheit habe. Unter Abfragen der Arbeitermarktschleife und Hördruken auf das allgemeine Wahlrecht vertließen unsere Genossen den Saal.

Langer harter Arbeit hat es bedurft, ehe in dieser schwarzen Ecke des Kreises Teltow widerstandsfähige und trohige Kämpfer für die Sozialdemokratie heranzüchten. Aber jetzt sind sie da und niemand wird mehr insuland sein, sie zu vernichten. Den Samen, den unsere Genossen jetzt noch unter erschwerten Umständen ausstreuen, wird aufgehen zu hundertsfältiger Frucht. Immer weitere Schichten der heute noch Geknechteten werden die Arbeit mit aufnehmen, die die Befreiung des Proletariats und die Erlösung der Menschheit herbeiführt.

### Schöneberg.

Bei den Wahlen der Geschäftsbefugter zum Kaufmannsgericht am Sonntag haben von 161 eingeschriebenen Wählern 111 ihr Stimmrecht ausgeübt. Jeder Wähler hatte das Recht, 9 Stimmen abzugeben. 9 Wähler waren zu wählen. Die Liste des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands erhielt 126 Stimmen und 1 Weisiger. Das ist eine Verdoppelung der Stimmen gegen die vorige Wahl, 1906: 63 Stimmen 1 Weisiger. Die Antisemiten (Deutschnationalen) erhielten 414 Stimmen und 4 Weisiger (1906: 324 Stimmen und 8 Weisiger). Die Antisemiten haben demnach vier Weisiger verloren. Der Leipziger Verband deutscher Handlungsgehilfen erhielt 360 Stimmen und 4 Weisiger. Der Verein der deutschen Kaufleute (Fisch-Dumler) fiel aus, da er nur 63 Stimmen aufbrachte; ebenso erging es dem Kaufmannischen Hilfsverein, dessen Stimmen (27) für ungültig erklärt wurden.

Die Wahlbewegung war eine sehr lebhaft, die Antisemiten arbeiteten mit Hochdruck, sprengten unsere Versammlung, holten die Wähler im Automobil heran. Es hat alles nicht genügt. Die Wahl bedeutet für den Zentralverband einen entscheidenden Fortschritt.

### Charlottenburg.

Einen Überfall auf Schulleute verübten am Sonntagmorgen in der Dankelmannstraße eine Rote junger Frauen. Sie waren von der Anobelsdorffstraße kommend in die Dankelmannstraße eingebogen und machten, als sie an den dort patrouillierenden Schu-

leuten vorbeizogen, großen Lärm. Bei der Festnahme eines der Lärmenden sollen seine Begleiter mit Messern auf die Beamten losgegangen sein, worauf die Schulleute von der blanken Waffe Gebrauch machten. Der Schulleiter Kuchholz hat so erhebliche Verletzungen davongetragen, daß seine Lebensführung in das Krankenhaus Bestend notwendig wurde. Außerdem wurden bei dem Exzess noch eine Reihe weiterer Teilnehmer verletzt. Sie hatten ebenfalls Schelhebe über das Gesicht und den Kopf erhalten. Die Polizei sucht jetzt die Täter zu ermitteln. Ein Rautscher Ratibed aus der Falgourgerstr. 12 will einen Täbeldich erhalten haben, ohne an dem Exzess beteiligt gewesen zu sein. Zwei der Exzessanten sind inzwischen verhaftet worden.

In der Generalversammlung der hiesigen Jahrestelle des Deutschen Transportarbeiterverbandes wurde der Kassierenbericht gegeben. Danach betrug die Einnahme im Jahre 1907 23 633,40 M., die Ausgabe 23 842,88 M.; hiervon sind 5378,46 M. Unterführung angezählt worden. Die Auswertung der Wählkarte verurteilte eine Ausgabe von 6104,20 M. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl ging als Delegierter zur Bezirksleitung Groß-Perkins und zum Gauvorstand Rosenkranz hervor. In die Gewerkschaftskommission wurden Sobert, Schreppe und Rosenkranz delegiert.

### Rigdorf.

Ein Raubfall ist in der gestrigen Nacht in der Prinz-Handjery-Straße verübt worden. Der in der Prinz-Handjery-Straße 51 wohnhafte Kohlenhändler Franke war, von einem Vergnügen kommend, auf dem Heimwege begriffen. Er hatte bereits die Prinz-Handjery-Straße erreicht, als er die Beobachtung machte, daß ihm eine Rote junger Frauen folgte. In dem Augenblick, als er die Haustür öffnete, trat einer der verdächtigen Gesellen auf ihn zu und verlegte ihm einen kräftigen Stoß vor die Brust. In diesem Augenblick stürzten auch die anderen Frauen herbei und fielen über F. her. Einer der Täter brachte dem wehrlosen Mann einen tiefen Messerstich in die Stirn bei. Hierauf rissen ihm die Täter das Portemonnaie aus der Tasche heraus, das 170 M. enthielt. Beim Herannahen mehrerer Passanten ergriffen die Räuber die Flucht. Die Verletzungen wurden bereits ausfindig gemacht und festgenommen. Das Geld hatten sie bereits in der Nacht verjübelt.

### Tempelhof.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende Genosse A. Thiel den Jahresbericht. Es fanden statt 2 öffentliche, 7 Mitgliederversammlungen, 5 Flugblattverteilungen und 2 Agitationsfahrten. Die Mitgliederzahl ist von 136 am Anfang des Jahres 1907 auf 188 am Schlusse desselben Jahres gestiegen. Den Kassierenbericht vom letzten Quartal gab Genosse Radom. Einer Einnahme von 117,95 M. steht eine Ausgabe von 107,50 M. gegenüber. Nach dem Bericht des Spediteurs Genossen Müller beträgt die Abrechnungszahl des „Vorwärts“ 323. Als Bibliothekar gab Genosse Schierich den Bericht. Es haben 30 Genossen die Bibliothek benützt. Dieselbe besteht zurzeit aus 250 Werken und Broschüren. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: erster Vorsitzender Albert Thiel, zweiter Vorsitzender Hr. Wilsdorf, Kassierer O. Günther, Schriftführer B. Lemsch, Weisiger A. Rabe. Als Revisoren wurden die Genossen Riehm, Schierich und Zimm, als Bibliothekar Rufemann und Jergang gewählt. Für die Lokalkommission wurde der Genosse Radom gewählt. Als Bezirksführer fungieren im zweiten Bezirk Loth, im dritten Jergang und im vierten Grail. Die Expedition übernimmt Genosse M. Müller. Die Zeitungskommission setzt sich zusammen aus den Genossen Schülhonn, Riehm, Wiersch, Meißt und Grötsch. Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Thiel und Schierich delegiert. Genosse Thiel teilte mit, daß der Antrag des Wahlvereins an den Gemeindevorstand, gegen Erstattung der Unkosten die Abschrift einer Wählerliste zu erhalten, abgelehnt worden sei. Da seit dem Jahre 1890 unsere Gemeindevetretung aus 12 Mitgliedern besteht, die Einwohnerzahl sich seit dieser Zeit aber von 4000 auf 15 000 erhöht hat, so wurde ein Antrag angenommen, worin ersucht wird, die Gemeindevetretung um 3 Mitglieder zu vergrößern. Ferner machte der Vorsitzende noch bekannt, daß die hiesigen Vorträge der Ortskassenklasse am Freitag, den 7. Februar, abends 8 Uhr im Restaurant Wilhelmshagen, Berlinerstraße 9, beginnen.

### Mariensfelde.

Welchen Nutzen haben die Arbeiter von der kommunalen Vertretung? lautete das Thema, über das Stadtverordneter Genosse Schubert, Berlin in einer gut besuchten Vollversammlung referierte. In 1 1/2 stündiger Rede legte der Referent unsere grundsätzliche Stellung in der Kommunalpolitik dar und forderte unter lebhaften Beifall der Versammelten auf, für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Genosse Grealich gab hierauf den Bericht seiner sechsjährigen Tätigkeit als Gemeindevetretter, der mit Beifall aufgenommen wurde. Einstimmig wählte ihn die Versammlung wieder als Kandidat. Unter Verschiedenem sprachen die Genossen Hoed, Berger und Grealich. Frau Hampel forderte die Frauen auf, sich dem Frauenverein anzuschließen. Ferner gab Rednerin bekannt, daß am 19. Februar eine Frauenversammlung hier selbst stattfindet, in der Dr. Pankus referieren wird.

### Schmargendorf.

Ueber „Sozialdemokratie und Gemeindepolitik“ sprach in einer Vollversammlung Genosse Vorhards, Charlottenburg. Redner wies nach, ein wie großes Gebiet der Tätigkeit für die Arbeiterkassette die Kommunalpolitik bietet. Schon der Wahlmodus zum Gemeindeparkament berge so große Ungerechtigkeiten, daß die Arbeiterkassette unmöglich so gleichgültig daran vorbeiziehen könne. So wählen in Schmargendorf 3 Wähler der ersten Klasse 3 Vertreter zum Gemeindeparkament, 33 Wähler der zweiten Klasse gleichfalls 3, und die letzten 3 von im ganzen 3 Wählern werden von 113 Wählern der dritten Klasse gewählt. Daß diese Haus- und Grundbesitzervertreter, welche ihre Kinder in die Gymnasien schicken, nichts für die Volksschule übrig haben, sei wohl erklärlich. Auch in der Frage der Arbeitslosen- und Armenfürsorge, Bezahung der Gemeindegeldsteuer und anderen sozialen Dingen liegt daher alles im armen. Und so müsse eben die Arbeiterkassette alles daransetzen, Einfluß in der Gemeinde zu bekommen und bei den nächsten Wahlen nur dem Arbeitervertreter ihre Stimme geben. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern noch die bisherige Tätigkeit der durch Arbeiterkassette gewählten Vertreter einer scharfen Kritik unterzogen. Mit einem Hoch auf das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht schloß der Vorsitzende die Versammlung.

### Johannisthal.

Der starke Besuch der Wahlvereinsversammlung am Dienstag zeigte, daß das Interesse der Parteigenossen am politischen Leben ein reges ist. Der besseren Agitation halber wurde der Ort in zwei Bezirke geteilt. In den bevorstehenden Gemeindevetretterwahlen wurden für die dritte Abteilung der Genosse Pirsch als Hausbesitzer und für die zweite Abteilung der Genosse Wielke als Nichtbesitzer aufgeführt. Als Delegierte zur nächsten Kreis-Generalversammlung fungieren die Genossen C. Schmidt und Prof. Als Spediteur an Stelle des Genossen Hinold wurde Genosse Wielke gewählt. Dem ausstehenden Gemeindevetretter Hedderich, der vor Jahren als sozialdemokratischer Hausbesitzer gewählt wurde und der in letzter Zeit einigemal die Interessen der arbeitenden Bevölkerung des Ortes mit denen der Hausbesitzer verwechselte und dementsprechend stimmte, wurde von der Versammlung attestiert, daß er sich fernerhin nicht als Vertreter proletarischer Interessen zu betrachten habe. Von den internen Ortsangelegenheiten ist hervorzuheben, daß die ausstehenden Wähler zwecks Feststellung des Bestandes der Bibliothek bis zum 9. Februar abzuliefern sind.

### Friedrichsfelde.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende Genosse Gronwald den Vorstandsbericht vom 31. März bis 31. Dezember 1907. Danach betrug die Mitgliederzahl des Wahl-

vereins am Schlusse des Jahres 1907. Es fanden statt 6 Vereins- und 4 öffentliche Versammlungen. Die Geschäfte des Vorstandes wurden in 13 Sitzungen erledigt. Nach dem Kassierenbericht des Genossen Vohse steht einer Einnahme von 153,17 M. eine Ausgabe von 160,40 M. gegenüber. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Gronwald, 2. Vorsitzender: Schwenk, Kassierer: Vohse, 1. Schriftführer: Jutter, 2. Schriftführer: Steffen, Weisiger: Rosenthal und Pfeiler, Revisoren: Krüger, Auras und H. Schröder, Rettungskommission: Krel, Lokalkommission: Hellwig, Raciol und Feldt. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden Riebe und Steffen, als Ertragmann Grüper gewählt. Als Bibliothekare fungieren Steffen, Schwenk und Krel. Bezirksführer sind: für den 1. Bezirk Feldt, 2. Bezirk Seibem, 3. Bezirk Raciol, 4. Bezirk Hammer. Als solche für die Außenbezirke fungieren für Rehrow: Karl und Ernst Schleicher, für Köhnow: Brant und Kähnel, für Hellersdorf: Zyrakowski.

### Röpenick.

Ausbruch aus dem Gefängnis. Zwei Gefangene, die sich im Gewahrsam des hiesigen Amtsgerichts befanden, kletterten und kletterten vorgestern nachmittag beim Ausleeren der Suppe den Aufseher und entkamen, indem sie die Gefängnistür mit einem Dietrich öffneten. Eine Spur von den dreifachen Wurschen wurde bisher nicht entdeckt.

### Weissensee.

Aus der Gemeindevetretung. Am Anfang der Sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß für die Herren Vertreter ein Flugblatt abgegeben sei, herausgegeben von dem auch untern Genossen bekannten Herrn Mertens. Betroffener Herr hatte viel mit dem verstorbenen Gemeindevorsteher Feldmann prozessiert und ist wiederholt wegen Verleumdung bestraft worden. Sein Unmut ging so weit, daß er in einem langen Schreiben beantragte, sämtliche Photographie Feldmanns aus den Amtsbüros zu entfernen, sowie der Feldmanns-Straße einen anderen Namen zu geben. Dieser Brief und Antrag ist in einer geheimen Sitzung zur Verlesung gekommen und das hatte den Jörn des Herrn Mertens so erregt, daß auch unsere Vertreter nicht ungehörten blieben, da sie nicht für volle Öffentlichkeit eingetreten sind. Trotzdem Herr Mertens auf der Tribüne sah, hat er gar nicht bemerkt, daß von seinem Brief in der öffentlichen Sitzung nichts erwähnt wurde, also mußten doch die Vertreter von der Verlesung in öffentlicher Sitzung Abstand nehmen. Die untern Genossen über die Verhandlungen in geheimer Sitzung denken, weiß auch Herr Mertens als ständiger Besucher der Tribüne. Nicht einmal, sondern dazumal sind von uns gestellte Anträge auf öffentliche Verhandlungen abgelehnt worden. Als Mitglied des Reichslagenverbandes muß ja auch Herr Mertens sein übriges tun.

Die Genehmigung für die Errichtung eines Kieffeldes in Birchow ist nunmehr erteilt, es finden daher die Aufstellungen der gelauteten Länderien statt, soweit dies nicht schon durch besondere Vereinbarungen geschehen ist. — Die bestehende Realschule wird zum 1. April in eine Ober-Realschule umgewandelt; das Schulgeld für diese soll 140 M. pro Jahr und Schüler betragen. — Es wurde noch einer Petition an den Bundesrat und Reichstag zugestimmt, den Ort in die Serbislawe I einzureihen, da Weissensee der einzige größere Vorort Berlins ist, der in Klasse II rangiert. In der geheimen Sitzung wurden Personalsachen erledigt, die sich um Anstellungen im Elektrizitätswerk und um die Sparlassen und Reichamtendantenstelle drehten.

### Waidmannslust.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Reil den Halbjahresbericht des Vorstandes sowie den Kassierenbericht. Die Mitgliederzahl beträgt 411. Dieselbe verteilt sich auf folgende Ortsteile: Vorkirchwalde 170, Wittenau 71, Waidmannslust 152, Hermannsdorf 66, Hohen-Reinendorf 52. Einer Einnahme von 829,32 M. steht eine Ausgabe von 480,00 M. gegenüber. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten liegt von 1901 auf 1728. Davon entfallen auf Regel 777, Reinickendorf-West 416, Hermannsdorf 109, Vorkirchwalde 233, Wittenau 69, Waidmannslust 92. Der Bibliothek wurden 109 Bände entliehen. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Fabel, 2. Lufcher, Kassierer Krenst, Schriftführer Adam, Revisoren Blümel, Kreppe, Köhler, Bibliothekar Schmidt, Lokalkommissionsmitglied W. Schulz. Die von den Bezirken gewählten Bezirksführer wurden bestätigt. Ein Antrag, für Vorkirchwalde eine Zweigbibliothek zu gründen, wurde der nächsten Generalversammlung überwiesen.

### Spandau.

Sanft Burenfestiv. Seitens der Spandauer Volkzeiverwaltung sind eine Anzahl Personen, die auf dem Eise einbrachen und mit fremder Hilfe gerettet wurden, nachträglich mit Strafmandaten bedacht worden, weil sie verbotene Eisflächen betreten haben. Als ob es nicht an der Strafe der Todesangst, die die Eingetroffenen aufgestanden haben, genug gewesen wäre! Warum schied man logischerweise nicht auch den Rettern eine gepfeiferte Strafverfügung ins Haus? Die haben doch auch die verbotene Eisfläche betreten. Vielleicht kommt's noch. Sicher eher als die Rettungsmedaillen, die in der Hauptfrage nur für Schulleute und Offiziere gemünzt ist.

### Potsdam.

Der Stadtverordnetenversammlung lag ein Schreiben des Ministers des Innern vor, daß die Gehälter der städtischen Beamten mit Rücksicht auf die verteuerten Lebensbedürfnisse zu erhöhen sind, was aber durch die bereits Ende des Vorjahres erfolgte Gehaltserhöhung der Beamten erledigt war. Die nicht im Beamtenverhältnis beschäftigten Personen (Straßenbahnangestellte, Maschinisten, Heizer, Arbeiter) sind bis jetzt nicht berücksichtigt, doch bei dem zur Verhandlung stehenden Punkt: „Erhöhung der Maschinisten der Wasserwerke“ beschließt die Versammlung, bei den bevorstehenden Etatsaufstellungen durchweg eine Aufbesserung und Gleichstellung aller gleichwertigen Stellen in den verschiedenen Betrieben vorzunehmen zu wollen. Dem Vorsitzenden des Haus- und Grundbesitzervereins, Stadtverordneten Hermann, wurde eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, die die Erhöhung des Zinsfußes von 4 auf 4 1/2 Proz. der aus städtischen Geldern gegebenen Hypotheken betraf. Die Hausbesitzer Stadtvs. Brenhard und Enders waren natürlich der Ansicht, daß eine solche Erhöhung schon mit Rücksicht auf die Hausbesitzer, die Hypotheken aus städtischen Geldern aufnehmen, nicht nötig gewesen wäre. Der Oberbürgermeister Köhler realisierte die Erhöhung mit der Lage des Geldmarktes und mit den Erscheinungen bei der städtischen Sparkasse, der diese Gelder gehören. Die Stadt sei doch auch nicht verpflichtet, denjenigen Hausbesitzern, die bei ihr Geld aufnehmen, besondere Vorzüge zu gewähren. Als er aber dann vor der Besprechung noch auf den § 44 der Städteordnung aufmerksam machte, nach welchem an dieser Angelegenheit Beteiligte der Versammlung nicht teilzunehmen dürfen und darum 5 bis 6 Mitglieder der Versammlung den Saal verlassen mußten, war die Plamoge der Hausbesitzer da, die neben ihren sonstigen Vorzügen durch diese Anfrage noch eine besondere Rücksicht auf städtische Kosten verlangten. Für die freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz wurden jährlich 300 M. bewilligt. Der Kriegsveteranen-Oberleutnant a. D. Brandenburg befürwortet die Unterstützung; der Saal, dem diese Einrichtung im Kriege dienen soll, gebe jedoch in Friedenszeiten nichts zu. Stadtv. Schneid, Zeichenlehrer, empfiehlt die Bewilligung aus erzieherischen Gründen, da es sich hauptsächlich um junge Leute handle, die dadurch dann den Gebieten der Sozialdemokratie vollständig fernbleiben. — Die Petition der Allgemeinen Ortskrankenkasse um Bewilligung der alten, seit dem 1. Januar erhöhten Verpflegungssätze wurde abgelehnt; in Zukunft soll jedoch der Einlieferungs- und Entlassungstag nur als ein Krankentag gelten.

## Gerichts-Zeitung.

Ein Kind vor einem prügelfreundlichen Richter. Auf der Anklagebank der 137. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte hatte am Montag der 14jährige Mechanikerlehrling



Wilt Obigs Platz zu nehmen. Die Anklage lautet auf Widerstand gegen die Staatsgewalt. Bei einem Aufruf, der am Abend des 9. November aus Anlaß des Janitor-Boykotts vor dem Janitorischen Warenhaus in der Brunnenstraße stattfand, soll der Angeklagte einen reitenden Schutzmännchen mit einem Stein geworfen haben. — Der Angeklagte, der durchaus keinen ungünstigen Eindruck macht, befreit die Straftat und gibt folgende Darstellung des Sachverhalts: Er kam an dem genannten Abend gegen 10 Uhr mit seiner Mutter von der Markthalle. Im Gedränge vor dem Janitorischen Warenhaus wurde er von seiner Mutter getrennt. Auf dem Wege nach Hause traf er einen gleichaltrigen Kameraden. Die beiden Knaben gingen nun zurück, um zu sehen, was sich bei Janitor ereignen würde. Da gerieten sie dann in die Menschenmenge, die von Schutzmännchen die Veteranenstraße hinaufgedrängt wurde bis auf den sogenannten Veteranenberg. Dort lag ein Sandhaufen und Steine. Einige junge Leute von 17—18 Jahren hatten Steine in den Händen. Als der Angeklagte dies sah, sagte er zu seinem Kameraden: Du, die wollen schmeißen, komm, wir gehen nach Hause. Der Angeklagte entfernte sich dann auch aus der Menge. Da kam ein Schutzmännchen auf ihn zugeritten. Um sich nicht überreifen zu lassen, machte sich der Angeklagte schleunigst davon. Der reitende Schutzmännchen verfolgte den Knaben, der, von Angst ergriffen, weiter rannte und in einem Schanlokal Zuflucht suchte. Der Schutzmännchen ließ durch den Wirt den Knaben herausbringen und bezichtigte ihn, er habe mit einem Stein geworfen.

Ruhig und sicher machte der Knabe auf der Anklagebank diese Angaben. Der vorstehende Richter aber fiel ihm öfter mit erregter Stimme ins Wort und sagte: Was habt Ihr überhaupt dabin zu gehen, wo ein Aufruf ist? Warum macht Ihr nicht, daß Ihr ins Bett kommt, wo Ihr hingehört? Solche halbwegsige Jungens müssen ihre Nase überall hineinstecken. Was müßt Ihr Euch denn dazwischen mengen, Ihr Bengel!

Der als Zeuge vernommene reitende Schutzmännchen Stof gibt an: Als die Menge — es waren etwa 2000 Personen — zurückgedrängt war und er, der Schutzmännchen, feht gemacht hatte, prasselte ein Hagel von Steinen hinter ihm her. Einige Steine trafen ihn im Rücken. Er habe gesehen, daß der Angeklagte einen Stein warf. — Als der Vorstehende dem Zeugen vorhielt, wie er denn das sehen konnte, da doch die Steine hinter ihm geworfen wurden, sagte der Zeuge, er habe sich einmal umgedreht und dabei gesehen, daß der Angeklagte warf.

Der Kamerad des Angeklagten, Arbeitsbürsche Ratsche, bekräftigt die Angaben des Angeklagten. Er befand sich immer an dessen Seite und hat nicht gesehen, daß der Angeklagte geworfen oder auch nur Anstalten zum Werfen getroffen hat. — Auch diesem Zeugen gegenüber schlug der Vorstehende denselben Ton an, den er dem Angeklagten gegenüber gebraucht hatte. Schon ehe noch die Vernehmung begann, herrschte der Richter den Zeugen mit den Worten an: Du hast Dich auch in den Aufruf gemischt? Was hast Du da zu suchen? Warum gehst Du nicht nach Hause?

Das Gericht verurteilte den Angeklagten, wie der Amtsanwalt beantragt hatte, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu einem Verweise. Wie der Vorstehende in der Urteilsbegründung sagte, ist das Gericht durch die Aussage des Schutzmännchens von der Schuld des Angeklagten überzeugt. Wenn auch der Zeuge Ratsche bekräftigt hat, daß der Angeklagte geworfen hat, so habe doch der Schutzmännchen bezeugt, daß ein Irrtum seinerseits ausgeschlossen sei. Wäre der Angeklagte über 18 Jahre alt, so hätte er eine Gefängnisstrafe von mindestens 14 Tagen bekommen. Wegen seiner Jugend läme der Angeklagte mit einem Verweise davon. Die Strafe, welche der Angeklagte eigentlich verdient habe, wäre eine tüchtige Tracht Prügel. Leider sei das Gericht nicht in der Lage, diese Strafe zu verhängen. Es sei Sache des Vaters (derselbe war als Rechtsverwandt seines Sohnes anwesend), diese Strafe zu vollstrecken. Hoffentlich folgt der Vater des verurteilten Knaben der Meinung des prägelstfreundlichen Richters nicht, sondern legt gegen das Urteil Berufung ein. Der Richter hat offenbar recht irrtige Anschauungen nicht nur über Erziehung durch Prügel, sondern auch über die dem Richter obliegende Pflicht, die Jugendaufgaben zu bewerten. Das Urteil legt entscheidenden Wert darauf, daß der Zeuge erklärt habe, ein Irrtum seinerseits sei ausgeschlossen. Nun mühte ein psychologisch vorgebildeter Richter wissen, daß jeder Zeuge, der nicht einen fabelhaften Falschheit leistet, glaubt, sich nicht zu irren, daß aber kein Zeuge wissen kann, ob er sich nicht irrt. Des Richters Aufgabe ist, zu erforschen, ob ein Irrtum vorliegen kann. Und der ist vorliegend außerordentlich naheliegend.

Es ist eine bekannte Erscheinung, daß ein Mensch, der sich in Aufregung, in Eile oder in Verrichtung eines bestimmten Dienstes befindet, der seine Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt, die Wirklichkeit nicht wiederzugeben vermag. Im vorliegenden Fall wurde der Schutzmännchen von hinten geworfen, er glaubt sich umgedreht und als einen Täter den Knaben gesehen zu haben — unter solchen Umständen ist ein Irrtum mehr als wahrscheinlich, zumal, auch wenn das plötzliche Umdrehen des Zeugen nicht erfolgt wäre, ein Irrtum bei der Erkennung eines Zeugen aus einer etwa 2000 Menschen umfassenden Menge, insbesondere in einer nur mangelhaft beleuchteten Straße wie die Veteranenstraße, sehr leicht ist. Doch der Irrtum nicht weis, daß er sich geirrt hat, liegt im Wesen des Irrtums. Eine Bekundung des Gegenteils ist völlig wertlos. Ausschlaggebend kommt zugunsten des Knaben dessen Verhalten vor dem Aufruf in Betracht.

#### Zur Verbreitung von Druckschriften.

Ein Anwalt Niedballa hatte in einem Walde in der Gegend von Beuthen Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubnis verteilt und für seine Tätigkeit 1 R. erhalten. Obgleich ihm das Gericht nicht widerlegen konnte, daß er nicht gewerbmäßig Flugblätter verteilt, erkannte gegen ihn die Strafkammer auf eine Geldstrafe, weil eine Zuwiderhandlung gegen § 10 des alten preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 vorliege. Gegen seine Verurteilung legte R. Revision beim Kammergericht ein, welches unter Aufhebung der Vorentscheidung R. freisprach, indem u. a. von folgenden Erwägungen ausgegangen wurde: Die Vorschrift des § 10 des preussischen Preßgesetzes habe sich gemäß § 30 (2) des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 infoweit in Geltung erhalten, als das unentgeltliche öffentliche Verteilen von Bekanntmachungen, Aufzügen und Plakaten in Betracht komme. Da aber R. für das Verteilen der Druckschriften 1 R. erhalten habe und ein Scheingeschäft nicht anzunehmen sei, könne eine Verurteilung auf Grund der Vorschriften des preussischen Preßgesetzes nicht erfolgen. Eine Verurteilung auf Grund der Gewerbeordnung erscheine deshalb nicht zulässig, weil R. nach der Bestimmung des Vorderrichters nicht gewerbmäßig gehandelt habe.

#### Wieder ein Landfriedensbruchprozess.

Im unterfränkischen Steinbruchsgebiet tobte im vorigen Sommer ein langwieriger Streit, der zuletzt durch des prozessorische Auftreten der Streitbrecher und Steinbruchbesitzer und durch die Schneidigkeit der Polizei eine äußerst gespannte Situation schuf. Die Streitenden wurden eines Tages von den beiden kommenden Streitbrechern durch höhnische Juruse betört gereizt, daß sich eine Keilerei entspann, die Veranlassung zu mehreren Landfriedensbruchprozessen gab. Der eine wurde schon vor einigen Monaten durchgeföhrt und endete mit der Verurteilung von 11 Angeklagten zu Gefängnis von drei Monaten bis zu einem Jahre. Neuerdings hatten sich wieder sechs Steinarbeiter wegen Landfriedensbruchs vor dem Würzburger Schwurgericht zu verantworten. Von den 30 Zeugen konnte kein einziger Belastendes für einen der Angeklagten auslegen. Einer sagte aus, er habe sich die Angreifer genau ansehen, aber von den Angeklagten sei keiner dabei gewesen. Nur der mitangeklagte Steinarbeiter Knöchel, der sich in der Rolle des reuigen Sünder gefiel, gab an, er und zwei andere von den Angeklagten hätten den genannten Zeugen mißhandelt. Auf seine Aussage hin sprachen die Geschworenen das Schuldig aus! Es wurden Strafen von 5, 6 und 7 Monaten ausgesprochen, ein Jugendlicher wurde freigesprochen. Knöchel kam wegen seiner „Aufrichtigkeit“ mit 2 Monaten davon.

### Vermischtes.

#### Unwetter in Westeuropa.

In Westdeutschland und Holland hatten Schneestürme und Hochwasser noch an. Einer Meldung aus Köln zufolge wurden einzelne mitteldeutsche Bezirke in der letzten Nacht von starken Schneeverwehungen heimgesucht, die im Bahnverkehr große Störungen hervorriefen. Infolge des Eisganges auf dem Rhein wurde die Brücke bei dem Orte Michelau völlig zerstört. Die Bahn führt durch die vom Hochwasser überfluteten weiten Niederungen. Auch von der Elbe und Rabe werden aus den Siegesgegenen Hochwasser gemeldet. Von einzelnen gefährdeten Stellen ist militärische Hilfe erbeten worden.

worden. — Infolge des starken Nordweststurmes ist auch, wie weiter gemeldet wird, die Maas über die Ufer getreten und überflutet weite Strecken. Die Stadt Schiedam steht zum Teil unter Wasser, große Mengen Eischollen treiben in den Straßen, die gegen die Häuser anprallen und großen Schaden verursachen.

Eine Porzellanfabrik verbrannt. Aus Konin (Frankreich) wird berichtet, daß die große Porzellanfabrik von Chassiniere durch einen Feuerschicksal total eingestürzt wurde. Der Schaden wird auf eine halbe Million Frank veranschlagt.

Ein englischer Dampfer gestrandet. Aus Rughaven wird gemeldet: Der von Hamburg kommende englische Dampfer „City of Dortmund“ ist bei Tonne D auf Schardörren gestrandet. Der Dampfer ist später mit Hilfe von sechs Schleppdampfern abgeschleppt und in den hiesigen Hafen eingebracht worden.

Eine Familie verhängt. Madrider Meldung zufolge ist bei Jella (Provinz Murcia) vorgestern die Mauer eines Wohnhauses eingestürzt, wobei eine ganze Familie verhängt wurde. Drei Personen sind tot, zwei schwer verletzt.

Vom Wirbelsturm getötet. Nach einer Meldung aus Hazelhurst (Mississippi) sind durch einen Tornad, der große Verheerungen anrichtete, über 20 Personen getötet und gegen 40 verletzt worden.

Künftiger Marktbericht der künftigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft reger, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise fast unverändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise normal. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft matt, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Butter: Zufuhr sehr knapp, Geschäft ruhig, Preise für Butter anziehend. Eier: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Obst und Gemüse: Zufuhr über Bedarf, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

#### Witterungsübersicht vom 3. Februar 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Zwettendorf	767	SW	1	Dunst	-3	Lobananda	754	SW	4	bedeckt	-6
Hamburg	769	SW	3	bedeckt	-3	Petersburg	764	SW	1	bedeckt	-2
Berlin	769	SW	2	bedeckt	-3	Seitz	772	SW	4	bedeckt	-5
Kranz a R	769	SW	1	bedeckt	-3	Aberdeen	757	SW	3	bedeckt	-7
München	769	SW	2	Schnee	-7	Paris	771	SW	2	wolkig	-5
Wien	762	SW	2	bedeckt	-2						

Wetterprognose für Dienstag, den 4. Februar 1908. Etwas wärmer bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden und zunehmender Bewölkung; geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

#### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 2. 2. 1908	seit 1. 2. 1908	Wasserstand	am 2. 2. 1908	seit 1. 2. 1908
Remel, Mühl	250 <sup>0</sup>	-2	Saale, Großh.	130	-15
Bregel, Ankerburg	229 <sup>0</sup>	-8	Saale, Spanbau <sup>0</sup>	130	-3
Beisel, Thorn	246 <sup>0</sup>	0	Saale, Rathenow <sup>0</sup>	148	-3
Ober, Rathor	148	-12	Spree, Spremberg <sup>0</sup>	—	—
Krossen	176	+2	Westm.	164	0
Reussfurt	198 <sup>0</sup>	+17	Weser, Müden	13 <sup>0</sup>	-21
Wärthe, Scharlum	238	+8	Weser, Müden	153	-23
Landberg	163 <sup>0</sup>	-1	Rhein, Mainz-Kastell	229	-9
Rehe, Nordam	82	0	Rhein, Kastel	222	-8
Elbe, Lohme	45	-33	Rhein, Köln	305	-12
Bresden	47	-19	Redar, Heildorn	40	-24
Barbo	263 <sup>0</sup>	+43	Rhein, Wertheim	201	-35
Magdeburg	208	+30	Weser, Lier	134	-23

0 + bedeutet Hoch, - Fall, - ? Unterpegel, - ? Eisstand, - ? eisfrei, - ? mäßiger Eisgang, - ? schwaches Grundeis.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Möbelpolierer

**Julius Richter**  
am 1. Februar gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Niddorf, Hermannstraße, aus statt.  
79/3 Die Ortsverwaltung

Am 1. Februar verschied nach langen schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Schriftföhrer

**Paul Trupke.**  
Um stillen Beileid bitten  
Die Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch am 7. Uhr von der Leichenhalle des neuen Niddorfer Friedhofes am Warlendorfer Weg aus statt.  
29068

**Verband der Schneider und Schneiderinnen.**  
Todes-Anzeige.  
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege

**Friedrich Schilke**  
im Alter von 74 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Filiale I. Die Ortsverwaltung

**Dankfagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter  
**Wilhelmine Tauer**  
sagen allen unseren herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Zahn-Klinik.** Preise billige Teilzahlung.  
Olga Jacobson, Straße 145.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und reichlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes und Vaters

**Gustav Zargus**  
sagen allen Verwandten und Bekannten sowie dem Verband der Köpfer und dem Fußballklub „Gutha“ unseren innigsten Dank.  
28826 Die Hinterbliebenen.

**Dankfagung.**  
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters, des Volkstanzführers

**Albert Grothe**  
sagen wir allen Beteiligten, besonders dem Verbande deutscher Transportarbeiter und den Kollegen der Firma Reuß u. Jüge, unseren besten Dank.  
Wwe. Clara Grothe und Söhne.

**Stenographie.**  
Wiederum ist tollbegierigen Arbeitern Gelegenheit gegeben, an einem Kursus in der deutschen Volkstanzschrift teilzunehmen. Der Unterricht ist unentgeltlich. Lehrmittel 2 R.  
Der Unterricht beginnt Donnerstag, den 6. Februar, abends 7,9 Uhr, in folgenden Lokalen: Hagenbergstr. 23 bei Libele; Schallgerstr. 103 bei Scapentin; Brunnenstr. 79 bei Döhling, genannt Schallger; Kömigsbergerstr. 31 bei B. A. Niddorf, Hermannstr. 22 bei Ladewig & Arbeiter-Stenographenbund (System Berns) Mitgliedschaft Berlin.

**Tanzlehrer-Verband „Solidarität“**  
Berlins und Umgegend.  
Freitag, 7. Februar, abends 9 Uhr, im Lokale von Gahn, Or. Frankfurterstr. 74:  
Beschließende Versammlung.  
Erscheinen aller Kollegen unbedingt notwendig.

**W. Schellha,** beschäftigt im Lokale von R. A. Nger, Niddorf, Aniebedstr. nicht Mitglied unseres Verbandes ist.  
Der Vorstand, J. A. Richard Heintz.

**Kautabake, Rauch-, Schnupstabake,**  
Zigaretten und Zigaretten für Wiederverkäufer billig.  
F. August Schmidt, Köpenicker Straße 116.

**Blumen- und Kraumbinderei von Robert Meyer,**  
nur Mariannen-Straße 2.

**W. Hermann Müller,**  
Magazin Nr. 14.  
Java-Sumatradecken  
mit schönen, hellbraunen Farben und taubellosem Trande  
Kr. 5006 à 2.80 / pro Pfland  
Kr. 5067 à 2.50 / verzollt.

**Heinrich Franck**  
Berlin N., Brunnenstr. 183.  
Geschnittene Einlage. Eigene Maschinen 110, 125, 140 Pfa.

## Wie Baby gesund wurde.

Händchen auf Mammas Schoße  
Sitzt so wohl, ist so weich,  
Und doch sind die Neugeburtstränke,  
Das Gesichtchen ist so bleich,  
Was nur fehlt dem süßen Süßchen,  
Spricht Mammas zum Papa,  
Früher war er roß und rundlich,  
Nun ist er jetzt bleich!

Nährte sich auch sonst mit Eß,  
Trank die Milch immer leer,  
Heute scheint sie ihm zuwider,  
Er begehrt sie gar nicht mehr,  
Mammas laß den Doktor rufen,  
Dah er prüfe, was es sei,  
Händchen braucht vielleicht ein Pulver,  
Oder andre Arznei!

Schick zu unserm Arzte geh' ich,  
Spricht Papa mit gutem Will,  
Reimt er doch den lieben Jungen,  
Wiß nur sein und unser Glück!  
Und er geht und kehrt wieder,  
Und in seiner Rechten blinzt,  
Dell ein herrlich gelbes Süßchen,  
Dah er triumphierend schwingt.

Doktor läßt das Händchen grüßen,  
Wahre gleich zur Hälfte hat,  
Unter laßt so munteres Süßchen,  
Braucht ein Pulver, in der Tat,  
Fein und gelblich ist sein Ansehen,  
Nebst Kind noch hart gemacht,  
Schmeckt es süß doch und es wird erst  
Süßlich im Wasser aufgelöst!

Sei, wie unser Händchen pappte,  
Lustig war es anzusehen,  
Wahre immer mehr noch haben,  
Denn es schmeckte wunderbar!  
Nun auch machte sich die Wirkung  
Vor den Augen aller kund:  
Händchen braucht stark und kräftig,  
Wurde wieder voll und rund.

Und wie nennt sich dieses Pulver,  
Dah so Kraft und Stärke gibt,  
Weil es reich an Nährstoffstoffen  
Und bei Kindern so beliebt?  
Nun, wer dies nicht schon erlesen,  
Geht damit wohl nicht mehr fehl —  
Schon seit mehr als vierzig Jahren  
Reimt man Reile's Kinderweil.

## Bolero

ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die feinste 2 Pf.-Zigarette

Garantiert Handarbeit!

1000 wertvolle Geschenke!

für die Leser d. „Vorwärts“  
Jeder, der bei uns einen 10 Pfund Emallos - Eimer Pflanzenmilch franks für Mk. 2.65 oder einen 10 Pfund-Emallos-Eimer künstlich Honig franks für Mk. 3.25 oder 8 Pf. feinstes - Dalkat-Margarin - in 1 Pfd. - Stücken franks für Mk. 5. - bestellt, erhält ein wertvolles Geschenk.  
Keine Nebenkosten.  
Schreiben Sie sofort, da nur 1000 Geschenke für die Leser des „Vorwärts“ ausgesetzt sind. 292/15  
Versand-Gesellschaft  
Magdeburg 90, Postfach 171.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, 4. Februar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Lothengrin. (Anfang 7 Uhr.)  
Königl. Schauspielhaus. Auf Riffenskoog  
Deutsches. Die Räuber.  
Kammerspiele. Liebeslet. (Anfang 8 Uhr.)  
Soyting. Die Handersküte.

Anfang 8 Uhr.  
Festung. John Gabriel Borkman.  
Berliner. Blaubart.  
Neues. Baccarat.  
Neues Schauspielhaus. Wollenfrager.  
Theater an der Spree. Ein kritischer Tag.

Schauspielhaus. Panne.  
Schauspielhaus. (Haller-Theater.)  
Gebildete Menschen.  
Schiller-Charlottenburg. Der Hexenkessel. Sammergrün.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Sein Prinzgehen.  
Hebbel. Maria Magdalena.  
Königliche Oper. Carmen.  
Wochen. Ein Walzertraum.  
Kleines. Mandragola.  
Reisende. Bibi.

Luisen. Des Mädchens Lebenswege.  
Trianon. Baron Tolo.  
Thalia. Zimmer oben auf.  
Bernhard Hofe. Der Hüttenbesitzer.  
Bürgerl. Schauspielhaus. Die Kinder der Erde.  
Metropol. Das muß man sein.  
Apollo. William der Moderne.  
Vieles Caprice. Mal was andres.  
Dunkle Punkte. Eine anständige Frau.

Gebr. Herrfeld. Salomonisches Urteil.  
Kassio. Die Freuden der Häuslichkeit.  
Wintergarten. Otto Reutter. Spezialitäten.  
Wahage. Danny Gürtler. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Carl-Gaberland-Theater. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.

Polles Vergere. Spezialitäten.  
Urania. Taubenstraße 49/50.  
Theater 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.  
Schauspiel 6 Uhr: Prof. Dr. Denath: Elektromechanik.  
Schauspiel 8 Uhr: Dr. C. Thesing: Die Darwinsche Theorie.

**Blaubart**  
Neues Theater.  
Anfang 8 Uhr.  
Baccarat.  
Mittwoch und Donnerstag: Baccarat.  
Freitag zum ersten Male: Simon.

**Kleines Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Mandragola.  
Mittwoch: Mandragola.  
Donnerstag: Mandragola.  
Freitag: Mandragola.  
Sonabend: Mandragola.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Ein Walzertraum.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Die lustige Witwe.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.  
Sein Prinzgehen.  
Lustspiel in 3 Akten v. Schöler-Parasini.  
Anfang 8 Uhr.  
Mittwoch: Arienschildes Rache.  
Donnerstag: König Heinrich.  
Freitag: Sein Prinzgehen.

**Lortzing-Oper.**  
Belle-Alliance-Straße 7/8.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Die Zauberflöte.  
Mittwoch: Don Juan.  
Donnerstag: Der Trompeter von Siedingen.

**Hebbel-Theater.** Königgräber.  
Abends 8 Uhr: Maria Magdalena.  
Bürgerliches Trauerspiel in 3 Akten von Friedrich Hebbel.

**Residenz-Theater.**  
— Direktor: Richard Alexander. —  
8 Uhr. 8 Uhr.  
„Bibi.“  
Schwan in 3 Akten von de Gorge und de Marion.  
Deutsch von R. Schönan.  
Berühmt. Richard Alexander.  
Sonntag, den 9. Februar, nachm. 8 Uhr: Der Hüttenbesitzer.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
Panne.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 49/50.  
Theater abends 8 Uhr:  
Kairo und die Pyramiden.  
Hörsaal 6 Uhr: Prof. Dr. Denath: Elektromechanik.  
Hörsaal 8 Uhr: Dr. C. Thesing: Die Darwinsche Theorie.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Des Mädchens Lebenswege.  
Mittwoch und Donnerstag: Des Mädchens Lebenswege.  
Freitag: Der eingebildete Kranke. (Geschlossene Vereinsvorstellung.)  
Sonabend 4 Uhr: Robinson Crusoe.  
Abends: Des Mädchens Lebenswege.  
Sonntag nachm.: Wallensteins Tod.  
Abends: Des Mädchens Lebenswege.  
Montag: Des Mädchens Lebenswege.

**Theater an der Spree**  
Kopernikus-Straße 68.  
Anfang 8 Uhr.  
Der kritische Tag.  
Mittwoch: Hofspott.  
Donnerstag: Der kritische Tag.  
Freitag: Hofspott.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Dr. Frankfurterstr. 182.  
Der Hüttenbesitzer.  
Akte: Anna Bergs vom Fr.-Wilh. Schauspielhaus a. G.  
Suzanne: Grete Vödt a. G.  
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16.  
Zum 24. Male:  
In der Irre.  
Schausp. nach d. Roman. „Roman.“  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Wohn d. „Roggen.“ bedeutet Ermüdung.  
Norgen: Gr. Bodierfest u. Ball.

**Metropol-Theater**  
Das muß man seh'n!!  
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bilden) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.  
Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.

**Die Herren von Maxim.**  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.  
Sonntag, 9. Febr., nachm. 3 Uhr:

**Apollo Theater**  
9 1/2 Uhr. Täglich: 9 1/2 Uhr.  
Mitslaw der Moderne.  
Operette von F. Lehár.  
In Szene gesetzt v. Direkt. R. Schler.  
Dirigent: Kapellmeister 3. Gindobhofer.  
Amarant: Mia Werber als Gast.  
Dazu ab 8 Uhr:  
Die glänzenden neuen Attraktionen.

**WINTERGARTEN**  
Otto Reutter.

Les Fleury in ihren Pariser Typen.  
De Olo, Phantasie-Tänze.  
Sam Elton, komischer Jongleur.  
Tiller girls: „Am Meeresstrand“.  
Cécile Thövenet, Sängerin von der Opéra comique in Paris.  
Kelly und Agnes, amerikanische Exzentriker.  
Rocher, Affen-Theater.  
Die goldene Sirene.  
Pomponetta, Pariser Tänzerin.  
Müllmann Trio, Drahtseilakt.  
Die 2 Rosen, gymnastischer Akt.  
Der Biograph.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Danny Gürtler  
Der König der Böheme

und das große Februar-Programm!

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Reichshallen-Restaurant:  
Bockbierfest mit groß. Militär-Konzert.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
Gebildete Menschen.  
Volksstück in 3 Aufzügen von Viktor Léon.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
Der rote Leutnant.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Der rote Leutnant.  
Schiller-Saal (Schiller-Theater) Charlottenburg.  
Dienstag 8 Uhr: Siedcrabend. (Ez. Schönmann (Gesang), Erich J. Wolf (Klavier).

**Kunst-Abend**  
arrangiert von Margarete Walkotte.  
Mitwirkende:  
Margarete Walkotte  
Herr Dr. Max Müller  
Fr. Käthe Diets, Konzert-  
sängerin & Herr Hans  
Frey vom Apollo-Theater  
Entree 60 Pf. im Vorverkauf.  
Anfang 7 1/2 Uhr. [282/12\*]  
Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelufer 15.  
Fr. Annie Luxenburg  
Violinvirtuosin & Fräulein  
Elisabeth Sonntag,  
Pianistin u. Herr Bernhard  
Nitzsche, Pianist a. Flügel.  
Abendkasse 75 Pf.  
Anschließend B A L L.  
Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelufer 15.

**Zirkus Schumann**  
Dienstag, 4. Februar, 7 1/2 Uhr:  
Brillante Vorstellung.  
Neu engagiert! Neu engagiert!  
Mr. Resisto  
der menschliche Leuchter, welcher  
300 000 Volt tödlich wirkenden Strom  
durch seinen Körper läßt, usw.  
Profingiert:  
Klein Family  
Radfahrer-Truppe mit dem utom.  
Reger und Jamil. Reubellen.  
Um 9 1/2 Uhr die glänzendste aller  
Ausstattungsphantomien:

**Amerika**  
zur Zeit der Sklaverei und Trachten  
von 1861—1863.  
Mädchen mit natürlicher Dammsprache  
bei einer Brandfeintropfen in einem  
Hotel usw.

**Gebr. Herrfeld-  
Theater.** Vorverk. 11-2 Uhr.  
57 Kommandantenstraße Nr. 67.  
Herrfeld-Premiere  
Salomonisches  
Urteil.  
Ein Nachspiel zu  
Papa und  
Genossen  
mit den Autoren in den  
Hauptrollen.  
Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr.  
Baron Toto.  
Sonnt. nachm. 3 Uhr: Gastons Frauen.

**Fröhels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 143.  
Dienstag, den 4. Februar 1908:  
Der Sonnwendhof.  
Volkschauspiel in 5 Akten von  
S. H. Rosenthal.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Palast-Theater**  
Burgstraße 24.  
Heute 8 Uhr  
Entree 20 Pf.  
Der Februar-Spielplan.  
12 Attraktionen 12  
Jede Nummer ein Schlager!  
Haus in der Falle.  
Schwan von S. Stephan.

**Rajino-Theater.**  
Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
Hanni weint — Hans lacht  
Neu! Steidl-Duo. Neu!  
Neu! Der armenische Rigamar. Neu!  
Neu! Kai Galtat. Neu!  
Die Freuden d. Häuslichkeit.  
Sonntag 4 Uhr: Wiederleute.

**Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt III, 4835.

**Achtung!**  
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees  
und Saalhabern unseren  
kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.  
Geschäftszeit täglich von 10 1/2—1 Uhr mittags.  
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.

**Engelhardt-Malzbier** das hellesste,  
überall käuflich.  
Preis 10 Pf. pro Flasche.  
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.  
Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

**Freie Volksbühne**  
Die Mitglieder der I. Abteilung, die die nächste  
Vorstellung im „Berliner Theater“ am 21. April  
(3. Osterfeiertag), nachmittag, nicht besuchen können, müssen  
ihre Adresse bis zum 1. März an die Geschäftsstelle ein-  
senden. Ebenso werden die Mitglieder anderer Abteilungen,  
die an Stelle der verhinderten Mitglieder am 3. Oster-  
feiertag die Vorstellung besuchen können, gebeten, ihre  
Adresse anzugeben.

**Wagner-Feier**  
Sonabend, den 15. Februar, pünktlich 8 1/2 Uhr,  
im Mozartsaal,  
unter Mitwirkung des Mozartorchesters (Dirigent Kapell-  
meister A. Mendel), des Violinsolisten Konzertmeisters Meyen  
und der Wagnerängerin Fräulein Liesi Kurz.  
Festmarken à 30 Pf., Gastkarten à 1,25 M. in den Zahlstellen.  
Freitag, den 7. Februar, 8 1/2 Uhr:  
Lortzing-Theater: 23. (III.) Abend-Abteilung.  
Die Entführung aus dem Serail.  
Luisen-Theater:  
21. (I.) Abend-Abteilung.  
Der eingebildete Kranke.  
Neue Mitglieder werden in allen Zahlstellen aufgenommen.

**Gastkarten a 1 Mark**  
in allen Zahlstellen und im Theater bei dem Obmann.  
Sonntag, den 9. Februar, nachm. 3 Uhr:  
Berliner Theater 5. & 6. Abteilung: Ledige Leute.  
Neues Schauspielhaus 10./11. Abteilung: Iphigenie auf Tauris.  
Freitag, den 21. Februar,  
im großen Saale des Gewerkschaftshauses:  
27. Kunstabend.  
Lichtbildvortrag des Kunstschrift-  
stellers Herrn J. A. Lux-Dresden.  
Einlaßkarten in allen Zahlstellen von nächster Woche  
ab zu haben. Der Vorstand. In Vert.: G. Winkler.

**Walhalla-  
Varieté-Theater**  
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Ter.  
Anfang 8 Uhr.  
Das großartige neue  
Februar-Programm!  
Dressierte  
Löwen, Tiger, Leoparden,  
vorgeführt von R. Havemann,  
und die übrigen glänzenden  
Variétékünstler.  
Tunnel: Bockbierfest, Regiments-  
kapelle usw.  
Theaterbesuchern freier Eintritt.

**Gustav  
Behrens-  
Theater.**  
Berlin W.,  
Goltzstr. 9.  
Das glänz. Februar-Programm  
Kouskaletta - Truppe. Rumänisch-  
schöne Gefänge u. Tänze. 4 Per)  
Skandal im Theater,  
Volksstück mit Gesang.  
Außerdem: 16 Spezialitäten.  
Jeden Abend: Ouskos Kinematograph.  
Anfang 8 Uhr, Sonntag 5 1/2 Uhr.  
Jeden Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr:  
Große Kinder-Vorstellung.  
10, 20 und 30 Pf.

**Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
im Theatersaal täglich:  
Albert Böhme  
und das  
großartige Februar-Programm.  
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich  
die allerersten Militär-  
Kapellen: Beder, Bragmarst,  
Götsch, Reumann, Offener,  
Lüttich.

**Happoldt's**  
Neuer Konzertsaal.  
Dienstag:  
Wiener Komponisten-Abend.  
Entree 30 Pf.

**Albert Böhme**  
und das  
großartige Februar-Programm.  
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich  
die allerersten Militär-  
Kapellen: Beder, Bragmarst,  
Götsch, Reumann, Offener,  
Lüttich.

**Neue Welt**  
Hafenstraße 108—114.  
Größtes und originellstes  
Bockbierfest  
Berlins.  
Heute Elitetag!  
Prämierung  
des größten  
Glockenhutes.  
3 Preise: 60, 40, 20 M.  
Melungen bis 10 Uhr a. d. Kasse.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

**Albert Böhme**  
und das  
großartige Februar-Programm.  
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich  
die allerersten Militär-  
Kapellen: Beder, Bragmarst,  
Götsch, Reumann, Offener,  
Lüttich.

**Sanssouci** Kottbuser  
Straße 6.  
Direktion: Wilhelm Raimor.  
Heute Dienstag:  
Zweites Gastspiel  
des  
Buchwald-Ensembles  
Bunter Abend.  
Tanzkränzchen.  
Erstklassige Künstler!  
Sonntag Beginn 5. Wochent. 8 Uhr.

**Albert Böhme**  
und das  
großartige Februar-Programm.  
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich  
die allerersten Militär-  
Kapellen: Beder, Bragmarst,  
Götsch, Reumann, Offener,  
Lüttich.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel. Neues Katalog  
m. Empfehl. viel. Avaris u. Prof. grad. u. Dr.  
H. Unger, Gumbarowstraße  
Berlin NW. Friedrichsraas - 41/22.

**Albert Böhme**  
und das  
großartige Februar-Programm.  
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich  
die allerersten Militär-  
Kapellen: Beder, Bragmarst,  
Götsch, Reumann, Offener,  
Lüttich.

**Schlechtchreibende**  
Personen mögen ihre Adressen ein-  
senden; ich habe ihnen eine hoch-  
wichtige Mitteilung zu machen. 29003  
H. Eichhorn in Lübeck 59.

**Albert Böhme**  
und das  
großartige Februar-Programm.  
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich  
die allerersten Militär-  
Kapellen: Beder, Bragmarst,  
Götsch, Reumann, Offener,  
Lüttich.

**Wegen Erbschaft**  
suche die Erbin des Arbeiters Karl  
Schneider, Anna Uebelgeb geb.  
Deß, geboren den 26. Januar 1863  
zu Bilkau. Auskunft erteilt  
J. H. Plate,  
Döbbsheim bei Reubach (Ost).

**Albert Böhme**  
und das  
großartige Februar-Programm.  
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Im unteren Konzertsaal täglich  
die allerersten Militär-  
Kapellen: Beder, Bragmarst,  
Götsch, Reumann, Offener,  
Lüttich.

**Wegen Erbschaft**  
suche die Erbin des Arbeiters Karl  
Schneider, Anna Uebelgeb geb.  
Deß, geboren den 26. Januar 1863  
zu Bilkau. Auskunft erteilt  
J. H. Plate,  
Döbbsheim bei Reubach (Ost).



Der Kreiswahlverein von Niederbarnim

hielt seine Generalversammlung am Sonntag im Weigel'schen Saale zu Rummelsburg ab. Der Vorstand legte einen ge-

Jahresbericht

vor, dem wir folgendes entnehmen: Zur Erledigung der Geschäfte hielt der erweiterte Kreisvorstand 8. der engere Vorstand 14 Sitzungen ab, ferner fanden 3 Kreisgeneralversammlungen statt. Zur Gewinnung von „Vorwärts“-Abonnenten wurde am 24. Februar ein Flugblatt in 102 500 Exemplaren verbreitet. Im Oktober wurden 87 500 Exemplare der Agitationsnummer des „Vorwärts“ verteilt. Die Anzahl der für den Jandorf-Vorhof verbreiteten Flugblätter betrug 90 000. Von der Proschüre: „Eine Abrechnung mit dem Reichslügenverband“ wurden 28 000, von der Proschüre: „Womit man vor Sozialdemokraten graulich macht“ 6000 Exemplare verbreitet. 68 Agitationsstouren wurden unternommen und dabei 28 500 Kalender „Märkischer Landbote“, 350 000 Flugblätter, sowie die „Fackel“ verbreitet. Es fanden 253 Vereins- und 122 öffentliche Versammlungen statt. An den am Vormittag des 1. Mai abgehaltenen Demonstrationen beteiligten sich 6199 Genossen. — Die Kreiswahlvereine des Kreises sind auf 9388 N. — In den Gemeindeparlamenten haben unsere Genossen mit gewohnter Emsigkeit gearbeitet und unsere Forderungen zur Geltung zu bringen versucht. Die Städte Oranienburg, Bernau und vor allem die jüngste Stadt des Kreises, Lichtenberg, haben Neuwahlen und Ersatzwahlen mit Erfolg bestanden. — Die Zahl der organisierten Genossen ist wieder in erfreulicher Weise gewachsen. Im Jahre 1903 waren es 4150, im Jahre 1905 6090, im Jahre 1907 6205, nach den statistischen Erhebungen der Wahlvereine Groß-Berlins 6654 organisierte Parteigenossen. Am 31. Dezember 1907 wurden nach dem im abgelaufenen Jahre verkauften Beitragsmarken 7310 zur Generalversammlung Groß-Berlins vollberechtigte Mitglieder gezählt. Die Jahresberichte der einzelnen Wahlvereine des Kreises ergeben einen Mitgliederbestand von 9194. — Bezirkswahlvereine sind neu gebildet worden in Franz-Buchholz, Reinickendorf-West, Wilhelmshagen und Wilhelmshagen. — Anlagen, Polizeistrafen und sonstige Polizeiaktionen sind nicht ausgeblieben. Die Erschießung des Genossen Hermann-Dobner durch einen Gendarm hatz noch der Ehre. Die Polizeiaktion gegen den Frauenbildungverein in Lichtenberg ist für die Urheber der Aktion geradezu schlagend ausgefallen, so daß selbst der Staatsanwalt den Richter gub. — Im Jahre 1906 hatte der „Vorwärts“ im Kreise 12 486, im Jahre 1907 aber 13 570 Abonnenten. — Der Lokalfrage müssen unsere Genossen die größte Aufmerksamkeit zuwenden. In den ländlichen Orten stehen uns nur vereinzelt Lokale zur Verfügung, der beherrschende Druck lastet nach wie vor auf den Wirten. — Die finanziellen Verhältnisse der Kreisorganisation sind im letzten Geschäftsjahre außerordentlich zufriedenstellend gewesen. An den Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine wurden etwa 15 000 M. abgeführt, für entnommene Beitragsmarken 4500 M. Im ganzen sind an den Verband 21 893,52 M. abgeführt worden. An Einnahmen hatte der Kreiswahlverein zu verzeichnen: Monatsbeiträge mit Bestand 19 326,20 M., Bond, Listen, freiwillige Extrabeiträge mit Bestand 18 393,60 M., auf Reichstagswahlen 5990,28 M., durch die Bezirke bei der Reichstagswahl aufgebracht 2389,06 M., insgesamt 41 099,23 M. Dazu kommen noch Sammlungen auf Rufen- und Buchbinderlisten in Höhe von 1819,42 M. Außer den Einnahmen des Kreises haben die Bezirkswahlvereine selbständige Kassen für örtliche Agitation. Die Bestände derselben betragen am Jahres-schluss 4126,91 M.

Dem Vorstandsbericht ist ein

Bericht der weiblichen Kreisvertrauensperson

über die Frauenbewegung im Kreise Niederbarnim angefügt. Der Bericht verzeichnet einen anerkenntnswerten Fortschritt der Frauenbewegung. Die Zahl der Vertrauenspersonen ist von 10 auf 13 gestiegen. Derselben richteten ihr Hauptaugenmerk darauf, aus den Anhängerinnen bewußte Genossinnen und zielstrebige Kämpferinnen zu machen. Besonders erfolgreich konnte sich die Aufklärungsarbeit in den regelmäßig stattfindenden Lesenden gestalten, an denen unter Leitung geschulter Kräfte und unter Beihilfe der örtlichen Vertrauensperson etwa 250 Genossinnen teilnahmen gegen 150 im Vorjahre. 205 Genossinnen leisteten regelmäßig freiwillige Parteibeiträge. 706 Genossinnen (im Vorjahre 543) sind in Frauenbildungsvereinen organisiert.

Nach

Eröffnung der Generalversammlung

gedachte der Kreisvorsitzende Freiwald in ehrenvollen Worten der im vergangenen Jahre gestorbenen Parteigenossen. Die Anwesenden erhoben sich bei diesen Worten.

Dem vorliegenden Geschäftsbericht fügte Freiwald einige Erläuterungen hinzu. Er gedachte der Reichstagswahlen und führte aus, wenn auch der Kreis seit vielen Jahren in unserem Besitz ist, so könne er wegen der vielen ländlichen Bezirke nicht als Hochburg der Sozialdemokratie gelten, denn in vielen kleinen Landorten ist bis jetzt noch nicht eine einzige sozialdemokratische Stimme abgegeben. In denjenigen kleinen ländlichen Orten, wo wir bisher schon Anhänger hatten, ist auch ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Der Redner ging auf die Gemeindevahlen ein. Er bezeichnete den Wahlausfall in Oranienburg als unbefriedigend. Weiter bemerkte er, bei den nächsten Gemeindevahlen müßten auch dort, wo das Hausbesitzerprivileg und einen Erfolg unmöglich macht, Kandidaten aufgestellt und eine energische Agitation betrieben werden. Schließlich gedachte der Redner der preussischen Landtagswahlrechtsbewegung und teilte mit, daß der Aktionsausschuß in seiner letzten Sitzung zu den bevorstehenden Landtagswahlen Stellung genommen hat. Die Agitation in Berlin und die Aufstellung von Kandidaten solle demnächst ins Werk gesetzt werden. Dabei werde Berlin zusammengehen mit den Städten Rixdorf, Schöneberg und Charlottenburg. Groß-Berlin werde auch eine rege Agitation gegen den Entwurf des Reichsvereinsgesetzes betreiben.

Nach Eröffnung der

Diskussion

machte Röber verschiedene Ausstellungen an der Geschäftsführung des Vorstandes. Derselbe habe die Pflicht, den Genossen der Bezirke von allen wichtigen Angelegenheiten Kenntnis zu geben, damit sie dazu Stellung nehmen könnten, ehe die betreffenden Angelegenheiten vor die Generalversammlung kommen. Das hätte auch hinsichtlich der vorliegenden Statutenberatung geschehen müssen. Zur Gehaltserhöhung der „Vorwärts“-Redakteure sei den Bezirken auch nicht Gelegenheit gegeben worden, Stellung zu nehmen. Ueber die Diskussion auf der vorigen Generalversammlung habe der „Vorwärts“ zu wenig berichtet. Protokolle seien nicht geführt, nicht verlesen, in den „Mitteilungen“ werde zu wenig veröffentlicht. Dem Vorstande machte der Redner den Vorwurf, daß er ihm nicht passende Angelegenheiten teilweise und die Opposition niedertrete.

Schumann erklärte den ungünstigen Ausfall der Gemeindevahlen in Oranienburg aus der Zusammenfassung der Einwohner-schaft und der für die Arbeiter ungünstig gelegten Wahlzeit. Alle tätigen Genossen arbeiten außerhalb, die Agitation habe natürlich darunter leiden müssen.

Stadthagen trat den Ausführungen Röbers entgegen. Die Berichte im „Vorwärts“ sollen doch nicht abschwendend, sondern agitatorisch wirken. Deshalb könne auch nicht Notiz genommen werden von Kleinlichen Dingen, die, wie Röbers Ausführungen, sich durch den Ton, aber nicht durch den Inhalt auszeichnen. Für

die Behauptung, die Opposition werde niedergedrampelt, unangenehme Sachen würden totgeschwiegen, habe Röber keine Gründe vorgebracht. Wenn er Beweise für seine Behauptung habe, solle er damit herausrücken. Diese Art des Vorgehens Röbers müsse im Interesse des Kreises und der Partei zurückgewiesen werden. — Röber nahm nochmal das Wort und bezog sich auf eine Angelegenheit persönlicher Natur, die sich im Panower Wahlverein abspielte. Stadthagen habe dort den Standpunkt vertreten, daß er (Röber) Unrecht habe. Die Generalversammlung habe sich aber auf seinen Standpunkt gestellt. Stadthagen habe ihn Polizeispiegel genannt, darüber habe er sich bei dem Fraktionsvorsitzenden beschwert und werde nun, da dieser sich nicht für kompetent erachtet hat, ein Schiedsgericht beantragen. Der Bericht über diese Angelegenheit sei totgeschwiegen worden.

Stadthagen antwortete darauf: Selbst wenn es so wäre, wie Röber sagt, so würde das nicht den Vorwurf rechtfertigen, daß die Opposition niedergedrampelt werde. Mit der von Röber angeführten Angelegenheit verhalte es sich so: Röber habe im erweiterten Vorstand Anschuldigungen gegen Freiwald erhoben. Eine Kommission sei eingesetzt worden, um die Anschuldigungen zu untersuchen. Die Kommission sei zu der Entscheidung gekommen, daß die Anschuldigungen selbigen, daß Röber nicht aus Parteinteresse, sondern aus persönlichen Motiven unwahre oder hin-fällige Beschuldigungen gegen Freiwald erhoben habe. Die Kommission schlug vor, den Panower Genossen zu empfehlen, Röber von seinen Ämtern zu entbinden. Der Antrag wurde im Vorstand angenommen. Die Panower haben, was ihr gutes Recht sei, abgelehnt den Rat zu befolgen. Bei der auf Ersuchen der Panower erfolgten Aussprache habe er nicht gesagt, Röber sei ein Polizeispiegel, sondern seine auf Auseinanderhebung gerichtete Tätigkeit gleiche dem Verhalten von polizeilichen Parteischablonen. Diese Uebergewegung sei lediglich verurteilt. Einem Schiedsgericht sehe er getrost entgegen.

Festgestellt wurde noch auf Anfrage Stadthagens, daß der als Spiegel entlarvte Gräfing aus Panow ohne Abrechnung mit einer Liste verschwunden ist. Die erforderlichen Schritte, um die Liste und das auf derselben gezeichnete Geld zu erhalten, will der Kreisvorsitzende einleiten.

Auf eine Anfrage, ob dem Vorstande bekannt sei, daß bei der Vergabung der Ausführung des Auer-Denkmal Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, antwortete Freiwald: Von allem, was in dieser Hinsicht in Berliner Versammlungen vorgebracht wurde, könne nur die Behauptung vielleicht begründet sein, daß bei Herstellung des Denkmals unorganisierte Bildhauer beschäftigt werden. Der Aktionsausschuß werde untersuchen, ob diese Angabe begründet ist.

Darauf erstattete der Kreis Kassierer Seikel den

Kassenbericht.

Seine Einnahmen betragen 19 326,20 M., die Ausgaben 17 754,05 M., bleibt ein Bestand von 1572,15 M. Der Redner gab zu den einzelnen Posten der Abrechnung eingehende Erläuterungen, denen eine kurze Diskussion folgte. — Dann wurde dem Kassierer und dem Vorsitzenden Decharge erteilt.

Der von Delling erstattete Bericht der Mandatsprüfungskommission stellt die Anwesenheit von 120 Teilnehmern fest. Alle Bezirke mit Ausnahme von Herzfelde sind vertreten. Anwesend sind 91 Delegierte, 10 Kreisvorstandsmitglieder, der Reichstagsabgeordnete, die weibliche Kreisvertrauensperson, 16 Vorsitzende der Bezirkswahlvereine, 1 Gemeindevertreter.

Die nunmehr vorgenommene Neuwahl des Kreisvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender Freiwald, Kassierer Seikel, Lichtenberg, Beisitzer Lorenz, Reinickendorf, Berger, Rummelsburg, Revisoren Sonnenburg, Friedrichshagen, Breitzkreuz, Weihensee, Schulz-Lichtenberg.

Den

Bericht der Prek-Kommission

erstattete Kubig. Die Einzelheiten, welche er über die Geschäftslässigkeit der Kommission anführte, sind den Lesern des „Vorwärts“ aus den Berichten über die Berliner Versammlungen bereits bekannt und brauchen deshalb an dieser Stelle nicht wiederholt zu werden. Am Schluß seines Berichtes bemerkte der Redner, daß die Prek-Kommission mit der prinzipiellen Haltung des „Vorwärts“ vollkommen einverstanden ist, was auch die Meinung der Parteigenossen sein werde.

In der Diskussion wünschte ein Redner, daß der Pariser Korrespondent des „Vorwärts“ Telegramme über alle wichtigen Vorgänge senden möge, damit derartige Nachrichten nicht aus bürgerlichen Blättern genommen zu werden brauchen. Derselbe Redner wünschte, daß Theaterkritiken über Premierien schon am Tage nach der Aufführung veröffentlicht werden. Ein anderer Redner hielt es dagegen für wichtiger, daß mehr Raum zur Verfügung gestellt werde für Berichte aus den Wahlvereinen und örtliche Vorgänge. Ein Redner befürwortete die Einführung eines Wochenabonnements. Andere Redner bemängelten, daß die Frage der Gehaltserhöhung nicht den Parteigenossen zur Entscheidung vorgelegt worden sei. Grundfällige Einwendungen gegen die Haltung des „Vorwärts“ wurden nicht gemacht.

Kubig wurde wieder in die Prek-Kommission gewählt.

Nachdem erstattete den

Bericht der Agitationskommission.

Die Einzelheiten desselben sind ebenfalls schon bekannt. Im allgemeinen konstatiert der Redner, daß die Arbeiten der Kommission einen erfreulichen Fortschritt unserer Bewegung in der Provinz zur Folge hatten. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß auch die Wahlrechtsbewegung in der ganzen Provinz mit aller Energie geführt werden möge, und daß dabei alle Parteigenossen kräftig mitwirken mögen.

Als Mitglied der Agitationskommission wurde Jakobson wiedergewählt.

Nachdem erstattete den

Bericht der Lokalkommission,

der ohne Debatte entgegengenommen wurde. — Als Obmann der Lokalkommission wurde Elias-Lichtenberg, als Aspirant für den Zentralvorstand von Groß-Berlin wurde Liesegang gewählt. Als Revisor für den Zentralvorstand wurde Breitzkreuz-Weihensee bestimmt. — Der Generalversammlung von Groß-Berlin wurde ein Antrag überwiesen, welcher besagt, daß dem Kreis drei Mitglieder für den Ausschuß der Gemeindevertreter zugebilligt werden. — Als Mitglieder dieses Ausschusses wurden gewählt Pinsler-Friedrichsfelde, Escher-Pankow, und für den Fall der Annahme des angeführten Antrages soll Düwelling-Lichtenberg das dritte Mitglied sein.

Darauf trat die Versammlung in die Statutenberatung

ein. Der Beratung lag eine Vorlage zugrunde, welche nur formale, aber keine grundsätzlichen Veränderungen des bisher geltenden Statuts enthält. — Nach der Vorlage wird der Kreis in 23 Bezirke eingeteilt, deren Umfang und Abgrenzung genau angeführt wird. Den Mitgliedern wird zur Pflicht gemacht, sich an allen Partearbeiten zu beteiligen und sich nach Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation ihres Berufes anzuschließen. Bei Uebernahme von Parteiämtern soll auf diese Zugehörigkeit Rücksicht genommen werden. Der monatliche Beitrag beträgt 30 Pf., das Eintrittsgeld 20 Pf. Bei besonderen Anlässen kann der Vorstand Extra-sammlungen unter den Mitgliedern veranstalten. Jeder Bezirksverein hat zwei Drittel der Beiträge und Eintrittsgelder an den Kreis Kassierer abzuliefern. Halbjährlich findet eine Generalversammlung statt, zu der jeder Bezirk auf je 100 Mitglieder einen Delegierten wählt. Die so gewählten Delegierten vertreten den Wahlkreis auch in der Generalversammlung von Groß-Berlin.

Nach einer Diskussion, die sich auf einige zu der Vorlage gestellte Änderungsanträge erstreckte, wurde die Vorlage mit einer unbedingten reaktionellen Veränderung angenommen.

Nun folgte die Erörterung von „Kreisangelegenheiten“. Anträge auf Ausschluß einiger Mitglieder in Bernau, Oranienburg und Wilhelmshagen wurden dem Vorstande überwiesen.

Freiwald teilte mit, daß ein Antrag auf Ausschluß des Genossen Frank-Reinickendorf-West vom Vorstande geprüft, aber als unbegründet erachtet worden ist. — Ein Reinickendorfer Delegierter belämpfte diese Stellung des Vorstandes und beantragte, den Ausschlußantrag an ein Schiedsgericht zu überweisen. Hierüber entspann sich eine Debatte, dann wurde der Antrag von Reinickendorf angenommen.

Damit war die Generalversammlung beendet.

Aus der Frauenbewegung.

Was treibt die Frauen zur Prostitution?

Das Urteil der Spieker und Spiekerinnen über die Ursachen betäubender sozialer Erschütterungen ist meist nur ein Reflex ihres eigenen Willens. So auch in bezug auf die Ansichten über die Ursachen der Prostitution. Die eigene Lebensgewohnheit läßt die Frage verschieden beantworten.

Die Gemütskur bringt die Frauen auf Abwege, behauptet die sorglos genießende Dame, die Gattin des reich gewordenen Barbiers.

Die Puffsucht ist's, sagt die Frau des Fabrikanten. Die wohl-belebte Kommerziantin dagegen ist der Meinung, die Faulheit sei des Übels Quelle.

Keine oder nur wenige von den Satten wollen einsehen, daß die erbärmlichen wirtschaftlichen Verhältnisse manche Arbeiterin zwingen, in der gelegentlichen Freigabe ihres Körpers eine Ergänzung des Lohnes zu suchen. Kommt dann die Zeit der Arbeitslosigkeit, so ist von der gelegentlichen zur berufsmäßigen Prostitution nur ein Schritt.

Nachfolgendes Haushaltsbudget einer Arbeiterin, die den horrenden Lohn von 12 Mark wöchentlich erlangt, gibt genug zu denken. Die regste Phantasie wird darin nichts von Gemütskur und Leppigkeit entdecken. Es sieht wie folgt aus:

Table with 2 columns: Item, Amount. Includes 'Tägliche Ausgaben' and 'Wöchentliche Ausgaben'.

Table with 2 columns: Item, Amount. Includes 'Wöchentliche Ausgaben' and 'Summa'.

bleiben für Kleidung, Bildungsmittel usw. 75 Pf.

Das Budget ist von einer Arbeiterin aus der Zellulosebranche aufgestellt. Es gibt aber Tausende Arbeiterinnen, die nicht einmal 12 M. pro Woche an Lohn erzielen. Und im vorliegenden Falle sind die Ausgaben für Verpflegung nur deshalb so minimal, weil die betreffende Arbeiterin in einem für sie günstig gelegenen Mädchenheim billig Essen bekommen kann. Was soll nun aber eine Arbeiterin anfangen, wenn sie wegen flauen Geschäftsganges Tage oder Wochen aussetzen muß?

Leider haben die Arbeiterinnen den Wert der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht erkannt. Mit einer guten Organisation können sie erfolgreich gegen die Gefahr, der Prostitution anheimzufallen, ankämpfen, indem sie bessere Arbeitsbedingungen erringen. Durch heuchlerisches Moralpredigen wird nichts gebessert.

Zur Frauenwahlrechtsbewegung in Dänemark.

Der Umstand, daß jetzt in Dänemark die Einführung des Gemeindevahlrechts der Frauen gesichert erscheint, hat eine außerordentlich lebhafte Bewegung unter den Frauen selbst wie bei den verschiedenen politischen Parteien hervorgerufen. Reaktionenblätter, die bisher der Frauenwahlrechtsbewegung gleichgültig oder gar abweisend gegenüberstanden, machen jetzt unablässig Propaganda dafür, daß die Frauen ihr Wahlrecht annehmen und wird der Rat erteilt, sich in Kopenhagen jetzt schon als Steuerzahler anzumelden, wenn das Einkommen mindestens 800 Kronen beträgt, von welchem Satz hier das Gemeindevahlrecht abhängig gemacht wird. Für die verheirateten Frauen genügt es, wenn der Ehemann diese Verbindung erfüllt. In der dänischen Hauptstadt werden die Frauen bei den Stadtverordnetenwahlen im März 1909 zum erstenmal ihr Wahlrecht ausüben können. Die Antisozialisten sehen darauf offenbar große Hoffnungen. Ein Sieg bei dieser Wahl bedeutet Macht und Autorität, sozialistische Experimente vier Jahre lang zu verhindern, schreiben sie in einem Aufruf an die Damen ihrer Geminnung. Was die Spieker mit Hilfe der Damen verhindern wollen, sind natürlich kommunale Reformen, die der großen Masse der Bevölkerung zugute kommen.

Selbstverständlich ist auch die Sozialdemokratie nicht lässig. Kürzlich fand eine von 1000 Frauen besuchte Versammlung statt, die zugleich auch der Propaganda für das politische Frauenwahlrecht diente und an die Regierung und den Reichstag die Aufforderung richtete, den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Wahlrechts- und Verfassungsänderungsvorschlag baldigst zur Verhandlung zu bringen. Auch in den Gewerkschaften, die weibliche Mitglieder haben, und namentlich im Dienstmädchenverein, wird lebhaft für die Verwertung des kommunalen Frauenwahlrechts agitiert. Die Dienstmädchen haben einen besonderen Wahlrechtsklub gebildet. Eine starke Agitation ist selbstverständlich auch erforderlich, wenn sich die Sozialdemokratie durch das Steuerzahler-Wahlrecht der Frauen nicht aus ihrer einflussreichen Stellung im Stadtparlament Kopenhagens verdrängen lassen will. Für ein Dienstmädchen, dessen Einkommen, selbst wenn man Kost und Logis zu einem hohen Preise mitanzählt, in manchen Fällen kaum 800 Kronen betragen wird, gehört natürlich ein gut Teil politischer Aufklärung dazu, wenn es lediglich des Wahlrechts wegen die Steuer auf sich nehmen soll. Für die unverheirateten Damen aus der Bourgeoisie wird der wohlhabende Vater schon aus dem Grunde bezahlen, damit die Tochter für die Antisozialisten stimmen kann.

Auf dem Kopenhagener Rathaus sind in den letzten Tagen so viele Steueranmeldungsblätter eingelaufen, wie nie zuvor. Das zur Unterbringung dieser Formulare bestimmte Bureau hat sich als unzureichend erwiesen. Die Hoffnung der Reaktionäre beruht auf dem beschränkten Frauenwahlrecht.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Rixdorf, Mittwoch, 5. Februar, bei Thiel, Bergstr. 151/152: Agitationsabend. Gen. Konrad. — 9. Februar: Beschäftigung der hiesigen Arbeiterwohlfahrts-Anstalt. Treffpunkt in der Vorhalle, Charlottenburg, Frankfurterstr. 11/12, 1/2 Uhr. Charlottenburg, Mittwoch, 19. Februar, 8 1/2 Uhr, im „Volksbause“, Rossenstr. 3: Vortrag. Genossin Lily Braun: „Gewebe und die Jugendzucht“.



